

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

1953

Christian F. Ostermann
DER KALTE KRIEG
IM JAHR 1953

Katajun Amirpur
EIN IRANISCHES
SCHICKSALSJAHR

Daniela Münkel
DER 17. JUNI 1953.
TRAUMA, ERINNERUNG,
AUFARBEITUNG

Martin Wagner
STALINS TOD
UND DAS ENDE
DER ALLMACHT

Ralph Jessen
DIE DDR-GESELLSCHAFT
DER FRÜHEN 1950ER JAHRE

Herman F. Achminow
DIE OBERSCHICHT
IN DER SOWJETUNION
(REPRINT VON 1953)

Sonja Levsen
DIE WESTDEUTSCHE
GESELLSCHAFT 1953

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



1953

APuZ 20–21/2023

CHRISTIAN F. OSTERMANN

DER KALTE KRIEG IM JAHR 1953

Der 17. Juni 1953 wird meist nur im europäischen Kontext betrachtet, doch es braucht eine Erweiterung des Blickwinkels. Das internationale System des Kalten Krieges war zwar verhärtet, aber es gab Hoffnungen auf Entspannung. Diese endeten mit dem Aufstand in der DDR.

Seite 04–09

DANIELA MÜNDEL

DER 17. JUNI 1953.

TRAUMA, ERINNERUNG, AUFARBEITUNG

Der 17. Juni 1953 war für die Herrschenden wie für die Beherrschten in der DDR eine traumatische Erfahrung. Nach dem Kampf um die Deutungshoheit während des Kalten Krieges geht es heute vorwiegend um Forschungsfragen: Bis heute gibt es Aspekte, die unterbelichtet sind.

Seite 10–16

RALPH JESSEN

DIE DDR-GESELLSCHAFT

DER FRÜHEN 1950ER JAHRE

Nach der Etablierung der SED als herrschende Partei waren die Bürger der jungen DDR mit einer unberechenbaren Obrigkeit konfrontiert. Mit enormem propagandistischen Aufwand und ohne rechtsstaatliche Bindung verfolgte die SED den „Aufbau des Sozialismus“.

Seite 17–22

SONJA LEVSEN

DIE WESTDEUTSCHE GESELLSCHAFT 1953

Die westdeutsche Gesellschaft war 1953 zu vielen Fragen polarisiert und zerrissen. Dies zeigte sich in der Berichterstattung über die Verfolgung von NS-Verbrechern, in der Debatte um die Westintegration, aber auch in parlamentarischen Kämpfen um die Gleichstellung von Frauen.

Seite 23–28

KATAJUN AMIRPUR

EIN IRANISCHES SCHICKSALSJAHR

Im August 1953 wurde der gewählte iranische Ministerpräsident Mohammad Mossadegh mit westlicher Beteiligung aus dem Amt geputscht. Es folgte die Schah-Diktatur, die 1979 von der Islamischen Revolution abgelöst wurde. Das Trauma von 1953 wirkt bis heute nach.

Seite 29–33

MARTIN WAGNER

STALINS TOD UND DAS ENDE DER ALLMACHT

Die Entstalinisierung in der Sowjetunion ist ein Beispiel dafür, dass sich totalitäre Ordnungen selbst mäßigen und von innen transformieren können. Doch der Wandel durch kollektive Führung hatte Grenzen, wie sich etwa 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn zeigte.

Seite 35–40

HERMAN F. ACHMINOW

**DIE OBERSCHICHT IN DER SOWJETUNION
(REPRINT VON 1953)**

Im November 1953 erschien die erste Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ als Beilage zum „Parlament“. Darin analysierte der Publizist Achminow die gesellschaftliche Lage in der Sowjetunion nach Stalins Tod. Der erste APuZ-Text überhaupt erscheint hier als Reprint.

Seite 41–46

EDITORIAL

In den Tagen um den 17. Juni 1953 protestieren über eine Million Menschen in der DDR. In zahlreichen Betrieben in Hunderten Städten legen sie die Arbeit nieder, um gegen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Missstände zu demonstrieren. Unmittelbarer Auslöser ist die wenige Wochen zuvor von der SED-Führung beschlossene Erhöhung der Arbeitsnormen um über zehn Prozent – doch auch grundsätzlicher Unmut über die Staats- und Parteiführung bricht sich rasch Bahn, der Protest wird zum Volksaufstand. Viele fordern den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen, einige die deutsche Einheit. Mithilfe sowjetischer Panzer wird der Aufstand blutig niedergeschlagen; mindestens 55 Menschen kommen zu Tode, Tausende werden verhaftet. Für Herrschende wie Beherrschte wird der 17. Juni zu einem bis 1989 nachwirkenden Trauma.

Der Volksaufstand in der DDR steht im Kontext des sich verschärfenden Kalten Krieges: Nicht nur im geteilten Deutschland zeigt sich die an den Großmächten USA und UdSSR orientierte Zweiteilung der Welt immer deutlicher. Die Hoffnungen auf eine Annäherung nach Stalins Tod am 5. März 1953 währen nur kurz. In Korea wird nach drei Jahren Krieg im Juli zwar ein Waffenstillstand geschlossen, aber die Teilung des Landes langfristig zementiert. Auch in Iran, wo der gewählte Ministerpräsident Mossadegh im August mit US-amerikanischer und britischer Beteiligung aus dem Amt geputscht wird, spielt die globale Systemauseinandersetzung eine Rolle – mit Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Dass am 25. November 1953 die Wochenzeitung „Das Parlament“ erstmals mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ erscheint, ist vor diesem Hintergrund freilich nur eine Randnotiz. Zum 70. Geburtstag hoffen wir, Ihnen als Leserinnen und Lesern ein Geschenk machen zu können: Die Digitalisierung und Online-Bereitstellung des gesamten APuZ-Archivs soll im Laufe des Jahres abgeschlossen sein. Einen kleinen Vorgeschmack liefert das Reprint von 1953 am Ende dieser Ausgabe.

Johannes Piepenbrink

ZWISCHEN VERHÄRTUNG UND ENTSPANNUNG

Der Kalte Krieg im Jahr 1953

Christian F. Ostermann

Der Kalte Krieg war ein Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus – zwei europäischen Visionen der Moderne, die beide absolute Gültigkeit und universelle Anwendbarkeit für sich beanspruchten. Er bestimmte als entscheidender außenpolitischer Bezugsrahmen der führenden Weltmächte von 1947 bis 1989 das internationale politische System.⁰¹ Bis 1953 hatte sich die zunächst auf Europa konzentrierte bipolare Ordnung zusehends verfestigt. In Westeuropa hatten die Vereinigten Staaten, die als global führende Wirtschaftsmacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren, den demokratischen Kapitalismus gerettet. Die Schwerpunktlegung auf Wiederaufbau, Sicherheit und die feste Einbindung Westeuropas (und Japans) als Teil einer Strategie zur Eindämmung der Sowjetunion hatte allerdings einen Preis: die Spaltung Deutschlands und Europas.

Durch wirtschaftliche, politische, militärische und kulturelle Beziehungen mit Westeuropa hatten die Amerikaner dafür gesorgt, dass die Idee „des Westens“ Gestalt annahm. Der Wiederaufbau, die Rehabilitation und die Integration Westdeutschlands waren ein zentrales Element dieser Strategie. Im Frühjahr 1953 standen diese Bemühungen kurz vor dem krönenden Abschluss: Durch eine Reihe von Verträgen sollte die Bundesrepublik ein großes Maß an Souveränität erlangen und zugleich fest in westeuropäische Strukturen verankert werden.

Der Großteil Mitteleuropas war in der Folge der sowjetischen Befreiung und Besetzung am Ende des Zweiten Weltkriegs durch die marxistisch-leninistischen Ideen, stalinistische Vorgehensweisen und die sowjetische Militärmacht zu einer Pufferzone aus kommunistisch dominierten und Moskau untergeordneten Satellitenstaaten verschmolzen worden. Bei Kriegsende war die Anziehungskraft des Kommunismus auf dem

gesamten Kontinent noch groß gewesen, doch mittlerweile hatte die Sowjetisierung Mitteleuropas zu Ernüchterung geführt, und das Schreckgespenst eines wachsenden sowjetischen Einflusses trieb seinerseits die Integration des Westens voran. Da er das besiegte Deutschland nicht vollständig unter seine Kontrolle bringen können, genehmigte der sowjetische Staats- und Parteichef Josef Stalin die Schaffung eines sozialistischen Staates im sowjetisch besetzten Ostteil des Landes, der in den folgenden Jahren zunehmend nach sowjetischem Vorbild umgestaltet wurde. Anfang der 1950er Jahre hatten die Bestrebungen zur Verstaatlichung und zum Ausbau der Schwerindustrie, zur Enteignung der Landbesitzer und zur Kollektivierung der Landwirtschaft sowie zur Unterdrückung der politischen Opposition die Macht Moskaus als Epizentrum des kommunistischen Lagers gefestigt – und zugleich die Situation für die Bevölkerung in Osteuropa dramatisch verschlechtert.

AUSBREITUNG EINER FATALEN LOGIK

Der Wettbewerb zwischen den beiden grundlegend unterschiedlichen Weltansichten wurde verschärft durch das nukleare Wettrüsten zwischen den USA und der UdSSR, das praktisch mit dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 begonnen hatte. Die Bemühungen von Robert Oppenheimer, dem leitenden Kopf des Manhattan-Projekts, die Atomenergie unter internationale Kontrolle zu bringen, blieben erfolglos. Weder US-Präsident Harry S. Truman noch Stalin sahen in der Bombe eine allgemeine Bedrohung, der man durch gemeinsames Handeln begegnen müsse. Dem ehemaligen sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko zufolge „wäre Stalin niemals von der

Entwicklung seiner eigenen Atombombe abgerückt. Ihm war klar, dass Truman nicht auf Atomwaffen verzichten würde.“⁰²

Der erste sowjetische Atombombentest fand im August 1949 statt. Die USA reagierten mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe; im August 1953 zog die Sowjetunion nach. Atomwaffen wurden zentral für das strategische Denken beider Seiten im Kalten Krieg. Ihre schiere Zerstörungskraft löste Angst und Entsetzen aus, was die Entscheidungsträger im Westen wie im Osten vor einem Einsatz zurückschrecken ließ. Jeder Konflikt zwischen Supermächten trug das Risiko in sich, einen nuklearen Flächenbrand zu entfachen. Bereits lange vor dem Test der US-Bombe „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll im Pazifischen Ozean am 1. März 1954, der tiefen Eindruck bei den Staats- und Regierungschefs und der Weltöffentlichkeit hinterließ – ihre Sprengkraft überstieg mit 15 Megatonnen TNT-Äquivalent das Tausendfache der Hiroshima-Bombe –, schränkte das nukleare Wettrüsten die Mittel ein, mit denen der Kalte Krieg – vor allem in Europa – ausgetragen wurde. Die daraus erwachsenden Risiken machten ihn immer gefährlicher.

Die Geschichte des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR wird meist nur im europäischen Kontext betrachtet, doch für ein tieferes Verständnis ist eine Erweiterung des Blickwinkels notwendig. Beide ideologischen Visionen beanspruchten universelle Anwendbarkeit, und obwohl sich das internationale System des Kalten Krieges zunächst in Mitteleuropa und Deutschland herauskristallisiert hatte, prägte es 1953 schon die ganze Welt. Für die politischen Entscheidungsträger in Washington und Moskau standen die Ereignisse in Berlin im Juni 1953 in einem weiteren Kontext. Und nicht nur das: Das Geschehen in anderen Teilen der Welt war aus ihrer Sicht untrennbar mit den Ereignissen in Europa verbunden.

Am stärksten wurde das internationale System wohl durch den Zusammenbruch der europäischen Kolonialreiche als Folge des Zweiten Weltkrieges beeinflusst. Für viele der antikolonialen Bewegungen in Asien erschien die sozialistische Planwirtschaft zunächst als attraktives

Modell zur Bewältigung der durch den Kolonialismus verursachten Ungerechtigkeiten und Verheerungen. Der Sieg der Kommunisten im Chinesischen Bürgerkrieg 1949 verstärkte das Gefühl, dass die Menschen in Asien in der Lage wären, gegen Fremdherrschaft „aufzustehen“, und dass der asiatische Kommunismus einen erfolgreichen revolutionären Weg einschlagen könnte. Nicht minder entscheidend war, dass die britischen, französischen und niederländischen Regierungen die Unterstützung der USA suchten, um ihre zerfallenden Kolonialreiche nicht aus der Hand geben zu müssen. Gemeinsam gelang es ihnen, die Amerikaner für die Wiederherstellung ihrer Kolonialregime zu gewinnen, indem sie die antikolonialen Kämpfe als Konflikte des Kalten Krieges darstellten.

In ihrem Kampf gegen die kommunistischen Viet Minh, angeführt vom charismatischen Revolutionär Ho Chi Minh, spielten französische Politiker etwa mit der amerikanischen Angst vor innerer Instabilität in Frankreich, um die USA zur Hilfe in Indochina zu bewegen. Zugleich nutzten sie aus, dass die Amerikaner ein starkes Interesse an der Sicherung der französischen Unterstützung für die westdeutsche Wiederbewaffnung hatten. 1953 unterstützten die USA die Franzosen in Vietnam bereits in ähnlichem wirtschaftlichen Umfang wie zuvor im Rahmen des Marshall-Plans.⁰³ Schon bald wurde der Kalte Krieg zur vorherrschenden Brille, durch die die Vereinigten Staaten die revolutionären Kämpfe im Globalen Süden betrachteten, von Asien bis zum Nahen Osten und Lateinamerika.

Aber es war in erster Linie der Koreakrieg ab Juni 1950, mit dem sich die Logik des Kalten Krieges auch auf Asien ausdehnte. Der von der UdSSR gebilligte nordkoreanische Angriff auf den Süden verschärfte die Spannungen des Kalten Krieges, schürte Kriegsängste, militarisierte das strategische Denken, fachte das Wettrüsten an und beschleunigte die Entwicklung immer leistungsstärkerer Atomwaffen. Der Krieg hatte auch tiefe Auswirkungen auf die gespaltene europäische Politik. Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands bekam für die USA neue Dringlichkeit, und für Stalin ging es im Gegenzug darum, diese zu verhindern. Bis 1953 hatte sich im Ko-

01 Vgl. Odd Arne Westad, *Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte*, Stuttgart 2019, S. 1.

02 Vgl. Anatoli Gromyko, Andrei Gromyko: *polet ego strely*, Moskau 2009, S. 115f.

03 Vgl. Mark Atwood Lawrence, *Assuming the Burden. Europe and the American Commitment to Vietnam*, Berkeley 2005, S. 19.

reakrieg eine ungute Pattsituation entwickelt. Da beide Seiten nicht in der Lage oder willens waren, sich auf einen Waffenstillstand zu einigen, wurde der Konflikt zur Chiffre für die verhärteten Fronten des Kalten Krieges.

BEWEGUNGEN IM OSTEN

Trotz alledem war 1953 ein Jahr, in dem es auch Brüche im Verhärtungsprozess des Kalten Krieges gab – und zwar in einem solchem Ausmaß, dass führende Politiker und Menschen in Ost und West es zeitweise wagten, vielleicht nicht ein Ende, aber doch eine Entspannung der Systemauseinandersetzung für möglich zu halten. Ein Ende des Kalten Krieges war – rückblickend betrachtet – 1953 höchst unwahrscheinlich. Seine Logik, angetrieben von einem Nullsummendenden, war zu mächtig und der ideologische und geopolitische Einsatz zu hoch, um sie zu überwinden. Dennoch ließ sich bisweilen ein Blick auf eine Welt jenseits des seit 1945 entstandenen Konflikts erhaschen. Der Volksaufstand in Ostdeutschland im Juni 1953 und die internationalen Reaktionen darauf spiegelten sowohl das Gefühl wider, eine Veränderung des Kalten Krieges herbeiführen zu können – als auch einen neuen Grad der Verhärtung infolge der gewaltvollen Niederschlagung.

Der wichtigste Einschnitt des Jahres war der Tod Stalins. Der Schock traf viele Sowjetbürger tief: Die meisten hatten zu Lebzeiten keinen anderen sowjetischen Führer gekannt, und obwohl Stalin weithin gefürchtet war, hielt man ihm das Überleben und den Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg ebenso wie den Wiederaufbau nach dem Krieg und den Aufstieg zur Supermacht zugute. Stalin starb am 5. März 1953 und hinterließ keinen offensichtlichen Nachfolger.⁰⁴ Offiziell trat eine kollektive Führung an seine Stelle, bestehend vor allem aus dem Vorsitzenden des Ministerrats Georgi Malenkov, Innenminister und Sicherheitschef Lawrenti Beria, Außenminister Wjatscheslaw Molotow und dem Ersten Sekretär der KPdSU Nikita Chruschtschow. Doch hinter dem Euphemismus „kollektive Führung“ verbarg sich ein erbitterter Machtkampf, der mehrere Jahre andauern sollte. Mitte 1953 wurde Beria, der mächtige Chef des Geheim-

dienstes, verhaftet und Ende des Jahres hingerichtet; es dauerte aber noch bis 1956/57, bis Chruschtschow sich endgültig als neuer Kremlchef durchsetzte. So gerissen und mächtig Beria auch gewesen sein mag – weder er noch einer seiner Rivalen besaß das Charisma oder die Macht, um in gleicher Weise wie der frühere Diktator das Sowjetimperium zusammenzuhalten.

Stalins Nachfolger fürchteten den Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft im eigenen Land und in den Satellitenstaaten nicht weniger als sich gegenseitig und waren sich deshalb immerhin darüber einig, dass die Spannungen innerhalb des sowjetischen Machtbereiches und dem Westen gegenüber abgebaut werden mussten. Unmittelbar nach Stalins Tod wurde eine neue Runde von Säuberungen abgebrochen, die der Diktator noch eingeleitet hatte. Mit einer partiellen Amnestie begannen die neuen Kreml-Machthaber, nach und nach einen Teil der Gulag-Häftlinge freizulassen. Um dem sinkenden Lebensstandard in der UdSSR entgegenzuwirken, reduzierten sie die Produktionsziele der Schwerindustrie sowie der Rüstungsindustrie und verstärkten stattdessen die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern. In ähnlicher Weise sollte der sogenannte Neue Kurs die mittelosteuropäischen Satellitenländer vor dem Abgrund einer allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Krise bewahren.

Die neue Führung bemühte sich außerdem um eine Deeskalation im Verhältnis zum Westen: In einer Rede am 15. März 1953 kündigte Malenkov eine „Friedensoffensive“ an und beschwor die Erinnerung an die Allianz im Zweiten Weltkrieg. Moskaus Initiative zur Entspannung umfasste auch neue Flexibilität bei der Aushandlung eines Waffenstillstands in Korea, der Ende Juli 1953 schließlich unterzeichnet wurde. Unter anderem aufgrund von Berias Berichten über die sich verschlechternde Lage in Ostdeutschland und die hohe Zahl an Flüchtlingen, die über die offene Grenze in Berlin die DDR verließen, erörterte das Führungskollektiv die Möglichkeit, seine Deutschlandpolitik zu ändern. Bis heute ist es Historikern jedoch nicht gelungen, mit Sicherheit festzustellen, was die Beweggründe für die sowjetische Friedenskampagne waren und inwieweit die Führung damals tatsächlich bereit war, ihr außenpolitisches Konzept, insbesondere in der Deutschlandfrage, zu überdenken. Handelte es sich um eine grundsätzliche Abkehr vom

04 Zum Tod und zur Nachfolge Stalins siehe auch den Beitrag von Martin Wagner in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

militanten Kurs unter Stalin, die auch eine innere Stabilisierung ermöglicht hätte – einen ersten systematischen Versuch der Entstalinisierung –, oder ging es lediglich um neue Wege und Mittel für die alten Bemühungen, die drohende Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern und die Einmütigkeit zwischen den westlichen Alliierten zu untergraben? Wie dem auch sei: Diskussionen über eine deutschlandpolitische Neuausrichtung Moskaus fanden im Juni mit dem Aufstand in der DDR und der Verhaftung Berias ein jähes Ende.⁰⁵

Der Führungswechsel in Moskau und die plötzlichen politischen Veränderungen verschärften auch die Schwierigkeiten in den Satellitenstaaten. Im Frühjahr 1953 kam es zu immer deutlicherer Kritik und gelegentlichen Ausschreitungen gegen die sich dramatisch verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen in Mitteleuropa. Immer mehr Menschen begannen, sich den Behörden zu widersetzen, und zwar insbesondere die Arbeiter – also genau die Gruppe, die die Kommunisten zu vertreten vorgaben. Anfangs gelang es den osteuropäischen Führern, die Chruschtschow spöttisch „kleine Stalins“ nannte, die Unzufriedenheit der Arbeiter und ihre aufgestauten Forderungen im Zaum zu halten. Doch gefangen zwischen dem Reformdruck der neuen Moskauer Führung einerseits und ihren eigenen stalinistischen Vorlieben für eine stete Steigerung der Industrieproduktion und ein hartes Durchgreifen andererseits, erschienen die von den kommunistischen Behörden in der gesamten Region ziemlich abrupt verordneten Veränderungen widersprüchlich und planlos.

Inmitten zunehmender Anzeichen von Unruhen in verschiedenen Regionen gingen die Arbeiter in der tschechoslowakischen Stadt Pilsen am 1. Juni 1953 auf die Straße, um gegen eine Währungsreform zu protestieren, die ihre wenigen Ersparnisse gefährdete. Die Proteste in Pilsen bereiteten den Boden für den noch folgenreicheren Aufstand in Ostdeutschland am 17. Juni. Die Demonstrationen und Streiks der Arbeiter in Berlin und Umgebung gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen eskalierten zu landesweiten Protesten, wobei sich zu den Forderungen nach wirtschaftlichen Verbesserungen rasch auch die Rufe nach Freiheit und deutscher Einheit gesellten. Die Un-

ruhen erfassten mehr als 700 Städte, Ortschaften und alle Bereiche der Gesellschaft. Erst ein massives Einschreiten der sowjetischen Militärmacht, in dessen Folge mindestens 55 Menschen starben und Tausende durch DDR-Sicherheitsorgane verhaftet wurden, brachte die Situation wieder unter Kontrolle des Regimes. Die Forderungen und Aktionen der Demonstranten zeigten aber, dass die Vision von einer alternativen Zukunft in Freiheit und nationaler Einheit zu dieser Zeit noch keineswegs verschüttet war. Solche Träume stellten das internationale System des Kalten Krieges ansatzweise infrage.

ÜBERLEGUNGEN IM WESTEN

So wie Stalins Tod und die Entspannungsinitiative seiner Nachfolger eine Bruchstelle im sich verhärtenden internationalen System bedeuteten, gilt dasselbe in anderer Weise auch für den Amtsantritt von Dwight D. Eisenhower als US-Präsident. Der erste Republikaner, der nach zwei Jahrzehnten demokratischer Herrschaft ins Weiße Haus gewählt wurde, war ein Held des Zweiten Weltkrieges, der nun als Kalter Krieger die Überzeugung vertrat, dass die Vereinigten Staaten die Sowjetunion und den Kommunismus weltweit bekämpfen müssten. Die Einstellung und Rhetorik, mit der er sich um die Präsidentschaft bewarb, spiegelten die allgegenwärtige, zuweilen hysterische antikommunistische Stimmung in den USA wider. Seine Wahl zeugte in erster Linie von einem Votum für innenpolitische Stabilität, nationale Einheit, Haushaltsdisziplin und eine starke Verteidigung.

Als außenpolitische Internationalisten hatten Eisenhower und sein wichtigster außenpolitischer Berater John Foster Dulles der antikommunistischen Stimmung im Wahlkampf Rechnung getragen, indem sie unter anderem mit der recht aktivistischen Idee einer „Zurückdrängung“ (*rollback*) des Kommunismus in Mitteleuropa und der „Befreiung“ (*liberation*) der gefangenen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang für sich warben. Doch ungeachtet ihrer Kritik am angeblich defensiven und unbeweglichen Charakter von Trumans außenpolitischem Ansatz setzte Eisenhower nach seinem Amtsantritt Trumans allgemeine Eindämmungsstrategie durchaus fort. Zweifellos waren Eisenhower und Dulles, der nun Außenminister war, von der Notwendigkeit überzeugt, den Kommunis-

⁰⁵ Vgl. Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill 2003, S. 86f., S. 91 ff.

mus notfalls auch mit Gewalt zu bekämpfen, aber in Moskaus „Vorgarten“ sollte die Befreiung mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Der Präsident war sich des Potenzials und der Risiken des Nuklearzeitalters vollkommen bewusst und versuchte, die atomaren Kapazitäten der USA zu erhöhen, in Bereitschaft zu halten und so zu einer Politik der „massiven (nuklearen) Vergeltung“ (*massive retaliation*) überzugehen, um eine kommunistische Aggression abzuschrecken. Zu seinem im Vergleich zu früher energischeren Ansatz in internationalen Angelegenheiten gehörte auch der Ausbau der verdeckten Tätigkeiten der CIA zur Unterwanderung und zum Sturz von Regimen, die den Interessen der USA zuwiderliefen. Mit C. D. Jackson holte er zudem einen Veteran der psychologischen Kriegsführung des Zweiten Weltkriegs in die Regierung, um die Strategie des Kalten Krieges besser zu koordinieren.⁰⁶

Stalins Tod überrumpelte auch die neue US-Regierung. Eisenhower misstraute den Nachfolgern des sowjetischen Diktators. Von Dulles und dessen Bruder, dem CIA-Direktor Allen Dulles, in der Annahme bestärkt, dass die sowjetische Einladung zur Normalisierung der Beziehungen lediglich eine Charmeoffensive sei, die die Einheit, Verbundenheit und Verteidigung des Westens schwächen sollte, hielt sich Eisenhower mit einem förmlichen Dialog auf Regierungsebene zurück. Stattdessen setzte er auf verstärkte psychologische Kriegsführung, in der Hoffnung, den Führungswechsel in Moskau zu erschweren.

In den politischen Zentren des Westens herrschte über diese Frage jedoch Uneinigkeit. Im Gegensatz zur eher zurückhaltenden Reaktion der USA war der britische Premierminister Winston Churchill der Ansicht, dass Stalins Ableben der Welt die Chance für eine Wende in den Ost-West-Beziehungen bot. Unbeeindruckt von der ablehnenden Haltung Washingtons drängte Churchill am 11. Mai 1953 in einer Rede vor dem Unterhaus auf einen trinationalen Ost-West-Gipfel zur Beilegung der drängendsten Probleme – es wäre der erste seit der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 gewesen. Dabei erwähnte er die Deutsche Frage nur am Rande, aber es war klar, dass er sich eine Wiedervereinigung des Landes unter der Bedingung deutscher Neutralität vorstellen

konnte – eine Idee, die sowohl in Washington als auch bei Bundeskanzler Konrad Adenauer tiefste Besorgnis erregte.

Auch die französische Regierung hatte mit der Idee eines Gipfeltreffens zur Erkundung der sowjetischen Absichten geliebäugelt, schlug aber, ausmanövriert durch Churchills Initiative, am 20. Mai ein westliches Gipfeltreffen auf den Bermudas vor, das die Teilnahme Frankreichs an solchen Ost-West-Treffen sicherstellen würde und möglicherweise Gelegenheit bot, auf die Bedingungen für eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands zum Vorteil Frankreichs Einfluss zu nehmen. Churchills Vision ging jedoch weit über solche taktischen Manöver hinaus. Der Mann, der in seiner Rede zum „Eisernen Vorhang“ im März 1946 eines der stärksten Bilder des Kalten Krieges geschaffen hatte, hatte sich nichts Geringeres als die Beendigung des Kalten Krieges zum Ziel gesetzt. Seine Beweggründe waren vermutlich komplex: Zweifellos wollte er sich wieder als internationaler Staatsmann in Szene setzen, nachdem seine Teilnahme an der Potsdamer Konferenz durch die überraschende Wahlniederlage im Juli 1945 ein jähes Ende gefunden hatte. Da er im Krieg mit Stalin Verhandlungen geführt hatte, setzte er bei seinen Plänen wohl auch auf seine persönlichen diplomatischen Fähigkeiten. Mit der Chance, das System des Kalten Krieges zu überwinden, verband sich aber auch die Hoffnung, Großbritannien wieder zu Macht und Ansehen zu verhelfen, das im Konflikt der zwei Supermächte nur die zweite Geige spielen konnte. Die sowjetischen Absichten mussten also auf die Probe gestellt werden.⁰⁷ In dem Bestreben, Churchill zuvorzukommen, stimmte Eisenhower dem Bermuda-Treffen widerwillig zu.

17. JUNI: AUFBRUCH UND STILLSTAND

Der Aufstand in der DDR durchkreuzte Churchills Gipfelpläne. Angesichts der gewaltsamen Niederschlagung durch die sowjetischen Streitkräfte schloss Eisenhower bei einem Treffen mit seinem Nationalen Sicherheitsrat am 18. Juni jede Möglichkeit einer Konferenz mit der sowjetischen Führung aus. Der Knackpunkt war die Frage, inwiefern Washington bereit war, die

⁰⁶ Zur Rollback-Politik der USA vgl. Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002.

⁰⁷ Vgl. Klaus Larres, Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen 1995.

deutschen Unruhen auszunutzen, „wenn die Sache wirklich Fahrt aufnimmt“ („if this thing really gets cracking“), wie es C. D. Jackson in der Sitzung des Sicherheitsrates ausdrückte. Für ihn waren die Ereignisse in Ost-Berlin der Moment, um für den lang ersehnten *rollback* der sowjetischen Macht zu plädieren: „Es wird vielleicht gerade der Zerfall des Sowjetimperiums eingeläutet. Sehen wir tatenlos zu, oder kommen wir dem Zerfall zu Hilfe?“ Jackson betrachtete die ostdeutschen Unruhen sowohl aus einer regionalen als auch aus einer internationalen Perspektive. So sprach er sich für ein Eingreifen der USA aus, um ein Blutbad durch die sowjetischen Streitkräfte zu verhindern, und glaubte, dass einige der Satellitenstaaten bereit wären, dem jugoslawischen Beispiel von 1948 zu folgen und mit Moskau zu brechen. Er argumentierte zudem, dass die Ereignisse in Ostdeutschland mit einer überraschenden Wende in Korea in Zusammenhang standen, wo der südkoreanische Präsident Rhee Syng-man gerade rund 25 000 Kriegsgefangene, die sich weigerten, nach Nordkorea zurückzukehren, freigelassen hatte, um die Waffenstillstandsverhandlungen mit Pjöngjang zu torpedieren. Seiner Ansicht nach stellten Rhees Aktionen die kommunistische Entschlossenheit ebenso auf die Probe wie die Proteste in Ostdeutschland.⁰⁸

Für Eisenhower hing jede Entscheidung über ein militärisches Eingreifen in Deutschland davon ab, wie weit sich die Aufstände ausbreiteten – ob sie tatsächlich den Beginn des Zerfalls der kommunistischen Welt bedeuteten. „Greifen die Unruhen auf China oder sogar auf die UdSSR selbst über?“, fragte der Präsident. „Sollte dies geschehen, hätten wir wahrscheinlich nie eine bessere Gelegenheit einzugreifen und wären gut beraten, beispielsweise Waffen zu liefern.“ Die Ausbreitung der Unruhen auf China waren für ihn der entscheidende Punkt, „denn für die UdSSR wäre es keine große Schwierigkeit, Aufstände in Europa niederzuschlagen, es wäre aber schwer für sie, mit Unruhen in Europa und im Fernen Osten gleichzeitig fertig zu werden“. In den Überlegun-

gen des Präsidenten zeigte sich der Druck, den das System des Kalten Krieges erzeugte. Die Gefahr, dass westliche Waffenlieferungen angesichts der überwältigenden sowjetischen Streitkräfte zu einem weiteren Blutbad führen könnten, gepaart mit der Befürchtung, dass ein direkter Konflikt zwischen den beiden Supermächten den Dritten Weltkrieg losretten könnte, legte für Eisenhower die Messlatte für die Bedingungen, unter denen die USA innerhalb des sowjetischen Machtbereichs intervenieren würden, enorm hoch. Für ein Eingreifen der USA hätten die Unruhen erst noch China und die Sowjetunion erfassen müssen. Da es keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse gab, die darauf hindeuteten, hielt sich Eisenhower diesbezüglich zurück. Es sei „noch nicht an der Zeit“, so schloss er, „sie endgültig rauszuwerfen“ („to roll them up for keeps“).⁰⁹

Nach dem Aufstand in der DDR verstärkte die Eisenhower-Regierung ihre Bemühungen, die kommunistischen Behörden durch Propaganda und andere Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung unter Druck zu setzen, und zwar nicht nur in Ostdeutschland, sondern in der gesamten Region. Durch ein Lebensmittelhilfsprogramm für die DDR, das humanitäre mit propagandistischen Zwecken verband, demonstrierte der Westen seine Fähigkeit, die DDR-Behörden nach dem 17. Juni weiter in Atem zu halten. Westliche Propaganda und subversive Bemühungen ermutigten zum Widerstand und zielten darauf, die mittelosteuropäischen Regierungen zu destabilisieren. Sehr zur Enttäuschung vieler Ostdeutscher und Osteuropäer konnten die amerikanischen *Rollback*-Bemühungen jedoch nicht verhindern, dass die kommunistischen Führer in den Satellitenstaaten die Kontrolle wiedererlangten und das Befreiungsversprechen solange hinauszögerten, bis ab Mitte der 1980er Jahre die Umwälzungen in der UdSSR und in Mittelosteuropa das internationale System des Kalten Krieges von innen heraus auflösten.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dinslaken.

CHRISTIAN F. OSTERMANN

ist promovierter Historiker und Direktor des „History and Public Policy Program“ am Wilson Center, Washington, D. C., wo er unter anderem das „Cold War International History Project“ verantwortet. christian.ostermann@wilsoncenter.org

⁰⁸ Minutes of Discussion at the 150th Meeting of the National Security Council on 18 June 1953, 19. Juni 1953, Dwight D. Eisenhower Library, zit. in: Christian F. Ostermann, *Between Containment and Rollback. The United States and the Cold War in Germany*, Stanford 2021, S. 251 f.

⁰⁹ Ebd., S. 252.

DER 17. JUNI 1953

Trauma, Erinnerung, Aufarbeitung

Daniela Münkel

Es ist der 31. August 1989 in der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg: Hochrangige Offiziere erstatten Minister Erich Mielke Bericht über die schwierige Lage im Lande. Plötzlich und völlig unvermittelt fragt Mielke: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“⁰¹ Die Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse vom 17. Juni 1953, als sich das Volk und vor allem die Arbeiterschaft gegen die SED-Regierung erhob, hat die Parteiführung nie verlassen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die 1953 schon Verantwortung trugen. Bei Mielke hatten sich die damaligen Ereignisse und deren Folgen tief eingebrannt, hatte er doch hautnah miterleben müssen, wie der erste Staatssicherheitschef, Wilhelm Zaisser, darüber gestürzt wurde. So verwundert es wenig, dass vor allem in den 1950er Jahren, immer wenn der Jahrestag des Aufstands näher rückte, das MfS und die anderen Sicherheitsorgane des SED-Staates die Lage im Land besonders intensiv beobachteten und bereits im Vorfeld versuchten, alles zu unterbinden, was ein erneutes Aufflammen eines Protestes in irgendeiner Weise ermöglicht hätte. Erst als sich die Herrschaft der SED in den folgenden Jahrzehnten stabilisierte, verlagerte sich der Fokus des MfS in Richtung Westen.⁰²

Nach dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt 1969 und der Einleitung ihrer neuen Deutschland- und Ostpolitik gerieten vor allem die Aktivitäten der von der DDR als revanchistisch eingestuftes Gruppierungen wie Vertriebenenverbände, die Junge Union oder die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte ins Visier der Stasi. Zwar schwächte sich das Trauma des 17. Juni im Laufe der Jahrzehnte ab, aber die Sensibilität der Sicherheitsorgane im Hinblick auf die Jahrestage der Ereignisse verschwanden nie ganz.⁰³

Nicht nur bei den Herrschenden hatte der Aufstand vom 17. Juni ein Trauma hinterlassen,

sondern auch bei der Bevölkerung. Denn seine gewaltsame Niederschlagung hatte verdeutlicht, dass ein Sturz der kommunistischen Machthaber hoffnungslos war, solange die Sowjets ihren Herrschaftsbereich im Osten verteidigten. Die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 und des Prager Frühlings 1968 bestätigten diese Hoffnungslosigkeit. Auch deshalb konnte der 17. Juni der in den späten 1970er Jahren erstarkenden Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung kaum als Anknüpfungspunkt dienen. Ziele der antikommunistische Aufstand von 1953 auf eine aussichtslose Überwindung von DDR und Sozialismus, fügte sich die neue Oppositionsbewegung in die realpolitischen Gegebenheiten und rang mit den Herrschenden um eine Reform, nicht um eine Abschaffung des bestehenden Systems.

GEGENSÄTZLICHE DEUTUNGEN

Mit dem 17. Juni 1953 verbinden sich auch widerstreitende Interpretationen und Erinnerungspolitiken in Ost- und Westdeutschland. Die DDR-Regierung deutete den Volksaufstand umgehend als vom Westen gesteuerten, faschistischen Putsch. Bereits unter dem Eindruck der ersten öffentlichen Proteste am 16. Juni in Ost-Berlin – und damit noch vor Ausbruch des landesweiten Aufstandes – präsentierte das „Neue Deutschland“ seinen Lesern und Leserinnen am Morgen des 17. Juni die staatlich vorgegebene Interpretation der kommenden Ereignisse: „Am Dienstag verursachten Gruppen von aus West-Berlin eingeschleusten Provokateuren Zwischenfälle im demokratischen Sektor von Berlin. (...) Die Agenten bedienten sich dabei eines Teiles der Bauarbeiter, die sie zu einer Demonstration veranlaßten. Sie nutzten die Tatsache aus, daß unter den Bauarbeitern eine starke Erregung über die unzulässige administrative Art der Normfestsetzung herrscht. (...) Am Abend des Dienstag drangen große Gruppen faschistischer Jugendli-

cher aus Westberlin in den demokratischen Sektor ein und versuchten vor allem in der Stalinallee Zerstörungen anzurichten.“⁰⁴

Auch wenn es grundsätzlich alles andere als abwegig war, angesichts der US-amerikanischen „Liberation Policy“ in der Hochphase des Kalten Krieges dem Westen die Absicht einer Destabilisierung der SED-Herrschaft vorzuwerfen,⁰⁵ musste diese eindimensionale Lesart der Ereignisse eine Wahnvorstellung bleiben. Die Anzettelung eines Aufstands überstieg die Möglichkeiten westlicher Geheimdienste. Die offiziell propagierte Lesart der Ereignisse war vor allem nach innen nötig, um von der fehlenden Legitimation der SED und der von ihr begangenen Fehler abzulenken. Das nützte besonders Parteichef Walter Ulbricht, der den harten Stalinisierungskurs der zurückliegenden Jahre verkörperte und dessen politische Zukunft bei Erlass des „Neuen Kurses“ deshalb keineswegs als gesichert galt. Nach der Niederschlagung bekam er in einem ausführlichen Abschlussbericht vom Zentralkomitee (ZK) der SED die gewünschte Deutung des Aufstands geliefert: „Zur Verhinderung der Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung und um der weiteren Entspannung der internationalen Lage entgegenzuwirken und Berlin und die Deutsche Demokratische Republik zum Ausgangspunkt des Krieges in Europa zu machen, organisierten die feindlichen Kräfte unter direkter Beteiligung und Führung amerikanischer Stellen und der Volksfeinde in Bonn in der Zeit vom 16. bis 22. 6. 53 den Versuch eines faschistischen Umsturzes in der DDR. Neben der langjährigen Vorbereitung ihrer Agentenzentralen und Verbindungen in der

DDR und ihrer täglichen Hetze durch Rundfunk, Flugblätter Presse usw. verstärkten sie ihre feindliche Wühlarbeit nach dem Tod des Genossen Stalin, wobei sie besonders versuchten das Vertrauen zur Sowjetunion und zur Richtigkeit ihrer Politik zu erschüttern und antisowjetische Auffassungen in der Bevölkerung verstärkt wieder aufleben zu lassen.“⁰⁶

Die zentrale Rolle, die der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) bei der Verbreitung der Nachrichten über das Aufstandsgeschehen und damit auch bei der Ausweitung der Proteste gespielt hatte,⁰⁷ unterstützte aus Sicht der Machthaber in Ost-Berlin die These einer westlichen Einflussnahme. Entsprechend versuchte man auch in den Prozessen gegen wirkliche und vermeintliche Rädelführer, den Angeklagten eine faschistische Gesinnung und Vergangenheit sowie eine Tätigkeit für westliche Geheimdienste nachzuweisen, ohne dass freilich der Beweis eines geplanten Aufstands gelingen konnte. Das staatlich verordnete Narrativ wurde nie aufgegeben und hielt sich bis zum Untergang der DDR.⁰⁸ In der Öffentlichkeit wurde das Ereignis möglichst totgeschwiegen, in der Hoffnung, dass es in Vergessenheit gerät.

In der Bundesrepublik lassen sich hingegen mehrere Phasen der Erinnerung im Hinblick auf den 17. Juni 1953 ausmachen. Die von Konrad Adenauer geführte Regierung interpretierte den Aufstand als Bankrotterklärung des kommunistischen Systems und konnte ihn innen- und außenpolitisch propagandistisch ausschlagen. Bereits am 3. Juli 1953 beschloss der Deutsche Bundestag, den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ und „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ zum ersten Staatsfeiertag der jungen Bundesrepublik zu machen.⁰⁹ Politisch half der 17. Juni der Bundesregierung, die Notwendigkeit einer Ab-

01 Zit. nach Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989*, Berlin 1990, S. 125.

02 Vgl. ausführlich Bernd Eisenfeld, *Der „17. Juni“ – doppeltes Trauma: Machthaber und Opposition*, in: Roger Engelmann/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), *Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953*, Göttingen 2005, S. 349–377, hier S. 350–353.

03 Vgl. Information Nr. 229/83 über ein Vorkommnis mit Bauarbeitern auf der Baustelle in Berlin-Marzahn, Karl-Holtz-Straße, am 17. Juni 1983, 22. 6. 1983, www.ddr-im-blick.de.

04 Provokationen von westberliner Kriegshetzern im demokratischen Sektor Berlins, in: *Neues Deutschland (ND)*, 17. 6. 1953, S. 1.

05 Vgl. Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln 2002.

06 Analyse über die Vorbereitung, den Ausbruch und die Niederschlagung des faschistischen Abenteurers vom 16.–22. 6. 1953, Dok. 88 in: Ronny Heidenreich (Hrsg.), *Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn*, Bd. 3, Berlin 2023.

07 Vgl. u. a. Manfred Rexin, *Zur Rolle Westdeutschlands und West-Berlins am 16./17. Juni 1953*, in: Engelmann/Kowalczyk (Anm. 2), S. 84–91, hier S. 86 f.

08 Vgl. u. a. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, *Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat*, Bremen 2003, S. 197 ff.

09 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 82.

grenzung gegenüber dem Osten als Abwehr einer kommunistischen Bedrohung zu bekräftigen und damit den eingeschlagenen Kurs der Westbindung entgegen aller kritischen Stimmen voranzutreiben. Geschichtspolitisch kam der Volksaufstand gelegen, um auch die vom Nationalsozialismus durchtränkte westdeutsche Nachkriegsgesellschaft ein Stück weit zu rehabilitieren. In der auch vom Westen ideologisch aufgeladenen Systemauseinandersetzung ließen sich so die Schrecken des NS-Staates mit dem Nachkriegsunrecht in Ostdeutschland gleichsetzen. Dass sich die DDR-Bevölkerung gegen dieses neue, aber grundlegend andersartige Unrechtsregime zur Wehr setzte, diente als Beleg, dass die Deutschen eben doch zu demokratischen Revolutionen fähig seien. Daraus wurde abgeleitet, dass die „nationale Würde“ Deutschlands, die durch die NS-Zeit beschädigt war, zumindest teilweise wieder hergestellt sei.¹⁰ In der „Zeit“ argumentierte die Journalistin Marion Gräfin Dönhoff bereits am 25. Juni in diese Richtung: „Der 17. Juni 1953 wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag. (...) Denn an diesem 17. Juni hat sich etwas vollzogen, was wir alle für unmöglich hielten. (...) Hatten wir nicht längst resigniert vor der Macht des totalitären Apparates, gegen den jegliche Auflehnung zwecklos sei? (...) Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden! Die erste wirkliche deutsche Revolution, ausgetragen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Arbeiterparadies empörten, die unbewaffnet, mit bloßen Händen, der Volkspolizei und der Roten Armee gegenüberstanden“.¹¹

In den folgenden Jahrzehnten unterlag das Gedenken an den 17. Juni in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund sich wandelnder internationaler Rahmenbedingungen sowie eines generationellen, gesellschaftlichen und politischen Wertewandels mannigfachen Veränderungen.¹² Nach dem Mauerbau 1961, als die deutsche Teilung buchstäblich zementiert war, verkam die Forderung nach einer Wiedervereinigung zur reinen Rhetorik. Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung hatte sich mit der deutschen Teilung

mehr oder weniger abgefunden, sodass das Interesse an einem „Tag der Deutschen Einheit“ zurückging. Die erste Große Koalition schaffte kurz vor ihrer Abwahl 1969 die öffentliche Gedenkfeier ab, nur ein Jahr zuvor hatte es sogar Pläne gegeben, den Feiertag ganz zu streichen. Durch die neue Deutschland- und Ostpolitik der Ende 1969 angetretenen sozialliberalen Koalition und den Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972 stand die deutsche Zweistaatlichkeit nicht mehr infrage. Der Feiertag wurde nun folgerichtig als Tag der Mahnung zur nationalen Verantwortung beider deutscher Staaten interpretiert. Trotz einiger Versuche der Regierung unter Helmut Kohl in den 1980er Jahren, den „Tag der Deutschen Einheit“ wieder stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, wurde der Feiertag zunehmend sinnentleert und blieb kaum mehr als ein arbeitsfreier Sommertag. Mit der Wiedervereinigung 1990 wurde der 17. Juni schließlich geräuschlos durch den 3. Oktober als Nationalfeiertag „ersetzt“.

HISTORIOGRAFISCHE KONJUNKTUREN

Die Auseinandersetzung mit dem Aufstand – mit seinem Ausmaß, seinen Trägergruppen und seiner Verortung in der deutschen Geschichte – schritt dennoch fort. Es begann eine Phase der Erinnerung zwischen Historisierung und Politisierung, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Dabei geht es nicht nur um neue historische Erkenntnisse. Vor allem entbrannte nun ein Kampf um Deutungshoheiten, um den Volksaufstand 1953 in eine Tradition „deutscher Revolutionen“ zu stellen. Mit Blick auf die DDR-Geschichte meinte dies, die inzwischen zur „Friedlichen Revolution“ deklarierten Proteste des Jahres 1989 als Vollendung des gescheiterten Aufstandes von 1953 zu interpretieren.¹³

Zwar war die Forschung zum 17. Juni in der „alten Bundesrepublik“ relativ umfänglich und in ihrer Analyse nicht grundsätzlich falsch, dennoch

¹⁰ Vgl. ebd., S. 79.

¹¹ Zit. nach Edgar Wolfrum, Ein ungebeter Erinnerungsort? Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland, in: Engelmann/Kowalczyk (Anm. 2), S. 414–425, hier S. 416.

¹² Zum Folgenden vgl. ebd. S. 420 ff.

¹³ Dass diese Interpretation kaum tragfähig ist, haben Herrmann Wentker und Walter Süß bereits vor längerem nachgewiesen: Herrmann Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution? 1953 und 1989/90 im Vergleich, in: Deutschland Archiv 3/2001, S. 385–397; Walter Süß, Von der Ohnmacht des Volkes zur Resignation der Mächtigen. Ein Vergleich des Aufstandes in der DDR 1953 mit der Revolution von 1989, in: Engelmann/Kowalczyk (Anm. 2), S. 426–462.

brachte die Öffnung der Archive neue Erkenntnisse, sodass ein genaueres Bild der Ereignisse gezeichnet werden konnte. Das betraf besonders die Vorgeschichte des Aufstands, sein Ausmaß, die Protagonisten, die Niederschlagung und die anschließende Repressionsphase.¹⁴ Gedenktage wurden von Historikerinnen und Historikern sowie von Akteurinnen und Akteuren der ehemaligen DDR-Opposition genutzt, um den 17. Juni als Erinnerungsort in der deutschen Geschichte zu etablieren. Dazu gehörte auch die Forderung nach Wiedereinführung des Feiertags, wie sie etwa vom letzten Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, regelmäßig geäußert wurde: „Der 17. Juni ist als Gedenktag wichtiger als der 3. Oktober.“¹⁵

2003 schwappte anlässlich des 50. Jahrestags des Juni-Aufstands eine regelrechte mediale Welle über die Republik: Dokumentationen, Diskussionsrunden, Spielfilme und Zeitungsartikel wurden flankiert von Gedenkfeiern, wissenschaftlichen Tagungen und Publikationen.¹⁶ Der Anlass wurde auch genutzt, um noch möglichst viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu befragen und deren Erinnerungen für die Nachwelt festzuhalten. Besonders von Historikerinnen und Historikern, die in der DDR-Opposition aktiv gewesen waren, war es ein zentrales Anliegen, das damals dominierende Narrativ vom Arbeiteraufstand durch das eines Volksaufstands zu ersetzen.¹⁷ Dies war aber lediglich eine Umetikettierung, denn dass der von der Arbeiterschaft getragene Aufstand auch andere soziale Gruppen ergriffen hatte, war nie strittig. Entscheidender ist vielmehr, dass nach dem 50. Jahrestag das Thema in fast all seinen Facetten differenziert betrachtet wurde. Mittlerweile liegen zahlreiche Regional- und Lokalstudien zum Volksaufstand vor, die die Situation jenseits der Zentren genauer untersuchen und damit zu einer weiteren Differenzierung bei der Betrachtung des Geschehens beitragen.¹⁸

Nach dem Höhepunkt der Aufmerksamkeit 2003 war anlässlich des 60. Jahrestages 2013 wenig

Neues zu erwarten.¹⁹ Erstmals wurde die Stasi-Berichterstattung des Jahres in Gänze als Edition veröffentlicht.²⁰ Umgekehrt ermöglichte die Öffnung des BND-Archivs erstmals eine Untersuchung der Wahrnehmung des Aufstandes durch den frühen Bundesnachrichtendienst.²¹ Zudem wurde versucht, den 17. Juni nicht mehr nur als zentrales Ereignis der deutschen Geschichte und Erinnerungskultur zu interpretieren, sondern in einen gesamteuropäischen Zusammenhang zu stellen.²² Letztlich wurde der 17. Juni auch 2013 zu einem massenmedialen und gedenkpolitischen Ereignis, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie noch zehn Jahre zuvor.

ERKENNTNISSE UND BLINDE FLECKEN

Und 2023, zum 70. Jahrestag? Ist der 17. Juni endgültig „ausgeforscht“? Wird sich der Jahrestag auf offizielle Gedenkfeiern und Sonntagsreden beschränken? Die Ereignisse sind bekannt und weitgehend unstrittig: Das betrifft vor allem die Vorgeschichte des Aufstands und dessen Deutung als Reaktion auf den repressiven Kurs der SED im Zuge des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ seit 1952, insbesondere gegen besitzende Schichten und die Kirche. Als wichtige Faktoren gelten auch die daraus resultierenden Fluchtbewegungen sowie die massive Versorgungskrise. Ebenso wird der von den Sowjets erzwungene Verkündung des „Neuen Kurses“ im „Neuen Deutschland“ vom 11. Juni 1953 eine wichtige Rolle zugeschrieben, denn dieser sah weitreichende Konzessionen gegenüber den bislang verfolgten Milieus vor und wurde deshalb von der Bevölkerung als Bankrotterklärung der bisherigen Politik sowie als Eingeständnis der Schwäche gewertet.²³

19 Vgl. Thomas Großbölting, *Der 17. Juni im Geschichtsbild und Geschichtsbewusstsein der Gegenwart*, in: Andreas H. Apelt/Jürgen Engert (Hrsg.), *Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953*, Halle/S. 2014, S. 97–113.

20 Vgl. Roger Engelmann (Bearb.), *Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, hrsg. von Daniela Munkel, Göttingen 2013.

21 Vgl. Ronny Heidenreich, *Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953*, Marburg/Berlin 2013.

22 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *17. Juni 1953*, München 2013, S. 120ff.

23 Vgl. dazu u.a. Roger Engelmann, *Der Weg zum 17. Juni – ein Überblick über Hintergründe und Verlauf*, in: Apelt/Engert (Anm. 19), S. 21–37.

14 Vgl. Fricke/Engelmann (Anm. 8), S. 7ff., S. 12ff.

15 Unter anderem in der Rhein-Neckar-Zeitung, 17.6.2020.

16 Vgl. Edgar Wolfrum, *Neue Erinnerungskultur? Massenmedialisierung des 17. Juni 1953*, in: APuZ 40–41/2003, S. 33–39.

17 Vgl. u.a. Ilko-Sascha Kowalczyk, *17.6.1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen–Abläufe–Folgen*, Bremen 2003.

18 Vgl. u.a. Clemens Heitmann/Thomas Schubert (Hrsg.), *Der 17. Juni in Sachsen. Ursachen, Ereignisse, Wirkung und Rezeption*, Berlin 2014.

Auch über die Ereignisse in Ost-Berlin und in weiten Teilen der DDR unmittelbar vor, während und nach dem 17. Juni herrscht weitgehender Konsens: Vom 16. bis 21. Juni wurde in über 700 Städten und Gemeinden der DDR die Arbeit niedergelegt, rund eine Million Menschen beteiligten sich an den Aktionen, mehr als 1000 Betriebe und Genossenschaften wurden bestreikt, etwa 250 öffentliche Gebäude besetzt, darunter Einrichtungen der SED und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, MfS-Kreisdienststellen und Volkspolizeireviere, Haftanstalten wurden belagert und gestürmt und mehr als 1500 Häftlinge befreit. Die Forderungen lauteten: „Freie Wahlen“, „Nieder mit der SED“, „Wiedervereinigung“, „Freilassung aller politischen Häftlinge“, „Rücktritt der Regierung“ sowie „Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland“.²⁴ Durch den Einsatz sowjetischer Panzer wurde der Aufstand ab dem 17. Juni gewaltsam niedergeschlagen. In 167 von 267 Stadt- und Landkreisen der DDR wurde der Ausnahmezustand verhängt, es galt dort das Kriegsrecht. Mindestens 55 Todesopfer lassen sich nachweisen, zudem wurden zahlreiche Menschen verhaftet, auch in den Wochen und Jahren danach. Bis Mitte 1955 wurden rund 15 000 Personen festgenommen und etwa 1800 zu oft langen Haftstrafen verurteilt.

Ungeachtet der Repressionen kehrte nur langsam Ruhe ein. Die zweite Jahreshälfte 1953 war vom Bemühen der SED-Führung geprägt, das Krisengeschehen zu beenden oder zumindest zu mildern. Den Machthabern gelang es, SED-Gegner einzuschüchtern oder auszuschalten und regimefeindliche Äußerungen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Angesichts der anhaltenden negativen Stimmung in der Bevölkerung mussten die repressiven Maßnahmen jedoch dosiert eingesetzt werden. Insbesondere in den Industriebetrieben war die Situation noch längere Zeit angespannt. Um die Lage zu stabilisieren, sollte die Bevölkerung durch Zugeständnisse beruhigt werden – was im Wesentlichen bedeutete, Produktion und Handel im Zeichen des konsumfreundlicheren „Neuen Kurses“ neu zu ordnen. Dies erwies sich angesichts objektiver Probleme zwar als schwierig, letztlich war diese Doppelstrategie aber erfolgreich: Bis Ende des Jahres kam es zu einer relativen Konsolidierung der Verhältnisse,

²⁴ Vgl. Kowalczyk (Anm. 17), S. 34f.

was die SED nutzte, um ihre Herrschaft gezielt auszubauen. Der massive Aufwuchs des Sicherheitsapparates und der Aufbau des Überwachungsstaates waren in diesem Sinne eine direkte Folge des 17. Juni.

Trotz der sehr guten Forschungslage gibt es aber immer noch Aspekte, die unterbelichtet sind. Das gilt verwunderlicher Weise für die Rolle von Frauen während des Aufstandsgeschehens, im Vorfeld und danach.²⁵ Ähnliches gilt für das Geschehen auf den Dörfern und in der Landwirtschaft: Es wird zwar erwähnt, aber systematische Analysen und Einordnungen sind selten. Besonders die Privatbauern wurden seit 1952 teilweise extrem drangsaliert, und die SED hatte diesbezüglich mit anhaltendem Gegenwind zu kämpfen. Mit Verkündung des „Neuen Kurses“ änderte sich die Situation auf dem Land jedoch entscheidend.²⁶ Der Druck auf die Privatbauern ließ beträchtlich nach, was in vielen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), insbesondere denjenigen, deren Zustandekommen von Zwangsmaßnahmen begleitet gewesen war, Auflösungserscheinungen zur Folge hatte und die ohnehin fragile Situation auf dem Land weiter destabilisierte. Gerade hier verlor die SED den wenigen Boden, den sie hatte gewinnen können: Bauern, die mehr oder minder freiwillig die Kollektivierung mitgetragen hatten, fühlten sich von ihr im Stich gelassen und in ihrer Existenz bedroht. Die vormals verfolgten Grundbesitzer witterten Morgenluft, um in ihre alten Positionen zurückzukehren. Insofern lässt sich zugespitzt sagen, dass der Aufstand zuerst auf dem Land ausbrach, was bis heute häufig übersehen wird.

Nach wie vor richtet sich der Blick vor allem auf die urbanen Zentren des Volksaufstands – besonders auf das Geschehen in Ost-Berlin. Wie der Historiker Jens Schöne herausgearbeitet hat,

²⁵ Für erste Ansätze vgl. Andrea Bahr/Michèle Matetschk, Ist der 17. Juni männlich?, 17.6.2020, www.demokratiegeschichten.de/ist-der-17-juni-1953-maennlich; Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Nur ein Aufstand von Männern?, in: Metis. Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis 16/1999, S. 83–104.

²⁶ Vgl. Elke Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953, München 2007, S. 552–584; Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1954–1963, Köln u. a., S. 171 ff.; Theresia Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003, S. 388–396.

reagierten Teile der Landbevölkerung schneller und vor allem anders auf den Kurswechsel der SED als die Arbeiter in den Städten:²⁷ Überall gab es aus Dörfern Meldungen, dass es bereits am 12. Juni Unruhen gegeben habe. So wurde etwa an die Parteizentrale berichtet: „Das Kommuniké des Polit.-Büros [gemeint ist die Verkündung des „Neuen Kurses“ am 11. Juni 1953, *Anm. D. M.*] wurde von den Großbauern in allen Bezirken mit offener Schadenfreude aufgenommen. Sie führten wüste Saufgelage durch, schüchterten teilweise Genossenschaftsbauern ein.“²⁸ Einen Tag später, am 13. Juni, hieß es dann: „Nach einem Stimmungsbericht aus Köthen diskutierten die Einwohner die durch den Stadtfunk bekannt gewordenen Kommunikés. Gruppen bis zu 150 Personen beteiligten sich an diesen Straßendiskussionen.“²⁹

Die Nachrichten vom 17. Juni über die Ereignisse in Ost-Berlin und anderen Städten hatten eine zusätzliche mobilisierende Wirkung für das Aufstandsgeschehen auf dem Land – die Situation verschärfte sich zusehends: Bis zum 21. Juni gab es in mindestens 302 Dörfern Protestaktionen wie Arbeitsniederlegungen, die allerdings nicht das zentrale Mittel des Widerstandes auf den Dörfern waren.³⁰ Im Mittelpunkt der Proteste auf dem Lande standen die verhassten LPGs. Besonders für mittlere und größere Bauern bedeutete diese völlig neue Bewirtschaftungsform einen Bruch mit den althergebrachten Besitz- und Gesellschaftsstrukturen auf den Dörfern. Es verwundert daher kaum, dass sich der bäuerliche Protest 1953 vor allem in massenhaften Austritten aus den LPGs und zahlreichen Auflösungen ganzer Produktionsgenossenschaften manifestierte. Das MfS meldete am 1. Juli 1953, dass sich 58 LPGs aufgelöst hatten und weitere 113 einen solchen Schritt planten. Außerdem seien insgesamt 2197 Bauern aus 202 LPGs ausgetreten.³¹

Darüber hinaus kam es auch im ländlichen Raum zu Protesten gegen lokale SED-Funkti-

onäre, die zum Teil massiv attackiert wurden.³² Die Wut gegen das Repressionssystem brach sich auch durch die Beteiligung von Bauern an Gefangenenbefreiungen in Kleinstädten Bahn.³³ Die zentralen Protestformen auf den Dörfern sind damit beschrieben. Anders als in den Städten gab es hier keine Traditionen von Streikbewegungen oder Arbeitskämpfen, sodass sich der Widerstand eher in individuellem Handeln manifestierte. Zentrale Forderungen waren aber auch auf dem Land die Abschaffung der SED-Diktatur und der Ruf nach Wiedervereinigung. Auch in den nächsten Wochen und Monaten, gar Jahren, kehrte keine völlige Ruhe ein, wovon zahlreiche MfS-Berichte zeugen.

NEUE PERSPEKTIVEN

Andere, bisher weniger erforschte Aspekte rund um den Aufstand des 17. Juni rückt eine dreibändige Sonderedition des Stasi-Unterlagen-Archivs in den Mittelpunkt, die anlässlich des 70. Jahrestages erscheint.³⁴ Der Herausgeber Ronny Heidenreich hat dafür sämtliche Bestände des Bundesarchivs nach Unterlagen zum Thema durchforstet und einiges bisher Unbekanntes zutage gefördert. Das Besondere daran ist, dass sowohl Dokumente aus der DDR als auch der Bundesrepublik sowie Zeitzeugenberichte präsentiert werden. Damit erfolgt erstmals eine umfassende Einbettung des 17. Juni in den deutsch-deutschen Kontext. Einen Schwerpunkt bilden die unterschiedlichen Stränge der Berichterstattung an die jeweiligen Regierungen: Die Lageberichte von SED, Blockparteien, Volkspolizei und MfS auf der einen sowie von Verfassungsschutz, Organisation Gehlen, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und weiteren Diensten auf der anderen Seite. Aus den Dokumenten lassen sich neue Erkenntnisse und Forschungsfragen ableiten, wie folgende Beispiele verdeutlichen: Lag der Fokus der Berichterstattung im Osten vor allem auf den Reaktionen der unterschiedlichen sozialen Schichten auf den

27 Vgl. Jens Schöne, *Jenseits der Städte. Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR*, Erfurt 2023; ders., *Volksaufstand. Der 17. Juni in Berlin und der DDR*, Berlin 2013, S. 94–115.

28 Tagesbericht vom 12. Juni 1953, zit. nach Schöne 2013 (Anm. 27), S. 102.

29 LDPD-Bericht über die Stimmung zum „Neuen Kurs“ vom 13. Juni 1953, Dok. 12 in: Heidenreich (Anm. 6).

30 Vgl. Schöne 2003 (Anm. 27), S. 106ff.

31 Vgl. Engelmänn (Anm. 20), Einleitung, S. 37.

32 Eines von vielen Beispielen sind die Vorgänge im Dorf Milzau im Bezirk Halle: Nachdem der örtliche SED-Funktionär genötigt wurde, den Protestmarsch anzuführen, wurde ein Gebäude gestürmt, in dem sich weitere Funktionäre befanden, es kam zu einer Prügelei, und der Bürgermeister wurde gezwungen, in eine Mistgrube zu springen. Vgl. Schöne 2003 (Anm. 27), S. 108.

33 Vgl. ebd. S. 111f.

34 Vgl. Heidenreich (Anm. 6).

„Neuen Kurs“ und der Bevölkerungsstimmung, war er im Westen vornehmlich auf die Frage nach den deutschlandpolitischen Konzepten der Sowjets gerichtet. Anders als bisher behauptet, hätte die DDR-Führung durch die Berichterstattung im Vorfeld des Aufstands gewarnt sein können. Im Westen hingegen registrierten die Organisation Gehlen und andere berichtende Institutionen zwar die zunehmende Unruhe in der Bevölkerung der DDR, daraus schlussfolgerten sie allerdings nicht, dass ein größerer Aufstand bevorstand. Diese Geringschätzung der Bevölkerung als Akteur sollte sich für die Analyse des Geschehens als verhängnisvoll erweisen.

Während des Volksaufstands wurde in enger Taktung an die Staatsführung der DDR berichtet. Nach dem obligatorischen Hinweis, dass es sich um einen vom Westen gesteuerten, faschistischen Putsch handele, ist die Berichterstattung – jenseits ideologischer Selbstvergewisserungen – relativ ungeschminkt. Zwar versuchte man zeitweise, die Lage zu beschönigen. Doch um die Machthaber in die Lage zu versetzen, gegenzusteuern, ging man dann rasch wieder dazu über, die reale Situation wiederzugeben. Neu ist hier darüber hinaus die Erkenntnis, dass sich die SED-Führung während und nach dem Volksaufstand – obwohl ihr zahlreiche Informationsquellen zur Verfügung standen – vor allem auf die Berichte des eigenen Parteiapparats verließ. Das zu dieser Zeit erst entstehende Berichtswesen der Staatssicherheit schien den Machthabern in Ost-Berlin offenbar weniger zuverlässig, was sich in den nächsten Jahren jedoch ändern sollte.

Im Westen kann man von einer völligen Fehleinschätzung und Informationsdefiziten sprechen. Die berichterstattenden Institutionen, allen voran die Organisation Gehlen, gingen – ohne wirkliche belastbare Informationen – davon aus, dass der Aufstand von der KPdSU selbst initiiert worden sei. Man mutmaßte, dass die Sowjets den Westintegrationskurs der Adenauer-Regierung torpedieren und eine neue, nach ihren Plänen gestaltete Nachkriegsordnung installieren wollten – notfalls auch unter der Preisgabe von DDR und SED-Führung. Einzig das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen berichtete differenzierter, da es über bessere Informationsquellen in der DDR verfügte. Diese Berichte trugen offensichtlich dazu bei, dass Adenauer die These von der sowjetischen Urheberchaft des Aufstandes öffentlich nur abgeschwächt vertrat.

Die in der Edition dokumentierten Zeitzeugenberichte, die vor allem durch Interviews mit DDR-Flüchtlingen, Angehörigen des Sicherheitsapparates und Aufstandsteilnehmenden sowie V-Leuten in der Bundesrepublik entstanden sind, eröffnen die Möglichkeit, das Aufstandsgeschehen aus individueller und kollektivbiografischer Sicht zu analysieren. Sie erweitern die Analysemöglichkeiten der Forschung, die sich in weiten Teilen vor allem auf die Berichterstattung des DDR-Sicherheits- und SED-Parteiapparates stützte. Stammten die meisten bisher veröffentlichten Zeitzeugenberichte vor allem von „Rädelsführern“ des Aufstands und von Personen, die nach dem Aufstand in die Mühlen der DDR-Justiz gerieten, eröffnet sich durch die Berichte von „normalen“ Teilnehmenden an den Protesten sowie nicht beteiligten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern ein erweiterter und auch differenzierter Blick auf das Geschehen vor, während und nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953.

Insofern gibt es auch 70 Jahre nach dem Volksaufstand noch neue Fragen an den 17. Juni. Seine Erforschung kann als ebenso wenig abgeschlossen gelten, wie die Erinnerung an den Aufstand und seine geschichtspolitische Deutung für die Gegenwart. Mit Blick auf die Renaissance autokratischer und autoritärer Regime in der heutigen Welt scheinen historische Vorbilder nötiger denn je.

DANIELA MÜNDEL

ist habilitierte Historikerin und leitet die Forschungsabteilung im Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs.

daniela.muenkel@bundesarchiv.de

ENTSICHERT, ORGANISIERT UND ERZOGEN

Die DDR-Gesellschaft der frühen 1950er Jahre

Ralph Jessen

24 Pfund Bohnenkaffee aus Westdeutschland reichten aus. Als sie im Dezember 1951 bei einer Steuerprüfung entdeckt wurden, war es um den Zirkus Busch geschehen: Wegen Steuervergehens wurde das Unternehmen enteignet. Dem Zirkus Aeros ging es nicht besser. Auch hier dienten angebliche Steuerschulden als Begründung für die Verstaatlichung am 1. Januar 1953. Der dritte Großzirkus auf dem Gebiet der DDR, Zirkus Barlay, war schon 1950 in öffentliches Eigentum überführt worden, nachdem sein Eigentümer, Harry Barlay, in den Westen gegangen war. 13 kleinere Wanderzirkusse verschwanden zwischen 1951 und 1953 von der Bildfläche, gingen ein oder wurden aufgelöst.⁰¹

Wer an die Revolution von oben denkt, mit der die ostdeutsche Gesellschaft zwischen 1948 und 1953 umgewälzt werden sollte, hat nicht unbedingt das Schicksal des Zirkus Busch vor Augen. Doch dürften die Erfahrungen, die die Zirkusleute Anfang der 1950er Jahre machen mussten, mit den Erfahrungen vieler DDR-Bürger übereinstimmen haben. Nach Kriegsniederlage, Besatzung und Entnazifizierung, nach Hungerjahren und staatlicher Teilung, nach Verabschiedung einer pseudodemokratischen Verfassung und der Etablierung der SED als herrschende Partei waren die Bürger der frisch gegründeten DDR mit einer unberechenbaren Obrigkeit konfrontiert. Unter hohem Zeitdruck, mit enormem propagandistischen Aufwand, ohne Mandat und ohne rechtsstaatliche Bindung verfolgte die SED-Spitze ihr Projekt „Aufbau des Sozialismus“ – seit der II. Parteikonferenz von 1952 stand es auch offiziell auf der Agenda. Ob es sich dabei eher um den Import des sowjetischen Modells von Herrschaft, Wirtschaft und Gesellschaft handelte, um Erbschaften der deutschen kommunistischen Tradition oder um ostdeutsche Spezifika in einem geteilten Land spielte für die Menschen, die diesem

gewaltsamen Umbruch ausgesetzt waren, eine untergeordnete Rolle.

Nicht nur die einfachen Bürger, sondern auch viele loyale Parteimitglieder der SED sahen sich Tag für Tag verwirrenden Widersprüchen ausgesetzt: Den Versprechungen der Verfassung stand die Realität diktatorischer Herrschaft gegenüber, die Rede von Volkseigentum und Arbeitermacht passte schlecht mit dem Alltag von Arbeitsdruck, Mangel und Verweigerung jeder ernsthaften Partizipation zusammen, die politische Rhetorik beschwor nationale Werte und huldigte zugleich Stalin und der Sowjetunion, forcierte Militarisierung machte die lautstarke Friedenspropaganda unglaubwürdig. Wurden diese und andere Gegensätze zu offensichtlich, waren angebliche Feinde des Friedens und des Sozialismus rasch als Sündenböcke bei der Hand. Wer den Wendungen der Parteilinie nicht mehr folgen konnte oder wollte, musste mit „Erziehungsmaßnahmen“ oder Schlimmerem rechnen. Die Erfahrungsgeschichte der DDR-Bürger in dieser Hochphase des Stalinismus kann man vielleicht am ehesten als ein aufreibendes Wechselbad von Unsicherheit, Willkür, Fremdbestimmung und Bedrohung auf der einen Seite und lockenden Chancen, neuer Sinnstiftung, Aufbaupathos und Zukunftsversprechungen auf der anderen Seite beschreiben.

Je nach Generationenzugehörigkeit, sozialem Status, persönlichen Werthaltungen und politischen Auffassungen waren die Faktoren anders gemischt – die Erfahrung von Instabilität und Ungewissheit in einer Konstellation beschleunigten Wandels, der vom Einzelnen nicht zu beeinflussen war, dürfte für fast alle fühlbar gewesen sein. Mit den Soziologen Émile Durkheim und Robert K. Merton könnte man von einem Zustand gesellschaftlicher Anomie sprechen, einem Zustand unklarer oder sich auflösender Regeln und Normen. Die Wünsche und Erwartungen

vieler Angehöriger dieser Gesellschaft passten mit den vom politischen System vorgegebenen Wegen zur Erreichung dieser Ziele nicht zusammen.⁰² Die Gesellschaft in der frühen DDR stand unter extremem Stress.

Wenn man diese unübersichtliche Szenerie, die den Hintergrund der wachsenden Spannungen in der DDR der frühen 1950er Jahre bildete und die Voraussetzungen des Juniaufstands von 1953 hervorbrachte, unter dem Gesichtspunkt des von oben erzwungenen sozialen und kulturellen Wandels ordnet, sind vor allem drei Aspekte hervorzuheben: Erstens wurde die ostdeutsche Gesellschaft dieser Jahre durch eine Vielzahl politisch initiiertes Mobilisierungsprozesse aufgewühlt, die das Leben der Menschen unsicher und die Zukunft unkalkulierbar machten. Gegenläufig dazu entstanden zweitens zahlreiche neue, politisch kontrollierte Organisationen, die Ordnung, Handlungssicherheit und Integration versprachen, dabei aber den Regulierungs- und Disziplinierungsanspruch des Regimes in immer weitere Sphären der Gesellschaft hineintrugen. Diese Organisationen waren wiederum drittens die wichtigsten Instrumente ideologischer Sinnstiftung und Verhaltensregulierung, denen die Bürger der DDR alltäglich ausgesetzt waren.

DIE ENTSICHERTE GESELLSCHAFT

Vor einigen Jahren hat der Historiker Eckart Conze die Geschichte der Bundesrepublik als eine „Suche nach Sicherheit“ beschrieben.⁰³ Vor dem Hintergrund der einschneidenden politischen Zäsuren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zweier verlorener Weltkriege, der Erfahrung von NS-Diktatur, Besatzungsherrschaft und staatlicher Teilung, hatte sich die Sehnsucht nach Stabilität und Sicherheit als Leitmotiv der politischen Kultur etabliert. Blickt man aus dieser Perspektive auf die Frühgeschichte der DDR, erscheint diese als eine Phase tiefer Verunsicherung und Instabilität. Kaum dass sich die Wirren der

„Zusammenbruchsgesellschaft“⁰⁴ nach Kriegsende gelegt hatten, sah sich die Bevölkerung der ostdeutschen Länder ab 1947/48 mit dem einsetzenden Kalten Krieg und dem Beginn der „sozialistischen“ Transformation einem Stakkato politisch initiiertes Umbrüche ausgesetzt. Schon einmal machten die Bürger der DDR also die Erfahrung, dass ein Systemübergang sie in eine „entsicherte Gesellschaft“ führte – wenn auch auf sehr andere Weise als 40 Jahre später.⁰⁵

Diese Erfahrung erstreckte sich auf fast alle Lebensbereiche: Die Revolutionierung der sozialen Strukturen und Hierarchien hatte unmittelbar nach Kriegsende mit der Bodenreform eingesetzt und war 1953 noch lange nicht abgeschlossen.⁰⁶ Dabei handelte es sich um einen erzwungenen Elitenwechsel, der zunächst antifaschistisch legitimiert und später immer stärker mit dem Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft begründet wurde. Im Zuge der Entnazifizierung wurden große Teile der Funktionselementen in Verwaltung, Justiz, Bildungswesen und Universitäten entlassen, die das NS-Regime getragen hatten. Auch die flächendeckende Vertreibung der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer und die Enteignung weiterer Teile des Wirtschaftsbürgertums firmierte als „antifaschistische“ Säuberung. Für die Enteignungskampagnen gegen kleine und mittlere Selbstständige in den frühen 1950er Jahren hielten meist fadenscheinig konstruierte Wirtschaftsdelikte als Rechtfertigung her. Statt um die individuelle Sanktionierung großer und kleiner Nazis ging es mehr und mehr um die kollektive Verdrängung bürgerlicher Statusgruppen. Diesen Degradierungs- und Abstiegsverfahren standen Aufstiegsverfahren gegenüber, die oft genauso unerwartet und unberechenbar anmuteten. „Neulehrer“ und „Volksrichter“ wurden nach kurzen Schnellkursen in ihre Ämter gebracht, „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“ rekrutierten akademischen Nachwuchs aus den unteren Schichten; Verwaltung, Parteiapparate und eine Fülle neuer Organisationen suchten händerringend nach politisch loyalen Mitarbeitern, auch wenn es mit deren Fachqualifikation oft nicht

01 Vgl. Gerd Dietrich, *Kulturgeschichte der DDR*, Bd. 1, Göttingen 2018, S. 223f. Ich danke Gesa Jessen und Ulrich Mählert für die Lektüre des Manuskripts und kritische Hinweise.

02 Vgl. Philippe Besnard, *Anomie*, in: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Vol. 1., 2015², S. 714–717.

03 Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.

04 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1986⁴, S. 37.

05 Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.), *Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt/M. 2012.

06 Vgl. die Übersicht von Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005.

weit her war. „Ab morgen bist du Direktor“ – diese Ansage hatte Anfang der 1950er Jahre meist mehr mit einem Parteauftrag als mit Leistungsaufstieg zu tun.⁰⁷ Eigentum, ererbter Status und „bürgerlicher Habitus“ verloren an Bedeutung, zumindest vorübergehend auch Fachqualifikation; „politisches Kapital“ und das, was später die Kultur einer „arbeiterlichen Gesellschaft“⁰⁸ ausmachte, gewannen dagegen an Gewicht, wenn es um Auf- und Abstiege ging.

Die Erfahrung alltäglicher Unsicherheit, die die Ostdeutschen angesichts dieser sozialen Revolution von oben machten, wurde durch die Unberechenbarkeit von Verwaltung, Justiz, politischen Institutionen und vor allem der „herrschenden Partei“ massiv verstärkt. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurden die ohnehin spärlichen Ansätze von Rechtsstaatlichkeit, die in den Besatzungsjahren entstanden waren, in kürzester Zeit beendet. Nur zehn Tage nach der Staatsgründung legte eine geheime Richtlinie fest, dass alle wichtigen Gesetzesvorlagen, Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen vor ihrer Verabschiedung beziehungsweise Durchführung von der SED-Spitze abzusegnet werden.⁰⁹ Kaum beschlossen, waren fundamentale Bestimmungen der DDR-Verfassung insgeheim wieder aufgehoben worden. Die Verfassungen der im Sommer 1945 neu gegründeten Länder wurden mit deren Auflösung 1952 gleich ganz außer Kraft gesetzt. Da in diesem Zusammenhang auch die Verwaltungsgerichte aufgelöst wurden, verloren die DDR-Bürger jede Möglichkeit, sich mit rechtlichen Mitteln gegen staatliches Handeln zur Wehr zu setzen; die Abschaffung des gesamten Verwaltungsrechts folgte sechs Jahre später.¹⁰

Eine politisierte Strafjustiz tat ihr Übriges, sodass die Bevölkerung der DDR den Willkürmaßnahmen der Behörden, mit denen der „Aufbau des Sozialismus“ ab 1952 durchgesetzt werden sollte,

ohne rechtlichen Schutz ausgesetzt war: Sei es bei der Schließung der Staatsgrenze zur Bundesrepublik im Mai 1952 und der folgenden Zwangsausiedlung Tausender Bewohner der neuen Sperrzone, sei es bei der Enteignung zahlreicher Pensionen, Hotels und Erholungsheime an der Ostseeküste während der „Aktion Rose“ 1953, sei es bei der erwähnten Verstaatlichung privater Zirkusse oder bei den Repressalien gegen die kirchliche Jugendarbeit während des Kirchenkampfes gegen die Gruppen der „Jungen Gemeinde“. Die Grunderfahrung existenzieller Unsicherheit angesichts administrativer Willkür, abrupter Richtungsänderungen der Politik und der Unverbindlichkeit von Regeln und Verfahren reichte bis tief in die „herrschende Partei“. Selbst deren Spitzenfunktionäre waren nicht davor gefeit: Als die Führung der KPdSU nach Stalins Tod eine gemäßigte Richtung einschlug, mussten der Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED Walter Ulbricht, der Ministerpräsident Otto Grotewohl und der ZK-Sekretär für Propaganda Fred Oelßner Anfang Juni 1953 in Moskau zum Rapport erscheinen und die Direktiven zum „Neuen Kurs“ entgegennehmen. Hunderttausende Parteimitglieder hatten sich seit Anfang der 1950er Jahre demütigenden Überprüfungen ihrer Loyalität und Linientreue zu stellen – wer versagte, den erwartete ein ungewisses Schicksal.¹¹ Nicht nur ehemaligen Sozialdemokraten drohten der Rauswurf aus der SED, berufliche Nachteile, manchmal Haft. Besonders misstrauisch schaute die stalinistische Parteiführung auf alle, die irgendwann einmal in Distanz zur kommunistischen Orthodoxie Moskauer Prägung gestanden hatten: Ehemalige Angehörige linker Kleingruppen in der Weimarer Republik und vor allem Rückkehrer aus der britischen, mexikanischen oder US-amerikanischen Emigration waren schikanösen Gesinnungsprüfungen und massiver Repression ausgesetzt. Unter ihnen waren etliche jüdische Intellektuelle, deren Lage besonders prekär wurde, als die SED-Führung Ende 1952, Anfang 1953 auf die als „Antizionismus“ verbrämte antisemitische Kampagne der KPdSU-Führung in Moskau einschwenkte. Ein Großteil der wenigen jüdischen Überlebenden des Holocaust, die bis dahin in der DDR gelebt hatten, floh in den Westen.

Dies erinnert daran, dass die DDR auch im Jahr 1953 noch eine durch große geografische

07 Matthias Wagner, *Ab morgen bist Du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR*, Berlin 1998.

08 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 2000, S. 177.

09 Vgl. Richtlinien vom 17. 10. 1949, in: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3/57, dokumentiert in: Matthias Judt (Hrsg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten*, Berlin 1998, S. 77f.

10 Vgl. Michael Stolleis, *Ein Staat ohne Staatsrecht, eine Verwaltung ohne Verwaltungsrecht? Zum öffentlichen Recht in der Rechtswissenschaft der DDR*, Vorlesung vom 5. 3. 2009 in der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, https://edoc.bbaw.de/files/677/04_Stolleis.pdf.

11 Vgl. Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Terror. Stalinistische Parteiauberungen 1936–1953*, Paderborn 2001.

Mobilität und Zwangsmigration geprägte Gesellschaft war. Millionen von Vertriebenen waren in der östlichen Besatzungszone gestrandet, viele auf Dauer, andere zogen weiter in den Westen. Die befreiten Insassen der nationalsozialistischen Lager mussten im postfaschistischen Deutschland wieder Fuß fassen. Ehemalige Kriegsgefangene und Zivilinternierte kehrten in eine fremd gewordene Welt zurück. Zehntausende Arbeitskräfte wurden schon in den späten 1940er Jahren mit mehr oder weniger Zwang für den sowjetischen Uranbergbau im Erzgebirge rekrutiert, Tausende mussten ihre Dörfer an der neuen westlichen Staatsgrenze verlassen, andere wurden für die pompösen industriellen Großprojekte des Sozialismus mobilisiert wie etwa den Aufbau des „Eisenhüttenkombinats Ost“, das 1953 in „Stalinstadt“ umbenannt wurde. Über eine Million Menschen verließen die DDR zwischen 1949 und 1953 in Richtung Westen.¹² All dies verstärkte die Erfahrung von Instabilität und Unbehaustheit.

DIE ORGANISIERTE GESELLSCHAFT

In der entscherten Gesellschaft der frühen DDR machten viele Menschen die Erfahrung, dass ihre Lebenswelt auf neue Weise unberechenbarer, die geltenden Regeln unklarer und die Zukunft ungewisser geworden waren. Die politischen Institutionen traten als bedrohliche Macht mit umfassendem Gestaltungsanspruch auf, die Anpassung und Zustimmung erwartete, deren große Versprechungen von Recht, Verfassung, Demokratie, Nation, Arbeitermacht und Wohlstand aber mit ihrer Herrschaftspraxis wenig zu tun hatten. Wie konnte man diesen Institutionen mit Vertrauen begegnen, wie der Zukunft mit einiger Erwartungssicherheit entgegensehen, wie verlässliche soziale Beziehungen aufbauen? Während die Lebensverhältnisse in der DDR für den Einzelnen unüberschaubarer geworden waren, betrieb das SED-Regime zur gleichen Zeit mit außerordentlicher Energie die Entwicklung der kommunistischen „Organisationsgesellschaft“.¹³ Der

„Aufbau des Sozialismus“ war zum Gutteil identisch mit dem Aufbau neuer Großorganisationen beziehungsweise der Anpassung vorhandener Organisationen. Nun sind Organisationen ein grundlegendes Strukturelement der Moderne und nicht spezifisch für kommunistische Diktaturen. Deren Besonderheit lag darin, dass die institutionelle Differenzierung moderner Gesellschaften aufgehoben und möglichst alle Sphären der Gesellschaft einer einheitlichen, ideologisch legitimierten Regulierung und Steuerung untergeordnet werden sollten.¹⁴ Was so abstrakt klingt, bedeutete aus der Erfahrungsperspektive der Menschen konkret, dass sie in immer mehr Bereichen ihres Lebens dem steuernden und regelnden, bevormundenden und gängelnden Staat begegneten beziehungsweise der die „Durchorganisation“ der Gesellschaft vorantreibenden „führenden Partei“.

Die Eigenlogik der gesellschaftlichen Subsysteme wurde nach und nach stillgelegt beziehungsweise politisch überformt:¹⁵ Zwar gab es auf dem Papier noch Parteienpluralismus und allgemeine Wahlen, faktisch aber liefen die „Blockparteien“ nach 1949 an der kurzen Leine des ZK. Mit der Farce der Einheitslistenwahlen machte man noch nicht einmal den Versuch, so etwas wie Parteienkonkurrenz zu fingieren. Nach der Aufhebung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechts entfernte sich der expandierende Staatsapparat immer weiter vom Modell einer rechtsförmig organisierten Bürokratie. Die Gründung der „staatlichen Plankommission“ 1950 und aller damit zusammenhängender Gremien und Verfahren der Wirtschaftslenkung war ein entscheidender Schritt zur Außerkraftsetzung des Marktes zugunsten einer umfassenden politischen Steuerung aller wirtschaftlichen Prozesse. Von einer Unabhängigkeit der Presse und des Rundfunks konnte weder vor noch nach der Staatsgründung die Rede sein, und auch die Buch- und Zeitschriftenverlage mussten in immer engeren Grenzen manövrieren.

¹² Vgl. Deutsch-deutsche Übersiedlungsstatistik 1949 bis zum 30.6.1990, in: Judt (Anm. 9), S. 545.

¹³ Vgl. Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19/1990, S. 292–307; Stefan Kühl, Gesellschaft der Organisation, organisierte Gesellschaft, Organisationsgesellschaft, Universität Bielefeld, Working Paper 10/2010.

¹⁴ Vgl. Stefan Kühl, Organisationen. Eine sehr kurze Einführung, Wiesbaden 2011; Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553; M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: ebd., S. 17–30.

¹⁵ Vgl. zum Folgenden Gerd-Rüdiger Stephan et al. (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR, Berlin 2002; Andreas Herbst et al. (Hrsg.), So funktionierte die DDR, Reinbek 1994.

Die Jahre bis 1953 waren die Zeit, in der sich der neue Organisationskosmos mit großem Tempo in der ostdeutschen Zivilgesellschaft ausbreitete: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund unterwarf sich 1950 öffentlich der SED-Führung, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) führte 1953 einen erbitterten Kampf gegen die Junge Gemeinde der protestantischen Kirchen, der 1947 gegründete Demokratische Frauenbund schaltete vorhandene Frauenorganisationen gleich, die im Jahr der Staatsgründung aus der Taufe gehobene Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft machte sich an die schwere Aufgabe, den Deutschen in der DDR ihre Furcht, ihr Ressentiment und ihren Dünkel gegenüber „den Russen“ auszutreiben. Diese Liste kann leicht verlängert werden – von der 1950 gegründeten elitären Akademie der Künste bis zum Zentralhaus für Laienkunst, das sich ab 1952 um die Anleitung des künstlerischen Volksschaffens kümmern sollte. Schon ein Jahr zuvor hatte die „StaKuKo“ – die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten – damit begonnen, im Auftrag der SED-Führung gegen westliche „Dekadenz“, „Formalismus“ und „Kosmopolitismus“ zu Felde zu ziehen. Den Universitäten und Hochschulen wurden im Rahmen der II. Hochschulreform von 1951/52 die verbliebenen Selbstverwaltungsrechte genommen und ein scharf politisiertes „gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium“ aufgezwungen.¹⁶

Man könnte annehmen, dass soziale Stabilität und individuelle Erwartungssicherheit zunahmen, je mehr Menschen in diese rasch expandierende Organisationswelt einbezogen wurden, die ja mit dem Anspruch auftrat, alle Aspekte des Lebens zu ordnen und zu regulieren. Nicht zuletzt die Ereignisse des 17. Juni 1953 zeigen, dass dies nicht der Fall war. Dies lag sicherlich daran, dass die Organisationsoffensive der SED-Führung von vielen als bedrohlich, bedrängend oder auch nur als lästig erfahren wurde. Zudem haben die nach sowjetischem Modell entworfenen Organisationen gerade in den Anfangsjahren alles andere als perfekt funktioniert. Weder gab es genügend qualifiziertes und ideologisch sattelfestes Personal, noch waren die Abläufe und Prozesse eingespielt. Letztlich lagen dem mangelnden Integrationserfolg aber grundsätzliche Probleme zugrunde: Erstens entsprachen die neuen Organisationen

und Verwaltungen trotz ihrer aufwendigen Gremien, Berichtszüge und Anweisungsverhältnisse gerade nicht dem Modell „rationaler“ bürokratischer Herrschaft, da die Geltung von Regeln und Verfahren immer durch äußere Interventionen „der Partei“ durchkreuzt werden konnte. Zweitens führte das Primat politisch-ideologischer Steuerung zu notorischer Ineffizienz, zu Reibungsverlusten und Leistungsschwäche, da es im Zweifelsfall eben nicht um wirtschaftliche Kriterien, wissenschaftliche Wahrheiten oder künstlerische Originalität ging, sondern um politische Herrschaftsinteressen und ideologische Deutungshoheit. Drittens wirkten strikte Hierarchien und die Zentralisierung aller relevanten Entscheidungen lähmend und demotivierend.

DIE ERZOGENE GESELLSCHAFT

1953 kamen sieben neue DEFA-Spielfilme in die Kinos der DDR – sechs von ihnen hatten eine politische Botschaft. Die einzige Ausnahme war „Die Geschichte vom kleinen Muck“ unter Regie von Wolfgang Staudte. Sie erwies sich als Publikumsrenner. Bis heute gilt die Verfilmung des Märchens von Wilhelm Hauff als erfolgreichste DEFA-Produktion aller Zeiten. Statt sich verkrampfter Politpropaganda auszusetzen, floh man lieber in orientalische Phantasiewelten. Denn in den vier Jahren zwischen der Staatsgründung und dem Juniaufstand von 1953 trat das SED-Regime den DDR-Bürgern als aggressive Erziehungs- und Mobilisierungsdiktatur entgegen. Ein nicht abreißender Strom propagandistischer Texte, Plakate, Veranstaltungen und Filme flutete den öffentlichen Raum. Mit nur geringen Nuancen vermittelten SED-Kader, Medien, Bildungseinrichtungen und „Massenorganisationen“ die Leitbilder des neuen sozialistischen Menschen, priesen die Freundschaft zur Sowjetunion, verdammt den Westen und appellierten an Arbeitsethos und Moral. Zukunftsoptimismus und Aufbauelan wurden beschworen, sozialistische Heldenmythen popularisiert.¹⁷ Hunderttausende neue SED-Mitglieder mussten zu loyalen Kommunisten gemacht werden. Der „Aufbau des Sozialismus“ war eine gewaltige Erziehungsaufgabe.

¹⁶ Zur Organisationsoffensive im Kulturbereich siehe die ausführliche Übersicht bei Dietrich (Anm. 1), S. 175–485.

¹⁷ Vgl. Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002.

Politische Sinnstiftung, öffentliche Mobilisierung und performative Inszenierung gingen Hand in Hand.¹⁸ Seitdem der Bergmann Adolf Hennecke am 13. Oktober 1948 seine Arbeitsnorm zu 387 Prozent übererfüllt hatte, rollte die „Aktivistenbewegung“ durchs Land. Nicht schnöde materielle Interessen, sondern selbstloser Einsatz für den Aufbau und den Sozialismus sollte zu Höchstleistungen motivieren. Immer neue Heldinnen und Helden der Arbeit wurden als leuchtende Vorbilder in Szene gesetzt.¹⁹ Ihr Beispiel sollte dazu motivieren, die große Transformation nicht nur passiv über sich ergehen zu lassen, sondern sie aktiv mitzugestalten – freilich stets zu den Konditionen der SED. Teilhabe, Integration und Performanz standen auch im Zentrum der großen Mobilisierungsereignisse, mit denen das Regime sich selbst und den Bürgern der DDR die fiktive Einheit von Volk und Führung vorführte: Die streng choreografierten Demonstrationen zum 1. Mai gehörten von Anfang an zur Routine des politischen Festkalenders; das „Deutschlandtreffen“ der FDJ von 1950 und die „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ im folgenden Jahr versammelten Hunderttausende Jugendliche in Ost-Berlin.²⁰ Solche politische Erlebnispädagogik hinterließ vermutlich tiefere Eindrücke als staubtrockene Lektürestunden mit Stalins „Kurzem Lehrgang“, zumal, wenn man die Berlinreise mit einem heimlichen Besuch in einem West-Berliner Grenzkino verbinden konnte. Der bizarr anmutende Stalinkult mit seinen bigotten Treueschwüren und Glaubensbekenntnissen gehörte in der DDR wie im ganzen Ostblock bis 1956 zum Standardrepertoire politischer Rituale. Schon deshalb musste nach Stalins Tod am 5. März 1953 eine

Schockwelle der Verunsicherung durchs Land gehen. In der Ereigniskette, die zum Juniaufstand führte, spielte sie eine wichtige Rolle.

Nur wenige Jahre nach dem Ende von Führerglaube und NS-Volksgemeinschaft, nach Besatzungsherrschaft, Beginn des Kalten Krieges und staatlicher Teilung brauchte es neue sinnstiftende Erzählungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, um das Projekt „Sozialismus“ zu legitimieren.²¹ Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR hatte in diesen Jahren vermutlich die größte Legitimationskraft. Nachdem die Verantwortung für den Nationalsozialismus auf das kapitalistische System geschoben, die braune Vergangenheit in die westdeutsche Bundesrepublik ausgelagert und die Ostdeutschen zu „befreiten“ Opfern der NS-Diktatur stilisiert wurden, konnte man sich auf der Siegerseite der Geschichte fühlen. Die Gegenwart wurde als manichäischer Kampf der sozialistischen Kräfte des Fortschritts und des Friedens gegen die Mächte der Dekadenz, des Krieges, der Unterdrückung und Ausbeutung im Westen beschrieben. Hier verquickten sich kommunistische Propagandamotive mit deutschnationalen Traditionen und wohlbekanntem Antiamerikanismus; eine subkutane Spur von Antisemitismus war auch dabei. Der Zukunftsentwurf der kommunistischen Utopie schließlich verhielt eine andere, eine bessere Moderne, die sich umso mehr als Projektionsfläche aller möglichen Hoffnungen eignete, je weiter sie in einer nebulösen Ferne lag. Die Sowjetunion wurde von den Ostdeutschen des Jahres 1953 wohl kaum als Einlösung dieser Hoffnungen angesehen. Die Ereignisse im Juni zeigten vielmehr das Scheitern der stalinistischen Organisationsgesellschaft wie auch ihrer bombastischen Sinnstiftungsbemühungen. Die Bürger der DDR waren der permanenten Unsicherheit in dieser Revolution von oben ebenso überdrüssig wie des penetranen Erziehungsfurors ihrer Obrigkeit. Als das Politbüro der SED am 9. Juni 1953 den „Neuen Kurs“ verkündete und seine rabiaten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ zurücknahm, kehrten sich die Verhältnisse um: Plötzlich erschien das Regime verunsichert und getrieben, nicht mehr die Bevölkerung. Am 15. Juni begannen die Streiks der Berliner Bauarbeiter.

18 Vgl. Rainer Gries, *Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der Arbeiter-und-Bauern-Macht*, in: Peter Hübner et al. (Hrsg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln–Weimar 2005, S. 191–214.

19 Vgl. Uwe Spiekermann, *Eine sozialistische Heldin: Gretel Heinicke und die Kochtopfmethode*, 11. 10. 2019, <https://uwe-spiekermann.com/2019/10/11/eine-sozialistische-heldin-gretel-heinicke-und-die-kochtopfmethode>.

20 Vgl. das reichhaltige Material bei Dieter Vorsteher (Hrsg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1996.

21 Vgl. Martin Sabrow, *Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive*, in: *Zeiträume* 2007, S. 164–181 sowie das immer noch lesenswerte Standardwerk von Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt/M. 1992.

RALPH JESSEN

ist Professor i. R. für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität zu Köln.
r.jessen@uni-koeln.de

ZWISCHEN KONFORMITÄT UND KONFLIKT

Die westdeutsche Gesellschaft 1953

Sonja Levsen

„Tiefe Genugtuung über den großen Erfolg der gemäßigten über die radikalen Parteien sowie über die völlige Niederlage der Kommunisten, Nazis und Neutralisten“ äußerte die französische Regierung einem Zeitungsbericht zufolge nach der Bundestagswahl 1953.⁰¹ „Stolz“ könne „das deutsche Volk“ sein auf dieses Wahlergebnis, formulierte wenig später Wahlsieger Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung: Links- und rechtsradikalen Parteien habe es eine Absage erteilt, ein „hohes Maß politischer Reife“ gezeigt, Demokratie gewählt. Es sei nun „kein Zweifel“ mehr daran erlaubt, dass „die Zeit des Rechtsradikalismus in Deutschland endgültig vorbei ist“.⁰²

Endgültiges Ende des Rechtsradikalismus 1953? Nicht nur aus der Perspektive des Jahres 2023 wird die Realitätsferne dieser Diagnose deutlich. Sie war weniger einer genauen Beobachtung der westdeutschen Gesellschaft geschuldet als vielmehr Teil einer politischen Deutungsstrategie, die sich auch aus der französischen Erklärung ablesen lässt: Die Bundesregierung wie auch ihre westlichen Verbündeten hatten ein Interesse daran, die Bundesrepublik als verlässlichen Partner mit gefestigter Demokratie zu charakterisieren. In Frankreich ging es darum, das Parlament für die Ratifizierung der Verträge zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu gewinnen und Gegnern einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

1953, so lautete daher die politische Botschaft beider Stellungnahmen, war die Bundesrepublik in ruhigem Fahrwasser angekommen: die Westbindung stabil, Gegner der Demokratie marginalisiert, „gemäßigte“ Politik an der Tagesordnung. Nicht alles an diesem Bild war falsch: Aufgrund der erstmals eingesetzten Fünfprozenthürde schafften es weder die Kommunisten (KPD) noch die rechts-extreme Deutsche Reichspartei (DRP) ins Parlament; die ebenfalls rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP) war 1952 verboten worden. Der deutliche Sieg der CDU galt als Plebiszit auch

zur Westintegration. All das bot eine Grundlage für Stabilitätsdiagnosen. Bis heute erscheint die Wahl als Schritt zu einer inneren wie äußeren Stabilisierung der Bundesrepublik und zugleich zur langjährigen Dominanz der CDU in den „konservativen“ 1950er Jahren, einer Dekade der Konformität und der Suche nach Stabilität, Harmonie und Konsens. So sehr das in mancher Hinsicht zutrifft, so sehr ist dieses Bild doch auch von den zitierten zeitgenössischen, strategischen Deutungen geprägt. Die westdeutsche Gesellschaft war 1953 in vielen Fragen polarisiert, zerrissen, fragmentiert; sie trug heftigen politischen Streit aus.

Die Schärfe dieser Konfliktlinien wird bereits deutlich, wenn man nicht nur auf das Wahlergebnis des Jahres 1953, sondern auch auf den Wahlkampf blickt. Zwar war dieser friedlicher als jener 1949, der von zahlreichen Saalsprengungen, von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der KPD und jenen der Deutschen Partei (DP) und von verbalen Entgleisungen geprägt gewesen war. Aber auch 1953 war der Wahlkampf nicht nur von persönlichen Verunglimpfungen und kruden Nazivergleichen gekennzeichnet, auch gab es Faustkämpfe zwischen Plakatklebern konkurrierender Parteien, in denen Beteiligte Verletzungen wie Nasenbeinbrüche oder Gehirnerschütterungen davontrugen.⁰³ Störungen von Wahlversammlungen blieben in den 1950er Jahren Teil der westdeutschen politischen Kultur.⁰⁴ So sprengten rechte Gruppen Versammlungen der KPD; Veranstaltungen der radikalen Rechten hingegen wurden zumindest in Einzelfällen von Sozialdemokraten gekapert. In Frankfurt wurde im Juli 1953 ein Redner der DRP, der erst kürzlich aus griechischer Kriegsverbrecherhaft entlassene ehemalige Kommandeur Kretas, Alexander Andrae, Zeitungsberichten zufolge von politischen Gegnern zunächst „niedergeschrien“ und anschließend „mit Biergläsern beworfen und aus dem Saal geprügelt“ beziehungsweise von rund 100 Teilnehmern

mit „Stuhlbeinen und Fäusten“ traktiert, was für ihn und drei seiner Anhänger im Krankenhaus endete.⁰⁵

Die Grenzen des legitimen Konfliktaustrags in der Demokratie wurden 1953 vielfach weit ausgelegt; die Delegitimierung körperlicher Gewalt war noch kein Konsens. Verbal wie manchmal auch körperlich wurde der Wahlkampf 1953 mit harten Bandagen ausgefochten. Mit der DP und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wurden schließlich zwei rechtsnationale Parteien Teil der Regierungskoalition, die ebenso wie die FDP zahlreiche ehemalige Funktionäre der NSDAP in Parteiämtern hatten.

Keine Schlägereien, aber doch „Tumulte“ gab es auch bei CDU-Wahlkundgebungen. Theodor Blank etwa, als Sonderbeauftragter Adenauers zuständig für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, wurde im Frühsommer 1953 „mit minutenlangen Pfui-Rufen empfangen“ und seine Rede durch das „Gröhlen eines Teils der etwa 500 Zuhörer verzögert“. Blank begründete die Notwendigkeit einer deutschen Wiederbewaffnung unter anderem mit dem Argument, „die östlichen Armeen sollten nicht Gelegenheit bekommen, Frauen und Kinder zu vergewaltigen“, und erntete damit wütende Zwischenrufe wie „wir haben die Knarre lange genug getragen“. Vor dem Saal protestierten Jugendliche mit Transparenten.⁰⁶ Widerstand gegen EVG und Wiederbewaffnung äußerte sich nicht überall so heftig, wurde aber 1953 von vielen Westdeutschen geteilt und auch lautstark auf den Straßen geäußert. Nur etwa ein Drittel der Bevölkerung stimmte dem Projekt zu – der Riss ging mitten durch die Gesellschaft.⁰⁷

01 Überprüfung der Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 8.9.1953, S. 2.

02 Regierungserklärung vom 20.10.1953, in: Regierungserklärungen 1949–1973, hrsg. von Peter Pulte, Berlin–New York 1973, S. 30–60, hier S. 30f.

03 Das zeigt Claudia C. Gatzka, *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979*, Düsseldorf 2019, S. 228ff.

04 Vgl. Thomas Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik, 1949–1990*, Göttingen 2010, S. 284–289.

05 Saalschlacht in Frankfurt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.7.1953, S. 3; Politische Saalschlacht in Frankfurt, in: SZ, 14.7.1953, S. 2. Vgl. Gatzka (Anm. 3), S. 233.

06 Tumulte um Theodor Blank, in: SZ, 8.6.1953, S. 2.

07 Vgl. Jörg Echternkamp, *Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955*, Berlin–München–Boston 2014, S. 329.

Konsenssuche und überwölbender Konservatismus im Wahlergebnis einerseits, Protestkundgebungen, verbale und körperliche Attacken andererseits – in drei Schlaglichtern möchte ich im Folgenden das Spannungsfeld von Konflikt und Konformität ausloten, das die westdeutsche Gesellschaft des Jahres 1953 kennzeichnete.

PRÄSENZ DER VERGANGENHEIT

Das Jahr begann mit einer Szene wie aus einem politischen Thriller; so stellte es zumindest „Der Spiegel“ dar. Mitten beim Abendessen, so berichtete das Magazin am 21. Januar 1953, sei der „Arzt und Geburtshelfer“ Dr. Haselmayer gewesen, als es bei ihm klingelte. Nachdem ihm zwei Beamte der britischen Militärregierung einen Haftbefehl gezeigt hätten, seien „15 mit Maschinenpistolen bewaffnete Militärpolizisten“ im „Laufschritt“ nähergekommen. Anschließend sei das Haus durchsucht worden. Haselmayer, so hielt „Der Spiegel“ fest, „wurde nicht mehr satt“. Die vier Kinder des Arztes seien in ein ungeheiztes Nebenzimmer „verfrachtet“ und damit ihres Nachtschlafs beraubt worden. Die „Bedürfnisse der vierjährigen Christiane“ hätten gar unter Aufsicht erledigt werden müssen; Haselmayer wurde abgeführt. Anschließend gab „Der Spiegel“ ausführlich Haselmayers Ehefrau das Wort und berichtete von der Mühsal des Aufräumens bis in die frühen Morgenstunden.⁰⁸

Was hier als willkürlicher Überfall einer Besatzungsmacht dargestellt wurde, war Teil des gezielten Zugriffs der britischen Behörden auf zentrale Köpfe eines Netzwerkes alter Nationalsozialisten, das als Naumann-Kreis bezeichnet wird.⁰⁹ Über Vermittlung insbesondere des FDP-Politikers Ernst Achenbach war es dem Kreis gelungen, signifikanten Einfluss auf die nordrhein-westfälische FDP zu gewinnen, die in der Folge einen zunehmend scharfen Rechtskurs einschlug. Verhaftet wurden im Januar 1953 Werner Naumann, ehemaliger Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,

08 Vgl. Nau-Nau, in: *Der Spiegel*, 21.1.1953, S. 5–8, Zitate S. 5.

09 Vgl. dazu und zum Folgenden Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989*, Bonn 1996, S. 462–467; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2012, S. 361–396; Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013, S. 118–122.

vier weitere ehemalige NSDAP-Funktionäre und eben Haselmayer, ehemaliger Hamburger NS-Studentenführer und Mitglied des inneren Nauemann-Kreises. Wie groß die Gefahr war, die von dem Kreis für die Demokratie ausging, ist umstritten. Zweifellos aber waren alte Nationalsozialisten 1953 in vielen Parteien präsent, häufig mit einer eigenen politischen Agenda. Belanglos war das nicht; der Zugriff der Briten hatte Gründe.

Die Reaktion der westdeutschen Medien auf die Verhaftungen unterstreicht zunächst das Bild einer hohen Meinungskonformität: In zahlreichen Artikeln wurde die britische Aktion als illegitim oder übertrieben gewertet; auch die Reaktionen aus der deutschen Politik waren distanziert. Spekulationen über die vermeintlich wahren Motive der Briten beherrschten die mediale Diskussion, nicht die Frage nach dem Einfluss nationalsozialistischer Netzwerke auf die deutsche Politik. Der Umgang mit der Vergangenheit erschien nicht selten nachrangig gegenüber deutschen Interessen der Gegenwart, etwa in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und im „Spiegel“. Die Berichterstattung in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) hingegen war differenzierter, obgleich auch sie einer entlang von Nationsgrenzen gedachten „Wir gegen Die“-Logik nicht entging. Die „Frankfurter Rundschau“ schließlich zeigte sich erschreckt über das „Nazi-Komplott zur Machtübernahme“, begrüßte seine Aufdeckung und unterstrich die Notwendigkeit des Zugriffs.¹⁰

Ein Spannungsfeld zwischen nationalem Konsens und Pluralität der Meinungen zeigte sich auch in der Berichterstattung über den Oradour-Prozess, dessen Hauptverhandlung am 12. Januar 1953 in Bordeaux begonnen hatte. Verhandelt wurde über das Massaker vom 10. Juni 1944 in dem französischen Dorf Oradour-sur-Glane. Fast die gesamte Dorfbevölkerung – über 600 Männer, Frauen und Kinder – war von einer Einheit der Waffen-SS ermordet worden. Da zu dieser Einheit auch elsässische Soldaten gehört hatten, wurde der Prozess ein Politikum in Frankreich. Die deutschen Medien kommentierten den Umgang mit den deutschen Angeklagten mit „teils larmoyante[m], teils fordernde[m] Ton“;¹¹ die SZ sprach in der Logik nationaler Gemeinschaftskonstruktion von einem

„fürchterlichen, zwischen zwei Völkern lastenden Rechtshandel“.¹² In den Mittelpunkt rückte häufig das Argument des Befehlsnotstands; Empathie zeigte sich in vielen Artikeln eher gegenüber den Tätern als den Opfern. Zugleich ließ die deutsche Justiz kein Interesse daran erkennen, ein Verfahren gegen denjenigen einzuleiten, der mutmaßlich die Befehle erteilt hatte, Divisionskommandeur Karl Lammerding; so erschienen Debatten über einen Befehlsnotstand als Augenwischerei. Die SZ immerhin beklagte, dass Lammerding sich nicht gestellt habe, und kritisierte Freisprüche anderer Offiziere, die Kriegsverbrechen begangen hatten.¹³

Die nationale Rhetorik vieler Zeitungsartikel überdeckte die Schrecken der Vergangenheit nur mit dünnem Firnis. Zwar bemühten westdeutsche Journalisten vielfach das Argument, es sei bereits eine lange Zeit vergangen seit den Verbrechen, zugleich aber holten die Prozessaussagen von Überlebenden die Vergangenheit mit Wucht in die Gegenwart hinein. Hier erschien nichts abgeschlossen oder weit zurückliegend; das gilt auch für die Berichterstattung über andere Prozesse im selben Jahr. Liest man Zeitungen aus dem Frühjahr 1953, wird unmittelbar deutlich, wie präsent und unabgeschlossen die Vergangenheit war, auch wenn viele Politiker danach strebten, sie aus der Gegenwart herauszudrängen. Erinnerung an und Verfolgung von Verbrechen galten als bedrohlich für das äußere Ansehen der Bundesrepublik, für die Politik der Westbindung und für die innere Befriedung. Amnestie- und Schlussstrichpolitik waren Ausdruck dieser Haltung.

Diese allerdings überdeckten Konfliktlinien in der westdeutschen Gesellschaft nur, sie machten sie nicht obsolet. Auch wenn sich die SPD wahlstrategisch einer Schlussstrichpolitik annäherte, blieb ihre Linie vielfach kritischer als jene der CDU und unterschied sich deutlich von jener der Rechtsparteien; innerhalb der SPD war diese Annäherung zudem umstritten.¹⁴ Scharfe Kritik kam stetig von ganz links, aus der KPD. Zweifellos: Eine Mehrheit der Medien wie auch der Bevölkerung wollte die Verbrechen der Vergangenheit verdrängen oder die Schuld auf wenige projizie-

10 Nazi-Komplott zur Machtübernahme aufgedeckt, in: Frankfurter Rundschau, 16. 1. 1953, S. 1 f.

11 Claudia Moisel, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004, S. 183.

12 Das Streiflicht, in: SZ, 10. 2. 1953, S. 1.

13 Vgl. ebd. Zur Nicht-Auslieferung Lammerdings vgl. Andrea Erkenbrecher, Oradour und die Deutschen. Geschichtsrevisionismus, strafrechtliche Verfolgung, Entschädigungszahlungen und Versöhnungsgesten ab 1949, Berlin–Boston 2023, S. 183–189.

14 Vgl. Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, Göttingen 2015.

ren. Ihr gegenüber, das gehört auch zum Bild der westdeutschen Gesellschaft 1953, standen jedoch engagierte Minderheiten, die sich für eine Verfolgung von Verbrechen einsetzten, gegen Amnestien protestierten, gegen die Wiederverwendung von NS-Tätern opponierten. Zugleich gab es auf der rechten Seite nicht wenige, die die NS-Vergangenheit beschönigten oder gar legitimierten. Zwischen diesen Positionen gab es ein breites Spektrum von Haltungen zur Frage der Präsenz der Vergangenheit in der Gegenwart, was immer wieder zu erbitterten Konflikten führte.

GEGENWART DES KALTEN KRIEGES

Die Gegenwart, der viele Politiker die Vergangenheit unterzuordnen suchten, war 1953 geprägt von Sicherheitsfragen. Auf der politischen Tagesordnung stand die Ratifizierung der im Mai 1952 unterzeichneten Verträge für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Sie war in der Bundesrepublik – ebenso wie in Frankreich – alles andere als unumstritten.

Die SPD machte mit scharfen Worten Wahlkampf gegen die EVG und stützte sich dabei vor allem auf nationale Ressentiments gegen „den Westen“. „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein“, hatte gar SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher im Vorfeld der Unterzeichnung von EVG- und Deutschlandvertrag polemisiert.¹⁵ Die ausgrenzende Wortwahl und die ihr zugrundeliegende Überhöhung des Nationalen waren zwar einerseits Charakteristika Schumachers und wurden nicht von der gesamten Parteispitze mitgetragen – andererseits offenbart die EVG-Debatte aber, wie sehr auf beiden Seiten des politischen Spektrums „Nation“ immer noch als „Letztwert“ firmierte.¹⁶ Auch „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein schrieb unter dem Pseudonym Jens Daniel vehement mit nationalen Tönen gegen die Verträge an. Ein Leserbriefschreiber unterstellte Adenauer „Methoden à la Schuschnigg“ und deutete damit die Entscheidung für den EVG-Beitritt als eine demokratisch nicht legitimierte Aufgabe nationaler Souveränität. Ein anderer Le-

ser rekurrierte auf das „gesunde Volksempfinden“ und zeigte sich der nationalsozialistischen Prägung dieses Konzepts zwar bewusst, sah es aber dennoch als in diesem Fall sinnvolle Kategorie an.¹⁷

Auf konservativer Seite wurde die staatspolitische Notwendigkeit der EVG herausgestrichen, was jedoch nicht davon abhielt, ebenfalls mit Ressentiments zu operieren. So sah der ehemalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern (und zukünftige baden-württembergische Ministerpräsident) Gebhard Müller von der CDU die Verhaftung des Naumann-Kreises und den Oradour-Prozess als „gegenseitig abgestimmten Generalangriff auf den EVG-Vertrag“.¹⁸

In der Debatte um die EVG ging es nicht nur um die politische Konsolidierung der Westintegration, sondern darüber hinaus um ein Verteidigungsbündnis und die Frage militärischer Sicherheit der Bundesrepublik. In der Hochphase des Kalten Krieges erschien es keineswegs selbstverständlich, dass dieser ein „kalter“ bleiben würde. Ob das geplante Westbündnis aber für Sicherheit stand, war in der westdeutschen Öffentlichkeit strittig. Die 23 Jahre alte „Hausfrau Elisabeth A.“ etwa, die von Journalisten im Rahmen der Aktion „Junge Journalisten sprechen mit jungen Lesern“ der SZ befragt wurde, befand zwar die Einigung Europas für wichtig, befürchtete aber zugleich, dass die EVG „der erste Schritt zum nächsten Weltkrieg sei“.¹⁹

Es war die Gegenwart des Kalten Krieges, die nicht nur Vergangenheitsdebatten strukturierte, sondern die westdeutsche Gesellschaft und Kultur umfassend prägte. Sie schuf eine „prekäre Konstellation aus Mißtrauen, Bedrohungsgefühlen und einer latenten Konfliktsituation“.²⁰ So löste es auch im Westen zunächst Verunsicherung aus, als am 16. Juni 1953 Arbeiter und Arbeiterinnen in Ost-Berlin und tags darauf in zahlreichen Städten der DDR auf die Straße gingen. Gerüchte kursierten, die Proteste könnten von der DDR-Führung orchestriert sein.²¹ Am 17. Juni

15 Zit. nach Christoph Kleßmann, Wiedervereinigung und deutsche Nation – der Kern der Politik Kurt Schumachers, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996, S. 113–130, hier S. 113.

16 Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. Jahrhundert. Zwischen Partizipation und Aggression, Bonn 1994, S. 12.

17 Leserbrief, in: Der Spiegel, 13. 1. 1953, S. 34.

18 Gespräche um die deutsche Einheit, in: SZ, 27. 1. 1953, S. 2.

19 Gerda Bödefeld, Sissy wählt das kleinste Übel, in: SZ, 22./23. 8. 1953, S. 15.

20 Marcus M. Payk, Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008, S. 141.

21 Vgl. etwa Bonn mahnt zur Besonnenheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 17. 6. 1953, S. 1. Zu westdeutschen Deutungen des 17. Juni vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1999, S. 65–107.

GESCHLECHT UND DEMOKRATIE

formulierte der Staatssekretär im Bundeskanzleramt noch zurückhaltend, „an sich“ sei die „Volksbewegung“ in Ost-Berlin zu begrüßen, es müsse aber alles in „Ruhe und Ordnung“ ablaufen. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, warnte die DDR-Bevölkerung vor „unbedachten Handlungen“. Während die KPD die Demonstrationen als „Provokationen westdeutscher Stellen“ bezeichnete, setzte sich im gemäßigten politischen Spektrum rasch die Deutung der Proteste als Ausdruck einer grundlegenden Delegitimierung des DDR-Regimes durch.²²

Unterhalb dieses Konsenses aber tobte ein hitziger Kampf um die Deutungsmacht. „Westberlin“ habe „in der Sowjetzone wie eine geistige Atombombe gewirkt“, argumentierte der Oberbürgermeister West-Berlins, Ernst Reuter, noch am 17. Juni und vereinnahmte den Aufstand in der Logik des Kalten Krieges damit als Erfolg des Westens.²³ Die SPD hingegen versuchte, ihn als „Waffe im politischen Tageskampf“²⁴ gegen Adenauers Politik der Westbindung zu nutzen, und unterstrich die Rolle der Arbeiter für das Ziel der nationalen Einheit: Die „gewaltigen Aktionen der arbeitenden Menschen“ hätten klar gemacht, dass nun die deutsche Einheit allen anderen Zielen übergeordnet werden müsse.²⁵ Der CDU unterstellte sie, diese Einheit auf die lange Bank zu schieben; diese hingegen betonte den antikommunistischen Charakter des Aufstands und deutete ihn als Bestätigung ihrer Politik der Westintegration. So klar die großen Parteien die Kritik am SED-Regime und dann auch die Würdigung des Aufstands verband, so klar trennte sie die Frage seiner politischen Deutung. Der erstaunlich rasch beschlossene Feiertag diente auch dazu, diese Differenzen symbolisch zu überdecken; die Politik prägten sie allerdings weiterhin.

Vergangenheitsdebatten, EVG-Beitritt und 17. Juni – sie alle offenbaren strategische Bemühungen, tiefe Differenzen durch Symbolik, Sprache und nationale Rhetorik zu übertünchen. Sie stehen damit für beides: für eine polarisierte, verunsicherte, streitende Gesellschaft, und für eine, die immer wieder mit dem Pathos des Nationalen nach Gemeinschaft suchte.

„Jedermann weiß, daß zwischen den Partnern der Regierungskoalition tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten weltanschaulicher Art über die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau bestehen“, urteilte Friederike Nadig, SPD-Bundestagsabgeordnete und eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“ Ende März 1953.²⁶ Warum debattierte der Bundestag im März 1953 über Fragen der Gleichberechtigung? „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ hatte 1949 der Parlamentarische Rat ins Grundgesetz geschrieben; zu verdanken war das insbesondere der Initiative der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert und einigen Mitstreiterinnen. Eine Reihe von Gesetzen entsprach diesem Grundsatz allerdings noch nicht; sie sollten gemäß Artikel 117 GG bis zum 31. März 1953 angepasst werden. Nun hatte sich die Regierung allerdings nicht sonderlich beeilt, ein Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter zu erarbeiten. Erst im September 1952 brachte sie einen ersten Entwurf ein, der gleich auf heftige Kritik von allen Seiten stieß. Auch ein eigens eingesetzter Ausschuss konnte die Differenzen nicht überbrücken. Am 1. April 1953 aber würden alle Gesetze, die dem Gleichstellungsgebot zuwiderliefen, ungültig werden.

In buchstäblich letzter Minute debattierte der Bundestag auf Antrag der Regierungskoalition daher, ob man die grundgesetzliche Frist verlängern könne. Für eine solche Verfassungsänderung bedurfte es der Stimmen der Opposition. Einer Verlängerung werde man nicht zustimmen, stellte Nadig für die SPD klar, da man „ernstlichen Grund zu der Befürchtung“ habe, dass die Reform sonst „auf den Sankt-Nimmerleins-Tag“ verschoben werde. „Verlieren können die Ehefrauen kaum etwas; denn schlechter, als ihre Stellung zur Zeit nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist, kann sie nicht werden.“ Johannes Kunze, Abgeordneter der CDU, schleuderte ihr daraufhin ins Gesicht: „Davon verstehen Sie aber nichts!“²⁷

Dass Nadigs Bedenken nicht unbegründet waren, zeigte die Debatte sehr deutlich. Der DP-Abgeordnete Hans Ewers argumentierte mit biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau gegen die Gleichberechtigung und prognos-

22 Alle Zitate nach Den Fahrplan hat nur Semjonov, in: SZ, 18.6.1953, S. 2.

23 Reuter bricht Aufenthalt in Wien ab, in: SZ, 18.6.1953, S. 1.

24 Wolfrum (Anm. 21), S. 84.

25 Herbert Wehner am 1.7.1953 im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll der 278. Sitzung, 1. Wahlperiode, S. 13875.

26 Friederike Nadig am 26. März 1953 im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll der 258. Sitzung, 1. Wahlperiode, S. 12520.

27 Ebd., S. 12519.

tizierte „Chaos“, eine „Katastrophe“ und ein „ungeheures Risiko für die Demokratie“, wenn man die Frist nicht aufschiebe. Der Justizminister Thomas Dehler von der FDP verwies auf eine lange Reihe von Gesetzen, die dringender gewesen seien, und offenbarte damit sein begrenztes Interesse. Grete Thiele von der KPD schließlich verwarf alle bisherigen Reformansätze als verfassungsfeindlich, forderte als Einzige gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und sah einen möglichen Aufschub als „weiteren“ Schritt der Regierung auf dem „Wege des Staatsstreichs“. Was genau Demokratie für Geschlechterverhältnisse bedeutete, war grundlegend umstritten; von rechts wurde den Frauen im Parlament gar noch ihre politische Kompetenz abgestritten.²⁸

Außerhalb des Parlaments waren die Fronten nicht weniger verhärtet. Die Katholische Kirche hatte im Vorlauf des Gesetzgebungsprozesses bereits mehrfach interveniert; im Januar 1953 betonte Kardinal Frings erneut, der Gesetzgeber sei vom „göttlichen Willen“ eingeschränkt und somit nicht frei, die Rechtsverhältnisse in der Familie neu zu ordnen. In einer interessanten Verquickung religiöser und naturrechtlicher Argumentationen kam den Bischöfen zufolge „gemäß der natürlichen Ordnung“ die Entscheidungsgewalt in der Familie dem Manne zu.²⁹ Auch die Junge Union befürwortete die Entscheidungsgewalt des Mannes.³⁰ Die FDP hingegen wollte diese dezidiert abschaffen und stimmte auch einer Verlängerung des Reformzeitraums nicht zu. Viele Frauenverbände traten für eine umfassendere Gleichberechtigung, die katholischen Frauenverbände gegen diese ein.³¹

In Ermangelung eines Kompromisses verloren die alten Gesetze zum 1. April 1953 tatsächlich ihre Gültigkeit, was Ende des Jahres vom Verfassungsgericht bestätigt wurde. Das prophezeite Chaos blieb aus. Im Vergleich zur Fra-

ge der Wiederbewaffnung oder der Konflikte um die Vergangenheit zeigten die Medien hingegen nur begrenztes Interesse; Blätter wie die SZ oder „Der Spiegel“ blieben dem Gleichberechtigungsprojekt distanziert gegenüber. Vehemente Plädoyers für den Wandel sucht man in ihren Leitartikeln vergebens. Hier zeigen sich die Grenzen der Pluralität westdeutscher Öffentlichkeit und Politik in den 1950er Jahren, die nicht zuletzt damit in Zusammenhang standen, dass Frauen in den Redaktionen wie auch im Parlament nur schwach vertreten waren. Vereinzelt Demonstrationen pro Reform und gegen die Verzögerung gab es; aber wer nicht das Interesse der Medien fand, hatte es schwer, seine Anliegen in der westdeutschen Demokratie einzubringen.

Es sollte bis in die 1970er Jahre dauern, bis alternative Medienprojekte wie die Frauenbewegungszeitschriften das veränderten. So entwickelten um 1953 manche Konflikte weniger Sprengkraft, als denkbar gewesen wäre. Medien wie Politiker (und wenige Politikerinnen) entwarfen wirkmächtige Bilder einer nationalen Gemeinschaft, Visionen einer stabilen Zukunft und Plädoyers für die Einhegung der Vergangenheit. Zugleich aber liefen in vielen Feldern tiefe Konfliktlinien durch die Gesellschaft. Nicht zuletzt lebten Verfolgte des NS-Regimes in dieser Gesellschaft neben jenen, die sich an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt hatten, und vielen anderen, die in unterschiedlichen Graden und Formen am NS-Staat mitgewirkt hatten. Neue, tiefe Konfliktlinien, die sich häufig mit Deutungen der Vergangenheit verwoben, brachte der Kalte Krieg hervor. Zeichen eines begrenzten Normenwandels mit Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Geschlecht schließlich lösten Hoffnungen bei den einen, scharfe Gegenreaktionen bei anderen aus. Bei aller Rhetorik nationaler Einheit waren Zukunft und Ausgestaltung der westdeutschen Demokratie alles andere als unumstritten. Diese Debatten, Konfliktlinien und die Schärfe des Streits gehören zum Bild der westdeutschen 1950er Jahre.

SONJA LEVSEN

ist Professorin für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und Direktorin des Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen.

sonja.levsen@uni-tuebingen.de

28 Alle Zitate ebd., S. 12520–12523. Vgl. zur gesamten Debatte auch Klaus-Jörg Ruhl, *Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit*, München 1994, S. 237–256.

29 Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Dr. Kardinal Frings, zur Neuordnung des Ehe- und Familienrechts, 30. 1. 1953, in: Klaus-Jörg Ruhl (Hrsg.), *Frauen in der Nachkriegszeit, 1945–1963*, Stuttgart 1988, S. 171–175, hier S. 171, S. 174.

30 Vgl. Junge Union gegen Gleichberechtigung, in: SZ, 14. 12. 1953, S. 2.

31 Vgl. FDP-Pläne zur Verfassungsreform, in: SZ, 7. 12. 1953, S. 2; zu Frauenverbänden Ruhl (Anm. 28), S. 245f.

EIN IRANISCHES SCHICKSALSJAHR

Katajun Amirpur

Vor bald 70 Jahren wurde Irans demokratisch legitimer Premierminister Mohammad Mossadegh aus dem Amt geputscht. Während seiner Amtszeit ab 1951 war es ihm gelungen, die Verstaatlichung der Erdölindustrie durchzusetzen und damit das fast 50 Jahre währende britische Monopol auf die Gewinnung, Förderung, Erforschung, Vermarktung und den Verkauf des iranischen Erdöls zu beenden. In einer verdeckten Militäroperation setzten britische („Operation Boot“) und US-Geheimdienste („Operation TPAJAX“) Teile des iranischen Militärs ein und entfernten ihn am 19. August 1953 aus dem Amt.⁰¹

Von manchen gar als die Urkatastrophe Irans beschrieben, sollte der Putsch von 1953 die iranische Geschichte in der Folge maßgeblich bestimmen. Ohne ihn sind weder die Islamische Revolution von 1979 noch das islamistische Regime noch der anhaltende, identitätsstiftende Antiamerikanismus in Iran denkbar. Doch gehen wir zunächst einige Jahre zurück. Denn das Trauma des Jahres 1953 ist auch stark durch seine Vorgeschichte bedingt – der Putsch markierte nur den Höhepunkt einer quasi-kolonialen Abhängigkeit, die schon lange vorher eingesetzt hatte und das Land de facto zu einem Spielball der Großmächte machte.

ZÄHER KAMPF UMS EIGENE ÖL

Mit der militärischen Besetzung durch britische und sowjetische Truppen im Zuge des Zweiten Weltkriegs ist Irans schlimmster Albtraum wahr geworden. Um den persischen Herrscher Reza Schah loszuwerden, der ihnen als zu Deutschland-freundlich gilt, heben die Besatzungsmächte 1941 den 21 Jahre alten Kronprinzen Mohammad Reza auf den Thron. Mit dem Sturz des Vaters, der Iran mit harter Hand regiert hat, setzt zunächst eine gewisse Liberalisierung ein: Die Presse blüht auf, Gewerkschaften werden gegründet, politische Gefangene freigelassen. Es kommt sogar zur Gründung einer kommunistischen Partei, der Tudeh-Partei, zu Deutsch „Massen-Partei“. Abgeordnete nutzen die sich erstmals bietende Mög-

lichkeit zur politischen Teilhabe. Allerdings ist das gesamte System der konstitutionellen Monarchie in Iran in den 1940er Jahren von Instabilität und zahlreichen Regierungswechseln geprägt. Denn der neue Schah, Mohammad Reza Pahlavi, zugleich Oberbefehlshaber der Armee, sabotiert jeden stark erscheinenden Ministerpräsidenten, um die Machtfülle seines Vaters zu erreichen. Im Ausland erscheint er so als der einzige stabile Pol im politischen System des Landes.

Nach Kriegsende hat es für die iranische Regierung oberste Priorität, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion auf einen Abzug zu verpflichten. Dazu bemüht man sich, die USA als weiteren Player ins Boot zu holen. Die Amerikaner erscheinen als der ideale Partner, denn sie haben keine koloniale Vergangenheit in Iran und verfolgten dort – bis auf den Schutz ihrer Missionare und vergebliche Versuche der US-Ölindustrie, im Land Fuß zu fassen – bis dato keine eigenen Interessen. Zwar kann die iranische Regierung die USA nicht zur Verurteilung der völkerrechtswidrigen Besetzung bewegen, aber Washington kommt der Bitte um Hilfe bei der Modernisierung des Landes nach. Iran braucht vor allem Fachleute, es kommen jedoch auch Zehntausende amerikanische Soldaten ins Land, unter anderem, um den Betrieb des südlichen Teils der Eisenbahnlinie, der Transitstrecke zur Sowjetunion, zu übernehmen. Zwischen den „alteingesessenen“ Ausländern, den Briten, und den neu hinzukommenden gibt es immer häufiger Spannungen, insbesondere ab 1944, als nicht nur britische, sondern auch US-Firmen sich für Ölvorkommen im Norden Irans zu interessieren beginnen. Die Sowjetunion macht ebenfalls bald Forderungen geltend, diese Vorkommen auszu-beuten. Iran befindet sich damit vollständig im Fadenkreuz der Großmächte. Hier hat Mohammad Mossadegh nun seinen ersten großen Auftritt: Als Abgeordneter im 14. iranischen Parlament stellt er sich der Expansion entgegen und erreicht im Dezember 1944, dass ein von ihm eingebrachtes Gesetz verabschiedet wird, das die Erteilung von Ölkonzessionen in Kriegszeiten untersagt.

Als der Krieg vorbei ist, beauftragt das iranische Parlament 1947 die Regierung, Verhandlungen mit der britischen Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) aufzunehmen. Bis dato ist Iran nicht an der Gesellschaft beteiligt, welche die Ölvorkommen ausbeutet; ihm fließen lediglich 10 Prozent der Konzessionsabgaben und 16 Prozent der Gewinne zu. Das neu ausgehandelte Abkommen erhöht zwar den Ertragsanteil, aber nicht auf die geforderten 50 Prozent. Auch die anderen iranischen Forderungen werden nicht berücksichtigt – die AIOC stellt sich so lange stur, bis die iranische Seite schließlich komplett einlenkt. In der iranischen Öffentlichkeit wird das Abkommen mit großer Empörung aufgenommen. Man sieht darin einen Ausverkauf des Landes an Großbritannien und fühlt sich an das 19. Jahrhundert erinnert, als der damalige Schah dem britischen Major Gerald F. Talbot das Tabakmonopol überließ. Einige Abgeordnete verhindern daraufhin durch endlose Reden die Ratifizierung im Parlament, das ohnehin kurz vor dem Ende der Legislaturperiode steht. Bis zur nächsten Legislaturperiode ist die öffentliche Stimmung so aufgeheizt, dass die Regierung es nicht wagt, dem Parlament das Gesetz erneut zur Ratifizierung vorzulegen. Die Briten versuchen sich daraufhin wieder an ihrer Strategie, einen gefügigen Ministerpräsidenten zu installieren.

Doch auch die Gegenseite wird aktiv: Im Vorfeld eines USA-Besuches des Schahs und der bevorstehenden Parlamentswahl flüchtet sich eine Gruppe Politiker, unter ihnen Mossadegh, in einen Schrein, um gegen die zu erwartende Fälschung der Wahlergebnisse zu protestieren. Dort genießt sie Asyl und ist für die Staatsmacht unantastbar. Aus dieser Protestgruppe entsteht die sogenannte Nationale Front (Jebhe-ye Melli), ein Bündnis aus verschiedenen Oppositionsgruppen, dessen Führung Mossadegh übernimmt. Er profitiert dabei von seinem Ruf als furchtloser und – was selten genug ist – unbestechlicher Politiker.

01 Für neuere Literatur zum Thema siehe Darius Wainwright, *American and British Soft Power in Iran, 1953–1960*, Cham 2022; Amir Yahya Ayatollahi, *Political Conservatism and Religious Reformation in Iran (1905–1979)*, Wiesbaden 2022; Elspeth O’Riordan, *Understanding the Cold War*, Cham 2023; Ervand Abrahamian, *Oil Crisis in Iran. From Nationalism to Coup d’Etat*, Cambridge 2021; Ray Takeyh, *The Iran Coup That Never Dies*, in: *Orbis* 1/2021, S. 172–186; Mikhail W. Faulconer, *The Mosaddeq Coup: Cold War Strategy, Oil, and American Ideals*, in: *The Macksey Journal* 1/2020, Art. 214.

Erklärtes Ziel des Bündnisses sind zunächst freie Wahlen und dann die Verstaatlichung der Ölindustrie. Zweitwichtigster Mann der Nationalen Front ist Ayatollah Abol-Qasem Kaschani, der als hochrangiger Mullah die Bewegung vor dem gefährlichen Vorwurf der Gottlosigkeit bewahrt und instande ist, die religiösen Massen zu mobilisieren. Einigendes Band der Nationalen Front ist jedoch im Grunde nur ihre Haltung in der Ölfrage und die Ablehnung des Schahs.

Der Schah selbst bleibt ebenfalls nicht untätig und versucht, seine eigenen Leute zu installieren. 1950 gelingt es ihm, General Ali Razmara als Ministerpräsidenten durchzusetzen. Da dieser als stark gilt, erwarteten die Briten, dass er es schaffen wird, das Parlament zur Ratifizierung des Ölabkommens zu bewegen. Doch selbst Razmara wagt nicht, dem Parlament das Abkommen vorzulegen und bemüht sich – vergeblich – um Zugeständnisse seitens der AIOC. Zur Lösung der Ölfrage setzt er eine Parlamentskommission ein und versucht, die Nationale Front für sich zu gewinnen, indem er ihr in der Kommission mehr Sitze zugesteht als es ihrer parlamentarischen Stärke entspricht. Da sich die AIOC weiterhin uneinsichtig zeigt, radikalisiert sich die iranische Position. Als Razmara dann Anfang März 1951 von den Fedajin-e Islam, einer islamistischen Gruppe mit Verbindungen zu Kaschani, ermordet wird, sind die Gegner der Ölverstaatlichung erheblich eingeschüchtert – nur einen Tag später leitet die Parlamentskommission die Verstaatlichung der iranischen Ölindustrie ein.

ZUSPITZUNG UNTER MOSSADEGH

Nach Razmaras Tod und der folgenden Parlamentswahl wird Mossadegh iranischer Premierminister. Seine Regierungszeit ist von Anfang an vom anhaltenden Konflikt mit der AIOC geprägt. Er und die Nationale Front haben zwar keine Mehrheit im Parlament, sie profitieren aber davon, dass auch ihre politischen Gegner von der öffentlichen Stimmung beeindruckt sind. Die Bevölkerung steht mit überwältigender Mehrheit hinter der Verstaatlichung, wie auch der damalige ARD-Korrespondent Horst Scharfenberg berichtet: „Liebe Hörer, vor einer halben Stunde, als ich zum Studio von Radio Teheran fuhr, kam ich an einer großen Menschenmenge vorbei, die rund um ein mächtiges Bürogebäude die Straßen verstopfte und allen Verkehr lahmlegte. Es war das

Gebäude der britischen Ölgesellschaft, der Anglo-Iranian Oil Company. Und auf seinem Dach waren etwa ein Dutzend Männer damit beschäftigt, mit kräftigen Hammerschlägen das riesige Firmenschild der Gesellschaft zu demontieren, um an seiner Stelle die neue Firmenbezeichnung der nationalisierten Gesellschaft, nationale Petroleumgesellschaft Irans, zu setzen. Jedes Mal, wenn eine der blechernen Lettern mit großem Getöse zu Boden fiel, ging eine Welle der Begeisterung durch die Menge, ein Jubelschrei, ein Händeklatschen. Man feierte in diesem symbolischen Akt gewissermaßen das Wahrzeichen für den Beginn einer neuen Ära persischer Geschichte.“⁰²

London reagiert empört. Obwohl die Briten immer betont haben, dass Downing Street nicht zuständig sei, da die AIOC ein Privatunternehmen ist, wird der Konflikt nun auf Regierungsebene gehoben. Zudem werden umgehend Vorkehrungen für eine militärische Besetzung der Ölfördergebiete getroffen. Die USA verhindern diese jedoch. In den Vereinigten Staaten gibt es durchaus Sympathie für die iranische Position im Ölstreit – das Magazin „Time“ wählte Mossadegh 1952 gar zum „Mann des Jahres“. Das Veto der USA ist für die Briten eine tiefe Demütigung – und genau hier dürfte der Kern des Konflikts liegen. Die Verstaatlichung trifft Großbritannien zunächst wirtschaftlich, was die britische Regierung jedoch einigermaßen kompensieren kann. Nicht zu kompensieren ist jedoch der Statusverlust: War Großbritannien vor dem Zweiten Weltkrieg noch eines der mächtigsten Länder der Welt, ist es danach, obwohl Siegermacht, nur noch ein Schatten seiner selbst und finanziell auf US-Hilfe angewiesen. Den USA und deren Engagement im Koreakrieg verdanken die Briten auch, dass sie sich in Iran weiterhin als Großmacht gebärden dürfen. Zu Beginn des Kalten Krieges überlässt Washington ihnen die Verteidigung Irans gegen die Sowjetunion. Dass sie der Juniorpartner ihrer ehemaligen Kolonie Amerika sind, ist unangenehm genug – dass aber ein „Kolonialvolk“ wie die Iraner es wagt, eine gleichberechtigte Position zu beanspruchen, können die Briten nicht zulassen. In London befürchtet man, ein Erfolg Irans werde eine fatale Signalwirkung für andere Länder haben, und beginnt einen Propagandakrieg, in dem Mossadegh als nicht zurechnungsfähiger Fa-

natiker dargestellt wird. In regierungsnahen Medien werden skurrile Angewohnheiten des iranischen Premiers in den Vordergrund gerückt, mit denen er westliche Gesprächspartner mitunter irritiert. Diplomatisches Protokoll gilt ihm nichts, ausländische Botschafter empfängt er bisweilen an seinem Bett. Doch gerade wegen seines selbstsicheren, fast schon herablassenden Umgangs mit den Mächtigen der Welt wird er für viele Iraner zu einer Identifikationsfigur.

Den USA kommt in dem Ölkonflikt die entscheidende Rolle zu. Militärisch im Koreakrieg gebunden, befürchtet man in Washington, dass Moskau versuchen könnte, seinen Machtbereich auf Iran auszudehnen. Angefacht durch den republikanischen Senator Joseph McCarthy, erreicht die in den USA bereits seit dem 19. Jahrhundert kursierende Furcht vor dem Sozialismus in den frühen 1950er Jahren ungekannte Ausmaße und führt zu einer Hatz auf alles, was als links wahrgenommen wird. Dies bestimmt auch die US-Außenpolitik maßgeblich. In Iran lehnt die kommunistische Tudeh-Partei die Mossadegh-Regierung im Grunde zwar ab, kooperiert aber im Konflikt mit den Briten mit ihr. Die Opposition genießt unter Mossadegh relativ große Freiheit, inklusive der Tudeh – was für Washington einem deutlichen Flirt mit dem Kommunismus gleichkommt. Als Mossadegh mit einer Annäherung an Moskau droht, löst dieser Bluff in Washington Alarmstimmung aus. Dabei hegen Teile der US-Administration unter Präsident Harry S. Truman angesichts des arroganten kolonialen Auftretens der Briten durchaus Sympathie für Iran. So wird die angestrebte Verstaatlichung begrüßt, allerdings soll die AIOC entschädigt werden. Die Sympathie der USA aber hat Grenzen: Mehr als den 50-Prozent-Anteil am Ertrag sollen die Briten den Iranern nicht gewähren. So wird die Truman-Administration immer stärker in den Konflikt hineingezogen.

Zugleich versucht das Vereinigte Königreich, Iran durch Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag und des UN-Sicherheitsrates in die Knie zu zwingen – scheitert aber vor beiden. Der Internationale Gerichtshof entscheidet im Juli 1952, dass der Vertrag zwischen Iran und der AIOC keine Angelegenheit für die britische Regierung sei und Iran deshalb das Recht zur Verstaatlichung habe. Doch die Briten möchten so rasch nicht aufgeben, schließlich geht es nicht nur um Iran: Das Vereinigte Königreich beu-

⁰² Zit. nach Katajun Amirpur/Reinhard Witzke, Schauplatz Iran. Ein Report, Freiburg/Br. 2004, S. 52.

tet vier Fünftel aller Erdölvorkommen am Persischen Golf aus, Iran ist bis dahin der viertgrößte Ölexporteur der Welt, 90 Prozent des in Europa verbrauchten Öls kommen von dort. London befürchtet, andere Staaten könnten es Iran gleichtun – eine Befürchtung, die Washington mit Blick auf eigene Beziehungen in andere ölfördernde Länder der Region durchaus teilt. Die Briten reagieren daher mit einem Boykott, zu dem sie auch ihre Verbündeten überreden, um Mossadegh wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Dieser aber gibt Volksanleihen aus und verkündet, die iranische Wirtschaft müsse von nun an völlig ohne den Verkauf von Öl auskommen. Und das Volk steht hinter ihm. So auch das Fazit von ARD-Korrespondent Scharfenberg in seinem Bericht aus Teheran: „Ob die Nationalisierung für Persien gut oder schlecht ist, will ich nicht zu entscheiden wagen. Dass sie das ist, was die Perser wollen, darüber kann es keinen Zweifel geben. ‚Wir wollen nicht mehr Geld, wir wollen unsere Unabhängigkeit‘: Das ist es, was heute jeder Perser – gleich welcher politischen Richtung – jedem Fremden immer und immer wieder versichert.“⁰³

DER PUTSCH

Zwischen 1951 und 1953 beschäftigt kaum ein anderes weltpolitisches Ereignis die Welt mehr als der britisch-iranische Konflikt. Ein „Volksführer“ der „Dritten Welt“ fordert eine Weltmacht heraus. Der Boykott trifft Iran empfindlich. Mehrere Verhandlungsmissionen bemühen sich vergeblich um eine Einigung. Im Juli 1952 spitzt sich auch der Konflikt zwischen dem Schah und Mossadegh über die Kontrolle der Armee zu. Als Regierungschef will Mossadegh, dass die Armee ihm und nicht dem Schah untersteht. Der jedoch weigert sich, seine Machtbefugnisse abzugeben. Am 16. Juli 1952 tritt Mossadegh demonstrativ zurück, und sein Kalkül geht auf: Das Volk geht auf die Straße, skandiert „Tod oder Mossadegh“. Gezwungenermaßen bittet der Schah Mossadegh, sein Amt wieder zu übernehmen. Doch der Sieg erweist sich als ein Pyrrhussieg, nun bröckelt die Nationale Front. Insbesondere mit Ayatollah Kaschani kommt es zum Konflikt, der nun ebenfalls auf den Sturz Mossadeghs hinarbeitet. Im Okto-

ber bricht Iran die diplomatischen Beziehungen zum Vereinigten Königreich ab, womit 150 Jahre britischer Dominanz enden. Allerdings fällt in den Herbst 1952 auch der Anfang vom Ende der Ära Mossadegh, denn im November wird Dwight D. Eisenhower zum US-Präsidenten gewählt – und dieser gibt kurz nach seinem Amtsantritt grünes Licht zum Sturz Mossadeghs.

Die Planung übernehmen der MI6 und die CIA, der britische und der US-Auslandsgeheimdienst. Man entscheidet sich für einen Putsch, an dessen Spitze General Fazlollah Zahedi stehen soll, der schon mehrfach versucht hat, Mossadegh zu stürzen. Am 19. Juli 1953 reist der CIA-Agent Kermit Roosevelt unter falschem Namen nach Iran. Nach langem Hin und Her gelingt es ihm, den zaudernden Schah zur Teilnahme am Putsch zu bewegen. Die vom Schah unterzeichnete Entlassungsurkunde wird Mossadegh am 15. August von Oberst Nematollah Nassiri überbracht. Mossadegh aber lässt Nassiri verhaften und erklärt am folgenden Morgen im Rundfunk, dass ein Staatsstreich abgewehrt worden sei. Der Schah flieht daraufhin aus dem Land, General Zahedi verbringt die nächsten Tage in einem Versteck der CIA.

Die darauffolgenden Ereignisse sind auch für Historikerinnen und Historiker noch immer ein Mysterium. Denn obwohl ihm klar gewesen sein muss, dass ein Putsch bevorsteht, schreitet Mossadegh nicht zur Gegenwehr, sondern lässt den Dingen ihren Lauf: Am 17. August findet eine Demonstration gegen den Schah statt; ursprünglich von CIA-Provokateuren begonnen, schließen sich ihr später echte Tudeh-Anhänger an. Ziel dieser CIA-Inszenierung ist es, den Eindruck zu erwecken, ein kommunistischer Umsturz stünde bevor. So will man die Bevölkerung zur Verteidigung der Monarchie mobilisieren. Tags darauf organisiert Kaschani den Marsch eines bezahlten Mobs gegen Mossadegh, dem sich Soldaten und Teile der Bevölkerung anschließen. Am 19. August stürmt General Zahedi für den Schah schließlich das Haus Mossadeghs, der in der Folge festgenommen wird.

Der Putsch wäre ohne amerikanische Orchestrierung nicht möglich gewesen. Mit ihm bringen die USA den Schah, der vor Mossadegh nach Rom geflüchtet war, wieder zurück an die Macht. Der inszenierte Aufstand wird uminterpretiert in einen spontanen Ausdruck des Willens des Volkes, das sich hinter den Herrscher gestellt habe.

03 Zit. nach Ulrich Pick, *Wie USA und Iran zu Feinden wurden*, 13.7.2019, www.deutschlandfunk.de/mittlerer-osten-wie-usa-und-iran-zu-feinden-wurden-100.html.

General Zahedi wird Ministerpräsident und regiert mit Kriegsrecht sowie massiver finanzieller Unterstützung der USA. Die vordringliche Aufgabe seiner Regierung ist die Beilegung des Konfliktes mit der AIOC. Die Briten erwarten, dass die Iraner nun endlich alle ihre Forderungen erfüllen. Doch auch Zahedi weiß, dass dies sein politischer Selbstmord wäre, weil die Haltung der iranischen Öffentlichkeit in der Ölfrage unverändert ist. Um die Lage zu stabilisieren, machen die USA nun ihren Einfluss auf die Briten geltend. Gemeinsam wird ein internationales Konsortium gebildet, an dem die AIOC 40 Prozent der Anteile hält. Mossadegh wird derweil wegen versuchter Rebellion der Prozess gemacht. Er kommt für Jahre ins Gefängnis und steht anschließend bis zu seinem Tod 1967 unter Hausarrest.

Die Menschen in Iran verehren ihn jedoch bis heute als Märtyrer: Er ist zu einem Mythos geworden, nicht zuletzt, weil die Parteinahme für das wehrlose Opfer in der schiitischen Tradition ein zentrales Motiv ist. Mossadegh wusste das; ihm war klar, dass er zum Märtyrer der nationalen Sache werden würde. Als die Militärs ihn abführten, soll ein Vertrauter zu ihm gesagt haben: „So schlecht ist alles gelaufen, so schlecht.“ Woraufhin Mossadegh lächelnd erwidert habe: „Und doch ist es so gut gelaufen – wirklich gut.“⁰⁴

WAS AUF 1953 FOLGTE

Von den Bevölkerungen der westlichen Staaten wurde kaum wahrgenommen, dass Mohammad Mossadegh für die Bevölkerung ein Held war und fast alle seine Politik der Verstaatlichung mittragen. In der Bundesrepublik galt er in seiner Amtszeit als Inkarnation des Bösen, als der Alte, der den jungen sympathischen Schah vom Pfauenthron vertreiben wollte. In den Augen vieler Deutscher hatte er den – wie die Linke ihn später ironisch nannte – „letzten deutschen Kaiser“ stürzen wollen. Während der Regierungszeit Mossadeghs bangte die deutsche Öffentlichkeit mit dem Schah und seiner schönen Frau Soraya, der Halbdeutschen aus Bonn. In ihr hat-

te Deutschland wieder so etwas wie eine eigene Prinzessin. Und deren Glück bedrohte Mossadegh – so die einhellige Meinung der deutschen Boulevard-Presse. Es sollte dauern, bis sie revidiert wurde. Erst als der Schah auf dem Höhepunkt seiner Macht 1967 nach Berlin kam, hatte sich kurz vorher die öffentliche Meinung zu seinen Ungunsten gewandelt.⁰⁵

In Iran folgte auf den Putsch die Etablierung der Schah-Diktatur: Während seines kurzen Exils 1953 hatte der Schah begriffen, dass das Volk beziehungsweise ein vom Volk gestützter Ministerpräsident ihm gefährlich werden konnte. So riss er in der Folge immer mehr Macht an sich und hebelte die Verfassung peu à peu aus. In einem ersten Akt verbot er die Nationale Front, als nächstes gründete er 1957 mit amerikanischer Hilfe den SAVAK, einen Geheimdienst, der unter seiner Herrschaft zum Inbegriff von Terror und Repression werden sollte. Ab den frühen 1960er Jahren begann das Schah-Regime dann, jegliche politische Opposition vollständig mundtot zu machen, womit es die Unzufriedenen immer stärker in die Arme Ayatollah Ruhollah Khomeinis trieb, der 1979 die Islamische Revolution anführte und der Monarchie in Iran ein Ende bereitete. Zwei Jahre zuvor, im November 1977, war der Schah noch in die USA gereist und von US-Präsident Jimmy Carter ausdrücklich gelobt worden: „Iran ist dank der großartigen Staatsführung des Schahs eine Insel der Stabilität in einer der problemreichsten Regionen der Welt.“⁰⁶ Doch mit der Stabilität war es nicht weit her – und mit der Gründung der Islamischen Republik als schiitischer Gottesstaat kam das Land vom Regen in die Traufe.

Im Geschichtsverständnis vieler Iraner kamen sie von einer Diktatur zur nächsten, weil westliche Mächte den einzig jemals demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten Irans weggeputscht hatten, weil er tat, was alle Iraner wollten. Der iranische Weg hat von Mossadegh über den Schah in ein System geführt, dem eine große Mehrheit der Bevölkerung inzwischen den Rücken gekehrt hat. Ohne den Putsch im Schicksalsjahr 1953 wäre es niemals dazu gekommen.

KATAJUN AMIRPUR

ist Professorin für Islamwissenschaft an der Universität zu Köln. 2023 erschien von ihr „Iran ohne Islam. Der Aufstand gegen den Gottesstaat“ bei C. H. Beck.

katajun.amirpur@uni-koeln.de

04 Zit. nach Roy Mottahedeh, *Der Mantel des Propheten*, München 1988, S. 119.

05 Wesentlichen Anteil daran hatte Bahman Nirumand, *Persien, Modell eines Entwicklungslandes*, Reinbek 1967.

06 Jimmy Carter Toasts the Shah, 31. 12. 1977, www.bunkehistory.org/resources/jimmy-carter-toasts-the-shah.



Bildnachweis: 17. Juni 1953, Demonstrationzug der Stahlwerker von Hennigsdorf nach Ost-Berlin, AdSD der FES, Signatur 6/FOTB001831



Alle Angebote der bpb zum Thema

www.bpb.de/17juni53



STALINS TOD UND DAS ENDE DER ALLMACHT

Zur Transformation totalitärer Herrschaft

Martin Wagner

Der Tod des Diktators ist ein Ermöglichungsmoment. Denn Ordnungen personalisierter Herrschaft müssen sich in seiner Folge neu konstituieren. Verschwindet der Alleinherrscher, der die Letztentscheidungsgewalt, den Legitimationskern und die Bindekraft des Regimes vereint, stehen dessen Nachfolger vor der Herausforderung, das Machtvakuum zu füllen und über die Zukunft zu befinden. Darin offenbart sich das Dilemma einer totalitären Ordnung, die auf der Überhöhung des Einzelnen beruht – ohne den Diktator lässt sich die personalisierte Herrschaft nicht auf Dauer stellen.⁰¹ Die Erben müssen zwischen der Fortsetzung des alten, geringfügig adaptierten Regimes und der Veränderung der Grundlagen ihrer Ordnung wählen, zwischen Transition und Transformation. Machterhalt und Reformnotwendigkeit, gegenseitiges Misstrauen und gemeinschaftliche Erniedrigungserfahrungen müssen gegeneinander abgewogen werden.

Stalin starb am 5. März 1953. Der Argwohn, den er im Innersten der Macht geschaffen hatte, beförderte sein Ableben. Nachdem er am 1. März einen ersten Schlaganfall erlitten hatte, trauten sich seine Hausangestellten einen ganzen Tag lang nicht, nach ihm zu sehen. Als am Abend doch jemand die Tür öffnete, lag Stalin in einer Urinlache auf dem Boden. Die Bediensteten legten den Diktator im Nachthemd auf dem Sofa ab und riefen die übrigen Parteiführer herbei. Diese taten zunächst so, als sei nichts geschehen – einen Arzt informierten sie nicht. Handelten seine Weggefährten aus Kalkül, ihn sich selbst zu überlassen, oder doch aus Angst, er werde Rache dafür nehmen, dass sie ihn in seiner Hilflosigkeit gesehen hatten? Als später medizinisches Personal eintraf, war Stalins Agonie nicht mehr aufzuhalten. Die Gefolgsleute hielten Wache an seinem Bett und warteten darauf, dass mit Stalin auch der Stalinismus starb.⁰²

Noch vor seinem Tod leiteten sie einen Wandel ein, der die Grundlagen der Herrschaft der sowjetischen Staatspartei auf Jahrzehnte verändern sollte: Sie verwandelten die totalitäre Herrschaft Stalins in ein autoritäres Parteiregime. Die Allmacht des Einzelnen hatte in Willkürentscheidungen, entgrenzter Gewalt, Kampagnen gegen imaginierte Feinde und ritualisierter Überhöhung ihren Ausdruck gefunden – vor allem aber in einem umfassenden Terror. Stalins Unterwerfungsritualen fielen selbst engste Weggefährten zum Opfer, nicht wenige Mitglieder des Zentralkomitees ließ er erschießen.⁰³ Als der Alleinherrscher starb, entschieden seine Nachfolger, die Gewaltherrschaft nicht länger zu tragen, die sie über Jahrzehnte mitgestaltet hatten. Denn sie hatten begriffen, dass sich die Gewalt auch gegen sie selbst richten konnte, zumal im Moment großer Unsicherheit, als mit Stalin die zentrale Figur dieses Systems wegfiel. Nikita Chruschtschow, Georgi Malenkov, Anastas Mikojan und die übrigen Mitglieder des ZK-Präsidiums, wie das Politbüro damals hieß, unterwarfen sich einer Selbstdisziplinierung.⁰⁴

Als Kollektiv revidierten sie Stalins Kampagnen und beendeten den Terror, brachen mit Personenkult und Überhöhung und etablierten Verfahren und Normen. Stalins Nachfolger transformierten ihre Herrschaft und gaben ihr eine Regelmäßigkeit, die zwar weder rechtsstaatlich noch demokratisch war, aber für die Beherrschten berechenbarer wurde. Kollektivführung war die Antwort auf Alleinherrschaft, die es den Erben erlaubte, die Säulen ihrer Ordnung – Herrschaft, Legitimation und Verfahren – zu reformieren.⁰⁵ Die Herausforderungen dieses Wandels beschrieb 1956 bereits der Vorsitzende der Kolchose „Stalin“ im Stalingrader Gebiet: Als er 1953 den Bäuerinnen und Bauern Stalins Tod mitteilen musste, hätten sie ihn gefragt, wie

es nun weitergehe; als er ihnen drei Jahre später von Stalins Verbrechen berichten musste, habe er sich gefragt, wie es ihnen verständlich zu machen sei.⁰⁶

HERRSCHAFT

Die Nachfolger hatten die Transformation der totalitären Herrschaft eingeleitet, noch bevor Stalin gestorben war. In den Tagen zuvor hatten sie medizinische Berichte über den sich rapide verschlechternden Gesundheitszustand des Diktators veröffentlicht – einerseits, um sich des Verdachts eines Komplotts zu erwehren; andererseits, um den gottgleichen Führer wieder in ein Individuum mit Puls und Blutdruck zu verwandeln, mit hin einen sterblichen Menschen. Wenige Stunden vor seinem Tod trafen Partei- und Staatsführung der Sowjetunion zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um den Übergang zu orchestrieren – ein einmaliger Vorgang in der sowjetischen Geschichte. Sie wagten es nicht, den todkranken Diktator als Parteichef abzusetzen, wählten jedoch Georgi Malenkov zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates. Mehr noch: Stalins Erben schlossen sich als Führungskollektiv zusammen, revidierten seine jüngsten Personalentscheidungen und reformierten den Zuschnitt der Ministe-

rien.⁰⁷ Denn die erste Herausforderung bestand in der Verhinderung eines Machtvakuumms.

Umgehend begannen sie mit der Abwicklung des totalitären Erbes. Das neue Führungskollektiv beendete die Kampagnen, die der Diktator kurz vor seinem Tod initiiert hatte, da von ihnen die Gefahr erneut entgrenzter Gewalt ausging. Wenige Wochen nach Stalins Tod verkündete die sowjetische Führung im Parteiorgan „Pravda“, Stalins antisemitische Kampagne gegen Kremlärzte entbehre jeder Grundlage, die Vorwürfe seien schlicht erdacht gewesen. In zahlreichen Eingaben an die Parteizentrale drückten sowjetische Bürgerinnen und Bürger ihr Unverständnis über die abrupte Revision eherner Wahrheiten aus. Stalins Nachfolger beließen es nicht bei symbolischen Korrekturen. Mit einer umfassenden Amnestie begnadigten sie noch im März 1953 rund eine Million Gulag-Insassen – in der Mehrzahl jene, die zu weniger als fünf Jahren Haft verurteilt worden waren, und damit nicht vorrangig „politische“ Häftlinge. In den Folgejahren wurden auch sie in großer Zahl entlassen und rehabilitiert, bis 1964 etwa jeder dritte.⁰⁸ Das Lager-System wurde reformiert, blieb aber bis zum Ende der Sowjetunion bestehen.

Es galt nun, die neue Ordnung nach innen durchzusetzen. Denn nur wenn sie im Innersten der Macht uneingeschränkt verteidigt wurde, konnte sie ihre zivilisierende Wirkung entfalten. Zwar hatten Stalins Gefolgsleute über Jahre und teils Jahrzehnte zusammengearbeitet und waren durch erniedrigende Erfahrungen, die ihnen die Launen des Diktators beschert hatten, verbunden. Der Zusammenschluss der Erben zu einer Kollektivführung ließ es zu, dass sich unterschiedliche Charaktere miteinander aussöhnten; vor allem aber ermächtigte er das Kollektiv, jene Verfechter der alten Ordnung auszuschließen, die von der Usurpation der Alleinherrschaft träumten. In der Entmachtung des Geheimdienstchefs Lawrenti Beria versicherten sich die Machthaber der Notwendigkeit kollektiver Führung sowie

01 Zur „Veralltäglichsung“ charismatischer Herrschaft vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Frankfurt/M. 2010 (Tübingen 1922), S. 182.

02 Für eine detaillierte Darstellung der Tage vor Stalins Tod vgl. Oleg Chlewnjuk, *Stalin. Eine Biographie*, München 2015.

03 Zum Stalinismus grundlegend: Jörg Baberowski, *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012.

04 Diesen Begriff hat Immo Rebitschek für die poststalinistische Sowjetunion eingeführt; er wendet sich damit gegen Stefan Plaggenborg, der der Sowjetunion nach Stalin einen weniger weitreichenden Anspruch einer „Selbstbeschränkung“ attestiert und im Jahr 1953 „nur bedingt eine Zäsur“ für die Sowjetunion sieht. Vgl. Immo Rebitschek, *Die disziplinierte Diktatur. Stalinismus und Justiz in der sowjetischen Provinz, 1938 bis 1956*, Wien–Köln–Weimar 2018, S. 20; Stefan Plaggenborg, *Sowjetische Geschichte nach Stalin*, in: APuZ 1–2/2005, S. 26–32, hier S. 28.

05 Zu den Säulen autoritärer Ordnung vgl. Johannes Gerschewski, *The Three Pillars of Stability. Legitimation, Repression, and Co-Optation in Autocratic Regimes*, in: *Democratization* 1/2013, S. 13–38.

06 Vgl. V. Čurav, Leiter der Abteilung für Parteiorgane der RSFSR, an das ZK der KPdSU, 19.3.1956, *Rossiiskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii* (Russisches Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte, RGASPI), f. 556, op. 14, d. 43, ll. 1–10, Zitat l. 9.

07 Vgl. *Protokol sovmešnogo zasedanija plenuma central'nogo komiteta KPSS, soveta ministrov sojuza SSR i prezidiuma verchovnogo soveta SSSR, ot 5 marta 1953 goda*, in: *Istočnik* 1/1994, S. 106–111.

08 Vgl. Marc Elie, *Rehabilitation in the Soviet Union, 1953–1964. A Policy Unachieved*, in: Kevin McDermott/Matthew Stibbe (Hrsg.), *De-Stalinising Eastern Europe. The Rehabilitation of Stalin's Victims after 1953*, Basingstoke 2015, S. 25–45, hier S. 25.

des Endes entgrenzter Gewalt.⁰⁹ Fortan wurden Interessengegensätze und Machtkämpfe unter veränderten Bedingungen ausgetragen. Die Sowjetunion blieb jedoch weiterhin ein autoritärer Staat, der auf Repression als Mittel des Machterhalts nicht verzichten konnte. Die Grenzen des Wandels offenbarten sich auch 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn.

LEGITIMATION

Ihre zweite Herausforderung fanden Stalins Nachfolger darin, die Begründungen ihrer Herrschaft zu verändern. Am 9. März 1953 stellten sie ihre Loyalität zum Alleinherrscher ein letztes Mal aus – einer mehrtägigen Aufbahrung seines Leichnams folgte eine pompöse Beerdigungsinszenierung, die ihren Höhepunkt in Stalins Überführung in das Lenin-Mausoleum auf Moskaus Rotem Platz fand. Einen Tag später verkündete Regierungschef Malenkov: „Der Personenkult muss beendet werden.“¹⁰ Den Chefredakteuren der auflagenstarken Zeitungen erklärte er, dass die Macht in der Sowjetunion fortan in der Repräsentation von Einheit aufzutreten habe. Stalins Name verschwand aus Presse und Radio. Die Führung inszenierte sich als Kollektiv und berief sich auf ihre erste Legitimationssäule Lenin. Vermeintlich überzeitliche Begründungen, die weit in die revolutionäre Zeit zurückreichten, sollten die Partei als Institution aufwerten und ihr Legitimität für die Zukunft verleihen. Dazu erfanden Stalins Erben Traditionen, die sie auf Lenin zurückprojizierten – etwa die kollektive Führung.¹¹

Auf dem XX. Parteitag im Februar 1956, dem ersten nach Stalins Tod, musste die Partei ihrer Geschichte zudem eine neue Erzählung geben, ansonsten hätte man es der Straße überlassen, über Stalins Verbrechen zu sprechen, erinnerte sich Nikita Chruschtschow.¹² Im Namen des Zentralkomitees trug er auf der

letzten geschlossenen Parteitagssitzung die Abrechnung mit Stalin vor. Der Personenkult, so der Erste Sekretär der KPdSU, habe die „Konzentration unermesslicher, unbegrenzter Macht in den Händen eines Einzelnen“ hervorgebracht. Stalin habe diese Allmacht missbraucht und „massenhaften Terror gegen die Kader der Partei gerichtet“. 383 Todeslisten, die ihm der Geheimdienstchef Nikolai Jeschow vorgelegt hatte, habe Stalin eigenhändig unterzeichnet, erläuterte Chruschtschow.¹³ Seine als „Geheimrede“ bekannt gewordene Kritik an Stalins Verbrechen wurde in der gesamten Sowjetunion verlesen. Die Reaktionen reichten von entschiedener Ablehnung über unumwundene Zustimmung bis zu Forderungen nach mehr Offenheit und offenbarten, wie unvorbereitet die Botchaften des Zentrums die sowjetischen Bürgerinnen und Bürger trafen.

Über die Schrecken der Vergangenheit sprachen Stalins Nachfolger im Bestreben, ihre eigene Ordnung zu stabilisieren. Indem sie sich am historischen Unrecht abarbeiteten, bekräftigten sie ihr Versprechen, nie wieder die Allmacht eines Einzelnen zuzulassen. In der Sowjetunion und der kommunistischen Welt schlug die Kritik an Stalins Verbrechen jedoch zuweilen in Ablehnung der bestehenden Ordnung um. In Georgien protestierten Stalin-Loyalisten, in China freuten sich Mao-Anhänger, die das sowjetische Modell nicht mehr kopieren wollten, in Polen und Ungarn demonstrierten Studierende für mehr Freiheit – alle sollten auf ihre Weise enttäuscht, Letztere gar gewaltsam zum Verstummen gebracht werden.¹⁴ Die Dynamik der Stalin-Kritik führte in eine Offenheit, die destabilisierende Zweifel genauso zuließ wie affirmierende Indienstnahmen der verwandelten Parteinormen.¹⁵ Die Debatten lokaler Parteior-

09 Vgl. die Debatte auf dem Juli-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU: Vladimir P. Naumov/Ju. V. Sigačev (Hrsg.), Lavrentij Berija. 1953 stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1999.

10 Notizen Petr Pospelovs zur Sitzung des Präsidiums des ZK, 10.3.1953, RGASPI f. 629, op. 1, d. 54, ll. 68f., Zitat Bl. 69.

11 Vgl. L. Slepov, Kollektivnost' – vyššij princip partijinogo rukovodstva, in: Pravda, 16.4.1953.

12 Vgl. Strobe Talbott (Hrsg.), Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, Reinbek 1971, S. 355.

13 O kul'te ličnosti i ego posledstvijach. Doklad Pervogo sekretarja CK KPSS tov. Chruščeva N. S. XX s'ezdu Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza 25 fevralja 1956 goda, in: Karl Ajmermacher et al. (Hrsg.), Doklad N. S. Chruščeva o kul'te ličnosti Stalina na XX s'ezde KPSS. Dokumenty, Moskva 2002, S. 51–119, Zitate S. 52, S. 68, S. 79.

14 Vgl. Vladimir A. Kozlov, Mass Uprisings in the USSR. Protest and Rebellion in the Post-Stalin Years, translated and edited by Elaine McClarnand MacKinnon, London–New York 2002; György Dalos, 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006; Shen Zhihua/Xia Yafeng, Mao and the Sino-Soviet Partnership, 1945–1959. A New History, Lanham 2015.

15 Vgl. Pavel Kolář, Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche, Köln 2016, S. 10.

ganisationen über die Geheimrede offenbarten jedoch auch, dass der Wandel erste Wirkungen zeigte. Die Menschen in der Sowjetunion begannen, Sicherheiten einzufordern. „Wo ist die Garantie dafür, dass sich derartige Erscheinungen nicht erneut wiederholen?“, fragten manche etwa in Saratow an der unteren Wolga.¹⁶

VERFAHREN

Die Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten auf eine neue Grundlage zu stellen, war die dritte Herausforderung. Mit kollektiver Führung definierten Stalins Erben ein Ideal, an dem sie die Parteisekretäre des Landes maßen – und ihrerseits gemessen werden konnten. Die Selbstdisziplinierung der Herrschaft, die Moskaus Machthaber der poststalinistischen Sowjetunion verordneten, sollte allerorten und auf allen Ebenen der Partei durchgesetzt werden. Denn mit dem neuen Führungsstil hatte sich nicht nur die Repräsentation von Herrschaft zu verändern – lokale Parteisekretäre durften nicht länger als „kleine Stalins“ agieren. Sie wurden in ihrer Normentreue überwacht und für Fehlverhalten sanktioniert. Herrschaft im Namen der Partei wurde zu einem Verfahren. Die Einhaltung ihrer Regeln sollte die Entscheidungsträger vor Ort mit Autorität ausstatten. Begabung und Erfahrung sollten Parteiführer in den Augen ihrer Untergebenen auszeichnen, nicht mehr die Fähigkeit, Angst zu verbreiten, erklärte Chruschtschow im März 1956.¹⁷

Gleichwohl blieb die poststalinistische Sowjetunion eine Ordnung des Strafens und Disziplinierens. Denn all jene Funktionärinnen und Funktionäre, die sich der Selbstdisziplinierung nicht fügten, wurden sanktioniert. Korrekte Führung, beanspruchten Stalins Nachfolger, zeichnete sich etwa durch Formalisierung der Entscheidungsprozesse, Zugewandtheit im Umgang mit Untergebenen, Bescheidenheit im Auftreten und nicht zuletzt Disziplin in der Einhaltung des Parteistatus aus. Doch trotz aller ideologischer Suchbewegungen ließ sich die

Parteikultur positiv kaum bestimmen.¹⁸ Moskaus Machthaber errichteten einen Parteipranger, führten Negativbeispiele vor und erzogen ihre Kader. Das ZK-Journal „Parteileben“, das seit Frühling 1954 wieder erschien, stellte auf der letzten Seite jeder Ausgabe Parteifunktionäre bloß, die gegen das neue Führungsideal verstoßen hatten – und zwar namentlich und unter Angabe von Vergehen und Sanktion. Wer seine Macht missbrauchte, sich im Amt bereicherte, die Gremien ignorierte, Parteientscheidungen nicht umsetzte oder willkürlich handelte, wurde öffentlich ausgestellt.¹⁹ In den 1950er Jahren druckte das ZK zweimal im Monat jeweils eine halbe Million Exemplare des „Parteilebens“, in den 1970er Jahren lagen von jeder Ausgabe anderthalb Millionen Exemplare in der gesamten Sowjetunion aus. Mit dem Parteikontrollkomitee und der Parteiabteilung des ZK verfügte die Partei über zwei interne Institutionen der Kaderdisziplinierung – „Parteileben“ jedoch ließ die Menschen in der Sowjetunion an der Selbstdisziplinierung teilhaben.

Die Verfahren zielten darauf ab, das Regimevertrauen zu erneuern. In ihrem Parteipranger stellten Moskaus Machthaber nicht nur (in)korrekte Parteiarbeit als soziale Praxis aus. Auch ihre Disziplinierungspraktiken wurden in Prozess und Ergebnis greifbar. Die Verfahren von Führung und ihrer Sanktion stabilisierten die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, weil sie aufzeigten, was erlaubt war und was nicht, und weil sie erklärten, welcher Verstoß wie geahndet wurde.²⁰ Damit wurde die autoritäre Ordnung für die Menschen, die in ihr leben mussten, berechenbar. Vor allem aber lernten die sowjetischen Bürger, dass individuelle Willkür mit Regelmäßigkeit diszipliniert wurde. Die markanteste Wirkung entfaltete dieser Wandel der Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten dort, wo Letztere Moskaus Machthaber an ihren eigenen Ansprüchen maßen. Bürgerinnen und Bürger richteten Eingaben an die Parteiführung und zeigten

16 G. Denisov, Sekretär des Saratovskij Obkom, an die Abteilung für Parteiorgane der RSFSR des ZK der KPdSU, 27.3.1956, RGASPI f. 556, op. 14, d. 45, ll. 56–63, Zitat l. 61.

17 Vgl. Speech by Comrade Khrushchev at the 6th PUWP CC Plenum, Warsaw, 20.3.1956, <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/111920>.

18 Vgl. etwa Petr A. Rodionov, *O leninskom stile v rabote*, Moskau 1966.

19 Vgl. etwa Partijnaja Chronika, in: Partijnaja Žizn' 1/1954, S. 79f.

20 Vgl. Jörg Baberowski, Erwartungssicherheit und Vertrauen. Warum manche Ordnungen stabil sind, und andere nicht, in: ders. (Hrsg.), *Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch*, Frankfurt/M. 2014, S. 7–29.

ihr ihre Unzulänglichkeiten im Umgang mit den allgemeinen Normen auf. Manche beklagten sich sogar beim Vorsitzenden des Ministerrates und warfen Stalins Nachfolgern vor, das Parteistatut „willkürlich“ zu ignorieren.²¹

AUTORITÄRES LERNEN

Stalins Tod hatte einen Wandel eingeleitet. Seine Erben transformierten eine totalitäre Willkürherrschaft in eine autoritäre Parteiherrschaft – eine Entwicklung, die auf der ganzen Welt Beachtung fand. Im „Westen“ beobachtete man den Antagonisten, im „Ostblock“ die kommunistische Führungsmacht. Ungeachtet ideologischer Prägungen schenken autoritäre Ordnungen einander Aufmerksamkeit und lernen voneinander. Sie sammeln Krisenwissen, analysieren Präventionstechniken, verfolgen Kommunikationsstrategien und bewerten Nutzen und Kosten instrumenteller Gewalt.²² Je ähnlicher sich Regime strukturell sind, desto leichter gelingt die Übernahme ins Eigene. Nicht selten beruht die Dauerhaftigkeit autoritärer Ordnungen auf ihrer Fähigkeit, sich wandelnden Einflüssen von außen und innen anzupassen.²³ Der Tod des Alleinherrschers ist eine Herausforderung, der nichtdemokratische Ordnungen immer wieder zu begegnen haben. Der Umgang mit dem Erbe Stalins in der poststalinistischen Sowjetunion wurde zum Lehrstück, an dem sich Kommunisten und Autokraten noch Jahrzehnte später abarbeiteten.

An kaum einem Ort wurde die sowjetische Entstalinisierung so genau beobachtet wie in Beijing. Mao Zedong ließ sich über die Trauer, Freude und Ratlosigkeit der chinesischen Bevölkerung nach Stalins Tod 1953 ebenso berichten wie über die Ereignisse auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Denn die Entstalinisierung stellte den Mao-Kult infrage, erlaubte jedoch zugleich die chinesische Abkehr vom sowjetischen Modernisierungsmodell. Vor allem aber

war sie Mao eine Mahnung mit Blick auf sein eigenes postumes Schicksal. Tatsächlich diente die sowjetische Stalin-Kritik den Kommunisten Chinas als Negativbeispiel dafür, wie mit dem Erbe des Alleinherrschers zu verfahren sei. Als Mao Zedong im September 1976 starb, entschieden seine Nachfolger, kein Maß am sowjetischen Beispiel zu nehmen. Statt im Kollektiv repräsentierten sie die Ordnung zunächst durch einen Statthalter: Hua Guofeng imitierte Frisur, Kleidung und Handschrift des verstorbenen Alleinherrschers. Anders als in der Sowjetunion der 1950er Jahre kritisierte Chinas Führung Maos Fehler nur selektiv, während sie dessen überzeitliche Bedeutung bekräftigte. Doch auch in China verband die Parteispitze mit Kollektivführung ein Programm der Selbstdisziplinierung einer Herrschaft, die fortan in autoritärem Gestus auftrat und die Willkür des Einzelnen einhegte.²⁴

Autoritäres Lernen ist kein Glasperlenspiel – es ist die regimerehaltende Praxis autoritärer Ordnungen. Bis in die Gegenwart setzen sich Russland und China intensiv mit der sowjetischen Geschichte auseinander. Neben dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Transformation totalitärer Alleinherrschaft der Fixpunkt ihrer historischen Selbstbetrachtungen.²⁵ Nicht zufällig dient Moskaus und Beijings heutigen Machthabern das Schicksal der Sowjetunion als Negativfolie. Stalin zu negieren, soll Xi Jinping 2013 den Parteimitgliedern erklärt haben, komme einer Geschichtsvergessenheit gleich, die das Regime gefährde.²⁶ In jüngster Zeit verabschiedete sich China von Amtszeitbegrenzungen für seine Staatsführung, Russland von der europäischen Friedensordnung. In beiden Ländern unterliegt Herrschaft seit mehr als einem Jahrzehnt einem Prozess zunehmender Personalisierung – sowohl in Machtfülle als auch Repräsentation. Denn autoritären Regimen steht es stets offen, sich in die Gegenrichtung zu transformieren und von Gewalt und Alleinherrschaft leiten zu lassen.

21 Vgl. Anonyme Eingabe an Chruščev, Vorošilov, Molotov, Mikojan, Malenkov, Kaganovič, 2.8.1955, RGASPI f. 83, op. 1, d. 35, ll. 128f.

22 Vgl. Jörg Baberowski/Martin Wagner, *Crises in Authoritarian Regimes. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Crises in Authoritarian Regimes. Fragile Orders and Contested Power*, Frankfurt/M.–New York 2022, S. 11–26.

23 Vgl. Stephen G. Hall, *The Authoritarian International. Tracing How Authoritarian Regimes Learn in the Post-Soviet Space*, Cambridge 2023 (i.E.).

24 Vgl. Martin Wagner, *Excoriating Stalin, Criticizing Mao. Entangled Reevaluations of the Past in the 1950s Soviet Union and 1970s/80s China*, in: *American Historical Review* (i.E.).

25 Vgl. etwa die jüngste offizielle Parteigeschichte der Kommunistischen Partei Chinas, *Zhongguo gongchandang jianshi* (中国共产党简史, *Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas*), Beijing 2021, S. 190.

26 Vgl. Gao Yu (高瑜), *Nan'er Xi Jinping* (男儿习近平, *Der Kerl Xi Jinping*), 25. 1. 2013, www.dw.com/a-16549520.

SCHLUSS

Stalins Tod brachte das Ende der Alleinherrschaft; seine Nachfolger entschieden, die Allmacht des Einzelnen einzuhegen, die Überhöhung seines Abbildes einzuebene und die Beziehung zu den Beherrschten neu zu begründen. Nicht zuletzt schworen sie instrumentellem Terror und willkürlichen Entscheidungen ab, vor denen selbst im Innersten der Macht niemand sicher gewesen war. Die sowjetischen Parteiführer transformierten ein Regime, an dessen Errichtung sie jahrzehntelang mitgewirkt hatten. Nichts lag ihnen dabei ferner, als den Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei oder das sozialistische System preiszugeben. Totalitäre Regime können sich von innen wandeln und selbst disziplinieren – die stalinistische Sowjetunion und das maoistische China sind zwei Beispiele, in denen die Transformation gelang.

Die autoritäre Ordnung, die auf Stalins Tod folgte, offenbarte die Leistungen und Grenzen dieses Wandels. Stalins Erben bescherten ihrer Gesellschaft Stabilität und Berechenbarkeit im Aufeinandertreffen mit der Staatsgewalt. Mehr noch: Sie brachen mit dem Terror, der sich gegen jeden richten konnte. Zwar verzichteten Moskaus Kommunisten nach Stalins Tod nicht auf den Einsatz physischer Gewalt – weder in der Sowjetunion, noch außerhalb. Doch aus diffusem Strafen wurde gezieltes Disziplinieren, dessen Regelmäßigkeit es den Menschen zu verstehen erlaubte, welches Verhalten sie in Konflikt mit der Staatsmacht brachte. Dieser Wandel hatte jedoch auch seine Grenzen.

Die Kollektivführung, die die Erben der Macht nach dem Tod des Diktators miteinander aussöhnte, hielt an der Parteispitze nur so lange, bis die Unterlegenen die Bedingungen des Wandels infrage stellten. Nach der Entmachtung der Stalin'schen Gefolgsleute Wjatscheslaw Molotow, Georgi Malenkow und Lasar Kaganowitsch 1957 ging Nikita Chruschtschow als *primus inter pares* der sowjetischen Führung hervor. Gleichzeitig entfaltete die Transformation ihr strukturelles Erbe. Weder wurden die Unterlegenen getötet, noch maßte sich Chruschtschow eine unbegrenzte Machtfülle an.

Auch in Zukunft werden Alleinherrscher sterben, die eine übersteigerte Machtfülle auf sich vereinigt haben. Wieder wird ein Ermöglickungsmoment eintreten, in dem es an den Erben der Macht liegt, sich für Fortsetzung oder Veränderung zu entscheiden. Erneut kann dann der Blick in die Geschichte die Herausforderungen freilegen, die sich in der Transformation totalitärer Herrschaft stellen. Doch die Geschichte erteilt mitnichten Handlungsempfehlungen. Denn stets unterscheiden sich Bedingungen, Konstellationen und Akteure, mithin die Möglichkeiten und Motive derer, die für Veränderung eintreten. Nicht ausgeschlossen ist indes, dass dereinst auf die totalitäre wieder eine autoritäre Ordnung folgt.

MARTIN WAGNER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin.
martin.wagner@fu-berlin.de

ZUM TEXT „DIE OBERSCHICHT IN DER SOWJETUNION“ AUF DEN FOLGENDEN SEITEN

Ende November 1953 erschien „Das Parlament“ erstmals mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“. Der allererste Text stammte von Herman Feofilowitsch Achminow, einem aus Archangelsk stammenden Publizisten, der sich im Zweiten Weltkrieg als Überläufer in der sogenannten Wlassow-Armee gegen die Sowjetunion gestellt hatte und nach Kriegsende in der Bundesrepublik geblieben war. 1953 war er vermutlich als Journalist tätig, später arbeitete er unter anderem am Münchner Institut zur Erforschung der UdSSR. Wir dokumentieren seinen Artikel hier als Reprint.

„Aus Politik und Zeitgeschichte“ hatte damals noch kein angegebenes Schwerpunktthema und erschien in einem größeren Format, weshalb die Schrift auf den folgenden Seiten wegen der Verkleinerung möglicherweise etwas schwer lesbar ist – dafür bitten wir um Verständnis. Voraussichtlich ab Herbst 2023 können Sie diesen und alle weiteren Texte, die seit 1953 in APuZ erschienen sind, in unserem Online-Archiv auf bpb.de finden, durchsuchen – und beliebig vergrößern.

Die Veröffentlichung der nachfolgenden Artikel erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart.

Die Aufsätze Achminow, „Die Oberschicht in der Sowjet-Union“ und Mehrert, „Die Rolle der Intelligenzia in Südasien“ wurden der Zeitschrift „OSTEUROPA“ (Heft 4 und 5/1953), der Aufsatz v. Borch, „Friede in Südasien?“ der Zeitschrift „AUSSENPOLITIK“ (Heft 10/1953) entnommen.

HERMANN ACHMINOW

Die Oberschicht in der Sowjetunion

Wenn sich das westliche Ausland mit den inneren Vorgängen in der Sowjetunion befaßt, neigt es dazu, sich weniger mit der Soziologie des Volkes als mit der „Intrigologie“ des Kreml zu befassen. Gewiß, man darf die persönlichen Rivalitäten in den höchsten Kreisen des Sowjetstaates nicht außer acht lassen, aber der Schwerpunkt muß bei der Untersuchung der politischen und sozialen Probleme liegen. Das hat auch den Vorteil, daß wir die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in der UdSSR genauer untersuchen können als die persönlichen Beziehungen einzelner Führer. Die politischen Probleme sind auch beständiger als die persönlichen Freundschaften oder Feindschaften, und ihre Kenntnis bietet infolgedessen eine bedeutend sicherere Grundlage für das Verhalten des Westens der Sowjetunion gegenüber als selbst die beste Kenntnis der Intrigenkämpfe im Kreml.

Eigentlich sollten diese Gedankengänge als Selbstverständlichkeit gelten. Doch erstens wird im Westen die Bedeutung der Personalveränderungen in der Regel stark überschätzt. Und zweitens verbirgt sich hinter der Frage, ob Soziologie oder — wenn man sich so ausdrücken darf — Intrigologie ein grundsätzliches Problem: kann der Westen in absehbarer geschichtlicher Zeit — also im Laufe der nächsten zehn bis zwanzig Jahre — mit ernststen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Rußland rechnen, oder muß er die Existenz der kommunistischen Diktatur als bleibenden Zustand ansehen? Wenn wir von der Voraussetzung ausgehen, daß das Schicksal dieses riesigen Reiches ausschließlich durch das Ränkespiel eines Häufleins von Spitzenfunktionären entschieden wird, dann ist nur die zweite Antwort denkbar. Geht man dagegen davon aus, daß in allen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Führern letzten Endes die großen sozialen und politischen Auseinandersetzungen ihren Ausdruck finden, daß es sich hier um Konflikte handelt, die bis ins letzte russische Dorf hineingreifen, dann sieht die Frage nach der Stabilität der Sowjetmacht ganz anders aus.

DIE WICHTIGSTE AUFGABE

Die wichtigste Aufgabe der Sowjetregierung überhaupt und besonders nach dem Tod Stalins ist die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur, die Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf dem Prinzip der totalen Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln oder, was dasselbe ist, der Zusammenfassung aller Produktionsmittel in den Händen des Staates beruht. Kann diese Gesellschaftsordnung auf die Dauer erhalten bleiben?

Auf den ersten Blick mag die Frage unbegründet erscheinen — wir haben bis heute keine Anzeichen erster innerer Unruhen in der Sowjetunion, wenn man über die „normal“ erscheinenden Säuberungsaktionen hinwegsieht. Und doch hat selbst Stalin die Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland für möglich, ja für unausbleiblich erklärt, falls es versäumt würde, einige bestimmte Maßnahmen zu

treffen, oder falls einige von ihm abgelehnte Maßnahmen trotzdem durchgeführt würden. In seinem Brief an die Professoren Sanina und Wensher vom 28. September 1952 kritisiert Stalin deren Vorschlag, die in den Maschinen- und Traktorenstationen zusammengefaßten landwirtschaftlichen Maschinen an die Kolchose zu verkaufen und schreibt:

Nehmen wir einen Augenblick an, daß wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert hätten . . . Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt . . . Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten . . . Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, daß sie . . . nicht begreifen, daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist . . .

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirkt, wies Engels in seinem „Antidühring“ überzeugend nach, daß das Vorhandensein der Warenzirkulation der sogenannten Wirtschaftskommunen Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse . . . So steht es mit dem Vorschlag und den Argumenten der Genossen Sanina und Wensher.“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952.)

Offensichtlich hielt Stalin das Entstehen des Kapitalismus und also auch den Sturz der kommunistischen Diktatur nicht für ausgeschlossen. Seine Befürchtungen sind nicht unbegründet. Augenblicklich gibt es in der Sowjetunion etwa 98 000 Kolchose; hätte man den Vorschlag von Sanina und Wensher angenommen, so würden die Kolchose binnen kurzer Zeit eine solche wirtschaftliche Macht darstellen, daß sich ihren Interessen sowohl die Partei als auch der Staat einfach beugen müßten. Diese Interessen aber würden dem Programm der KPdSU kaum entsprechen.

Doch ist das nicht der einzige Ansatzpunkt für das Entstehen des Kapitalismus in Rußland. Die sowjetischen Zeitungen selbst bieten eine Fülle von Beispielen des „heimlichen Kapitalismus“, der sich in die unzähligen Risse der Sowjetwirtschaft eingeknistet hat. Da die sowjetische Staatsmaschine einfach außerstande ist, sämtliche wirtschaftlichen Probleme zu lösen, oder auch nur eine durchgreifende Kontrolle des Wirtschaftsganges zu gewährleisten, ist der heimliche Kapitalismus beinahe zu einem untrennbaren Bestandteil des Sowjetsystem geworden. Ein Beispiel:

Zum Direktor der städtischen Brennstoffverwaltung in Jaroslawl kam ein beleibter, Herr . . . Auf seiner Weste baumelte eine schwere Goldkette mit Brillantanhängsel . . .

Ich bin ein gebürtiger Jaroslawler, ein wirklicher Patriot meiner Heimatstadt. Es ist mir bekannt, daß die Erfüllung des Planes der Brennstoffversorgung in Frage gestellt ist. Meine lieben Mitbürger werden in diesem Winter ohne Brennstoff sein . . .

Verzeihung, wer sind Sie?

Pribytkow! — verkündete der Gast. Ich bin ein Brigadier, oder wenn Sie wollen, ein Bevollmächtigter der Initiativgruppe für Flöbezusammenstellung. Und ich bin aus guten Gründen zu Ihnen gekommen, Ihnen und der Stadt

zu helfen. 50 000 auf den Tisch — und die Flöße werden hier sein. Sie brauchen sich um nichts zu kümmern, weder um die Bezugsscheine, noch um Arbeitskräfte oder Transport . . .

Viele zehntausend Kubikmeter Brenn- und Bauholz brachte dieser tüchtige Unternehmer nach Jaroslawl. Nach den bescheidensten Berechnungen erreichte der Gewinn Pribytkows eine Viertelmillion pro Saison . . . Pribytkow ist eine weite russische Seele. Seine Energie reichte bei weitem über den Rahmen einer einzelnen Stadt hinaus. Die von ihm zusammengestellten Flöße schwammen über die obere Wolga, gingen nach Schtscherbakow, nach Gorkij, erreichten Moskau. (Iswestija 10. 12. 52.)

Man kann eine fast unbegrenzte Zahl solcher Beispiele anführen. Sie werden in der sowjetischen Presse natürlich jeweils als vereinzelte Fälle dargestellt; aber sie zeigen, daß Stalins Befürchtung nicht unbegründet ist: es liegt auf der Hand, daß jede Lockerung der Kontrolle z. B. in Form eines „milden Kurses“ ein Aufblühen dieser Erscheinungen hervorrufen würde. Und es wäre unter Umständen fraglich, ob man sie wieder in die „kommunistische Bahn“ bringen könnte.

GRENZEN TAKTISCHER MOGLICHKEITEN

Daß privatkapitalistische Bestrebungen in der Sowjetunion bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Doch kann man über die Frage, ob diese Erscheinungen ein ernstes innenpolitisches Problem für die Regierung darstellen, geteilter Meinung sein. Solche Pribytkows existierten ja auch vor der Revolution, in der Periode der NEP und später. Trotzdem hat die Sowjetregierung in ihrem Bestreben, das Programm der vollständigen Aufhebung des Privateigentums zu verwirklichen, bis jetzt keine ersten Rückschläge erlitten.

Das ist richtig. Es hat Pribytkows gegeben vor 35 und vor 15 Jahren, wie es sie auch heute gibt. Und man kann daraus die vielleicht wichtigste Bilanz der 36jährigen Herrschaft des Bolschewismus in Rußland ziehen: der Versuch der Kommunisten, einen neuen Menschentyp zu schaffen, den Typ des Menschen, bei dem das Gemeinschaftsbewußtsein und nicht das individualistische Bewußtsein ausschlaggebend sein sollte, ist gescheitert. Mehr noch — es liegen nicht die geringsten Anzeichen dafür vor, das dieses Bewußtsein je entstehen wird.

Die Überzeugung, daß der Mensch nie etwas im Namen des Kollektivs macht und nur dann etwas leistet, wenn er davon persönlich einen Vorteil hat, geht wie ein roter Faden durch alle Maßnahmen, durch die ganze Haltung der Sowjetregierung. (In den Propagandaschriften wird das freilich anders dargestellt.) Diese Überzeugung kommt zum Ausdruck im Prämiensystem, wonach das Einkommen des Leiters eines Unternehmens im direkten Verhältnis zu der Leistung seines Betriebes steht; im System der Tagewerke in den Kolchosen, wo das Einkommen des einzelnen Bauern von seiner persönlichen Leistung und der seiner Kolchose abhängig ist; im Akkordsystem bei der Bezahlung der Arbeiter; in der Verordnung des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 24. April 1948, wonach der Sekretär eines Bezirkskomitees der KPdSU mit dem Titel „Held der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet werden kann, wenn sein Bezirk das Soll um einen bestimmten Prozentsatz überschreitet.

Es gab einmal eine Zeit, da Lenin schrieb:

Die kommunistische Arbeit im engen und strengen Sinne des Wortes ist eine unentgeltliche Arbeit zugunsten der Gesellschaft, eine Arbeit, die nicht . . . um der Erhaltung des Rechtes auf gewisse Erzeugnisse willen geschieht . . . sondern eine freiwillige Arbeit . . . aus der Gewohnheit, für das Gesamtwohl zu arbeiten, aus der bewußten (zur Gewohnheit gewordenen) Einstellung zur Notwendigkeit, für das Gesamtwohl zu arbeiten. (Lenin, Band 25, S. 151, russisch.)

Da die Erziehung zu dieser Haltung ohne Erfolg geblieben ist, kann die Wiedereinführung des Privateigentums nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden. Zwischen Pribytkow und Malenkow besteht kein grundsätzlicher Unterschied — nur sehen sie ihren persönlichen Vorteil in verschiedenen Formen der Verteilung der Produkte bzw. der Verfügung über die Produktionsmittel.

Das ganze „Geheimnis“ des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in Rußland besteht darin, daß sich in diesem Lande in der Periode von 1917 bis heute immer genügend starke Gruppen von Menschen fanden, die in einer begrenzten Aufhebung des Privateigentums ihren persönlichen Vorteil sahen. Im Bürgerkrieg war für die Bauern die Aufhebung des Privateigentums der Gutsbesitzer am Boden vorteilhaft, weil sie durch die Aufteilung der großen Ländereien ihr

Privateigentum zu vergrößern hofften. Für die Menschen, die im Banne der Industrialisierung Fabriken und somit ihre Stellungen aufbauten, war die Aufhebung des Privateigentums ebenfalls vorteilhaft, weil sie ja keine eigenen Mittel für den Aufbau der Fabriken und somit ihrer Stellungen hatten. Diese Mittel wiederum waren nur auf dem Wege über die Enteignung der Bauern erhältlich.

Hier zeichnen sich jedoch bereits die Grenzen des Kommunismus in Rußland ab. Wenn seine Grundeigenschaft die Ausnützung des Dranges zur persönlichen Bereicherung durch die Konzentration des Eigentums in den Händen des Staates ist, so muß ein Augenblick eintreten, da die Menschen nicht im Staats-, sondern im persönlichen Eigentum ihren Vorteil sehen. Das Gleichgewichtsprinzip hat in der Sowjetunion und überall sonst lediglich den Sinn der Gleichheit der Aufstiegsmöglichkeiten, und es wird in dem Augenblick ein Hindernis für seine Träger, wenn die Auslese und der Aufstieg der Sieger bereits erfolgt ist. Wir wissen, daß die Aufhebung des Privateigentums nur möglich war, weil sie die Bereicherung, den Aufstieg einer bedeutenden Anzahl von Menschen bedeutete. Wenn wir also feststellen wollen, wieviel innere Stabilität wir der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion noch zuschreiben haben, müssen wir feststellen, ob es in der Sowjetunion immer noch gesellschaftliche Schichten gibt, die im Prinzip des Staatseigentums den besten Weg zur Gewinnung persönlicher Vorteile sehen müssen und wie lange dieser Zustand noch dauern wird.

VERÄNDERUNG DER SOZIALEN STRUKTUR

Zwei entscheidende Tatsachen charakterisieren die Veränderungen der sozialen Struktur Sowjetrußlands in der Zeit von 1926 bis zum heutigen Tage: Die Verstärkerung und die Bildung einer neuen führenden Schicht. 1939 lebten 32,8 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion in den Städten. 1926 waren es nur 17,9 Prozent gewesen. 1939 gehörten nach den Angaben Molotows 9 591 000 Menschen der sogenannten neuen sowjetischen Intelligenz an, 1926 waren es 2 116 400 gewesen. Für das Jahr 1949 gibt Boris Meißner folgende Zahlen an.

- | | |
|--|-----------------|
| 1. „Intelligenz“ in Stadt und Land: | 15—16 Millionen |
| 2. Manuelle Arbeiter im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor: | 21—22 Millionen |
| 3. Bauern (Kollektiv- und Einzelbauern) und Landarbeiter: | 42—44 Millionen |

(Boris Meißner, Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion, Europa-Archiv, Nr. 9/1950.)

Bei etwa 80 Mill. Berufstätigen und 200 Mill. Gesamtbevölkerung ergibt sich also, daß die Klasse der „beamteten Funktionäre“, wie sie Meißner nennt, 19,5 Prozent, die Arbeiter 26,7 Prozent und die Bauern 53,8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wenn wir diese Zahlen mit denen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vergleichen, so ergibt sich, daß anstelle von Bürgertum und Gutsbesitzern, die 1913 etwa 3,6 Prozent der Gesamtbevölkerung umfaßten, eine neue führende Schicht gekommen ist, die 19,5 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichte.

Eine bedeutende Vergrößerung der führenden Schicht ist kaum noch möglich. Das bedeutet, daß die Sowjetregierung in Zukunft außerstande sein wird, sich auf den Aufstiegswillen von Millionen zu stützen, wie sie das in der Periode von 1917 bis 1941 tun konnte. Der Aufstieg weiterer großer Kontingente kann nur auf Kosten der gegenwärtigen Träger der Sowjetmacht erfolgen. Die weitere Ergänzung der führenden Schicht wird im großen und ganzen durch den der gleichen Schicht entstammenden Nachwuchs erfolgen. Die Periode der revolutionären sozialen Umwälzungen, die Periode der schwindelerregenden Aufstiege ist vorbei, und das weitere Schicksal der Sowjetmacht wird in Zukunft in erster Linie durch die Einstellung dieser neuen führenden Schicht zum Privateigentum bestimmt werden. Es kommt also darauf an, die Haltung und die Mentalität dieser neuen Führer zu untersuchen.

Um die summarische Dreiteilung des sozialen Gefüges in die beamteten Funktionäre, Arbeiter und Bauern zu konkretisieren, scheint es angebracht zu sein, den Begriff „Klasse“ genauer zu betrachten. Lenins Definition dieses Begriffs lautet:

Als Klassen werden große Gruppen von Menschen bezeichnet, die sich nach ihrem Standort im geschichtlich entstandenen System der gesellschaftlichen

Produktion, nach ihrem Verhältnis zu Produktionsmitteln (was meistens in Gesetzen festgelegt und formuliert ist), nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und, folglich, nach der Art des Beziehens und dem Ausmaß jenes Teiles des gesellschaftlichen Produktes, über den sie verfügen, unterscheiden.“ (Zitat nach „Philosophisches Lexikon“).

Das Wesentlichste an dieser Formulierung ist die Feststellung, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse durch die „Rolle der Betroffenen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“ bestimmt ist. Wendet man Lenins Definition an, so läßt sich die Bevölkerung der Sowjetunion in folgende fünf Gruppen einteilen: Parteiapparat, Staatsapparat, Technische Intelligenz, Arbeiterschaft, Kolchosbauern. Staatsapparat, Arbeiterschaft und Kolchosbauern sind die sowjetischen Gegenstücke zu entsprechenden westlichen Schichten. Dagegen sind Parteiapparat und Technische Intelligenz spezifisch sowjetische Erscheinungen. Der Parteiapparat besteht aus den Berufsparteigenossen, den Parteifunktionären, die durch die Arbeit in der Partei ihr tägliches Brot verdienen. Im Keim gab es diese Schicht auch im Dritten Reich und anderen faschistischen Ländern. (Ob die Gewerkschaftsfunktionäre dazu gerechnet werden müssen, ist unklar. Einerseits sind die sowjetischen Gewerkschaften heute nur ein Anhängsel des Parteiapparates, andererseits aber können sie unter anderen Bedingungen eine selbständige Funktion ausüben.) Es gilt dabei mit allem Nachdruck zu betonen, daß man unter dem „Parteiapparat“ keineswegs die Masse der Parteimitglieder, sondern ausschließlich jene Menschen verstehen muß, die berufsmäßig in dem Parteiapparat tätig sind. Die KP der Sowjetunion ist schon lange eine Massenpartei geworden, so daß die Grenze zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sich immer mehr verwischt und tausendfache Erfahrung zeugt davon, daß die Haltung einzelner Sowjetbürger nicht durch ihre Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zur Partei, sondern durch ihre persönlichen Einsichten und vor allem durch ihre gesellschaftliche Stellung bestimmt wird.

Die Technische Intelligenz jedoch ist ein soziales Phänomen, das wir nur in der Sowjetunion und anderen bolschewistischen beherrschten Ländern vorfinden und das genauer definiert werden muß. Das Gros dieser Klasse bilden die Leiter der Produktion, die Fabrikdirektoren, Ingenieure, Techniker, aber auch die Intellektuellen und die Leiter der Handelsorganisationen und Unternehmungen. Obwohl es sich im Grunde um die „Spezialisten“ schlechthin handelt und die Bezeichnung Technische Intelligenz etwa auf einen Kunsthistoriker nur im übertragenen Sinne angewandt werden kann, ist dieser Ausdruck doch der richtige. Er deutet darauf hin, daß die Technische Intelligenz die entscheidende Kraft dieser Schicht ist; überdies unterscheidet sich die Haltung der anderen Gruppen nicht von der der Technischen Intelligenz im engeren Sinne.

Gewisse Bedenken könnte die Trennung des Staats- und des Parteiapparates hervorrufen, zumal es sich beim Parteiapparat um eine sehr kleine Gruppe handelt (etwa 500 000 Personen). Doch läßt eine ganze Reihe von Anzeichen darauf schließen, daß die politische Haltung dieser beiden Gruppen verschieden ist, weil sie sich eben „nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit unterscheiden“. Der Staatsapparat übt die Verwaltungsarbeit aus, die Funktion des Parteiapparates ist Überwachung und Antreiben.

Es wäre noch die Frage zu untersuchen, ob die Armee und die Kolchosaristokratie als besondere Klassen abzusondern sind. Doch sind bisher keine Beweise bekannt für die Annahme, daß die Armee sich anders verhält als der Staatsapparat, dessen Bestandteil sie letzten Endes ist. Und was die Kolchosaristokratie betrifft, so liegen keine Anzeichen vor, daß die Spannungen zwischen Kolchosleitungen und einfachen Bauern Formen eines Klassenkampfes angenommen haben. In Zukunft ist eine solche Entwicklung möglich; sie ist sogar wahrscheinlich, wenn das Programm der Nationalisierung der Kolchose verwirklicht werden sollte. Darüber wird noch später zu sprechen sein.

Alle Teile der führenden Schicht — Partei-, Staatsapparat und Technische Intelligenz — bedurften für ihren Aufstieg der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das besagt zwar nichts über die Haltung der einzelnen Angehörigen dieser Schicht zum Kommunismus; sie könnten — sogar in ihrer Mehrheit — durchaus die ein-

zelnen Maßnahmen, ja die Grundsätze der kommunistischen Diktatur ablehnen. Doch war keine ernste und erfolgversprechende Widerstandsbewegung zu erwarten, solange der stürmische Aufstieg von Millionen im Gange war. Die Alternative — Wiedereinführung des Privateigentums — wäre eine zu klare Bedrohung der gesellschaftlichen Stellung und der Aufstiegsmöglichkeiten dieser Menschen gewesen.

Heute aber ist die Bildung der neuen führenden Schicht im großen und ganzen abgeschlossen und das wichtigste Problem ist für sie heute nicht die Schaffung neuer Stellungen, sondern die Aufrechterhaltung der erworbenen Positionen und deren Übertragung an die inzwischen herangewachsenen Kinder. Das Problem der Wiederezulassung des Privateigentums und der privaten Initiative erscheint daher heute in einem anderen Licht. Natürlich handelt es sich bei der Frage: Staats- oder Privateigentum in der UdSSR nicht um die Frage der Übertragung der Industrierwerke in private Hände, sondern um die Zulassung der privaten Initiative, um die Gewährung des Rechtes, in aller Offenheit das zu tun, was der von uns zitierte Pribytkow mit Gefahr für seine Freiheit, aber mit unzweifelhaftem Nutzen für die Allgemeinheit getan hat.

Die Frage der Wiedereinführung des Privateigentums hat verschiedene Seiten, und die Einstellung einzelner gesellschaftlicher Schichten dazu ist dementsprechend verschieden. Die mit dem Privateigentum untrennbar verbundene Schaffung von klaren Rechtsverhältnissen wie auch die wahrscheinliche Steigerung des Lebensstandards dürfte für alle gesellschaftlichen Schichten von Vorteil sein. Was aber die Einstellung einzelner gesellschaftlicher Schichten zum Problem des Privateigentums anbetrifft, so ist diese Frage äußerst kompliziert. Hier handelt es sich um ein politisches Problem; es müssen daher nicht nur die Vor- und Nachteile, die sich für die einzelnen Schichten ergeben würden, sondern vielmehr die politischen Auswirkungen eines solchen Programms berücksichtigt werden.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß der Parteiapparat jeder Entwicklung, die auf die Wiedereinführung des Privateigentums hmielt, mit schärfster Ablehnung gegenübersteht, denn sie würde das Ende seiner Herrschaft, ja seiner Existenz als Klasse bedeuten. Alle anderen Schichten aber würden gewinnen — die Bauern und die Technische Intelligenz, weil sie zweifellos sofort von diesem Recht Gebrauch machen würden; die Arbeiterschaft, weil damit das Recht, die eigenen Interessen zu vertreten, z. B. das Streikrecht, verbunden wäre; der Staatsapparat, weil er sich auf diese Weise von der lästigen Überwachung durch die Partei befreien könnte. Nun ist freilich ein langer Weg von der Feststellung, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion die Wiedereinführung des Privateigentums begrüßen würde, bis zu der Behauptung, sie würde eine solche Forderung aufstellen und gegebenenfalls durchsetzen. Ehe man dies behaupten kann, müßte man die Haltung der einzelnen gesellschaftlichen Schichten zu diesem Problem und zu einander genauer untersuchen. Generell kann man jedoch sagen, daß im Zusammenhang mit den Veränderungen der sozialen Struktur der Sowjetunion die Stellung der Partei stark erschüttert worden ist. Wir wissen, daß die Beseitigung des Privateigentums in Sowjetrußland möglich war, weil dies Millionen den Weg zum Aufstieg ebnete und weil der Parteiapparat die Schlüssel zu diesem Weg in der Hand hatte. Das ging, so lange die KPdSU eine Elitepartei war. Inzwischen sind aber aus 386 000 Parteimitgliedern auf dem ersten Parteitag nach Lenins Tod (April 1923) 7 Millionen geworden. Heute ist die Zugehörigkeit zur Partei keine Auszeichnung mehr, sondern eine selbstverständliche Formalität für die Angehörigen der oberen Klassen. Der Weg nach oben führt heute nicht mehr über die Partei, sondern über die Hochschule.

Die sog. Technische Intelligenz bildet die zahlenmäßig größte und wichtigste Klasse innerhalb der führenden Schicht der UdSSR. In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Haltung dieser Klasse veröffentlicht. Alle Autoren stimmen darin überein, daß es sich bei den Angehörigen dieser Schicht um Menschen handelt, die stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein und die Neigung zeigen, auf eigene Verantwortung zu handeln, auch wenn es darum geht, die bestehenden Gesetze zu brechen. Der „Economist“ schreibt geradezu: „Wir haben es mit einem harten und selbstbewußten Typ zu tun, eng

verwandt mit dem frühkapitalistischen europäischen Industriepionier des 19. Jahrhunderts und dem amerikanischen Wild-West-Sheriff aus der amerikanischen Grenzzeit.“

Diese Neigung, auf eigene Verantwortung zu handeln, und die damit verbundene Bereitschaft, gegebenenfalls Gesetze zu überschreiten, hat ihren Ursprung in der Besonderheit der sowjetischen Wirtschaftsordnung. Die Betriebsleiter sind für die Erfüllung des Planes persönlich verantwortlich, auch dann, wenn die Nicht-Erfüllung des Planes etwa darauf zurückzuführen ist, daß die Lieferung von Rohstoffen oder Halbfertigwaren von anderen Unternehmen sich verzögert oder ausbleibt. Die Berufung auf „objektive“ Ursache wird nicht als Entschuldigungsgrund angenommen. Infolgedessen sind die Betriebsleiter angesichts der chronischen Unzulänglichkeiten der sowjetischen Planung gezwungen, zu ungesetzlichen Mitteln der Materialbeschaffung zu greifen. Die sowjetischen Fabrikdirektoren müssen ständig irgendwelche Vorschriften verletzen, um andere erfüllen zu können. Selbstverständlich öffnen solche Machenschaften Tür und Tor für persönliche Bereicherung; wenn ein Direktor ein schwarzes Geschäft im Werte von einigen Millionen Rubeln betätigen muß, um seinen Betrieb in Gang zu halten, fallen ein paar tausend, die er für sich persönlich abzwiegt, gar nicht ins Gewicht.

Es ist schwer zu sagen, wie groß die Summe der Gelder ist, die auf solche oder ähnliche Weise in den Händen von Privatpersonen zusammenlaufen. Sie sind beträchtlich.

Die „Iswestija“ vom 14. Januar 1953 berichtet zum Beispiel über einen „Privatunternehmer“ Chatlamandshiew, der die Kohlenversorgung im Gebiet Woronesh organisierte und mit den Kohlengruben auf der Grundlage 50:50 arbeitete. Die Zeitung erwähnt den Verdienst von 113 000 Rubel an einem Geschäft. Die gleiche Zeitung enthüllte am 8. Februar die Existenz von privaten — oder, wie sie offiziell geführt wurden, „auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung (chosrastschot) aufgebauten“ — Theaterunternehmungen in Weißruthenien und erwähnt dabei Einnahmen von 2000 bis 8000 Rubel im Monat. Dabei handelt es sich nicht um das Honorar der Besitzer, die gleichzeitig als Zauberkünstler auftreten, sondern um „die Entschädigung für die Amortisation der Ausstattung“. Insgesamt soll die Staatliche Bühnenverwaltung Weißrutheniens Hunderttausende von Rubeln an die Privatunternehmer ausgezahlt haben. Da es sich dabei kaum um die größten Geschäftemacher handelt (es fällt auf, daß im Falle von Chatlamandshiew wohl seine Abnehmer, nicht aber seine Lieferanten erwähnt wurden) kann man annehmen, daß unter den sowjetischen Verhältnissen Vermögen von einer halben oder ganzen Million entstehen können. Solche Summen lassen die Frage der Investition akut werden, zumal auch die offiziellen Einnahmen manchmal recht bedeutende Ziffern erreichen. Die Schlußfolgerung zwingt sich auf, daß diese Menschen eine juristische Grundlage suchen werden für das, was sie sowieso tun. Das ist praktisch nur durch die Einführung des Rechtes auf Privateigentum möglich.

Die zweite für die Angehörigen dieser Schicht charakteristische Eigenschaft ist der Stolz auf Erfolg und eigene Leistung. Diese Haltung findet manchen Ausdruck in der sowjetischen Literatur. So lesen wir im Roman „Für eine gerechte Sache“ von Wassilij Grossmann die Worte des „positiven Helden“ Tschepychin, Mitgclid der Akademie der Wissenschaften:

„Vielen Menschen erscheint das junge und allumfassende Gefühl des Lebensziels als ein Überbleibsel, das sich unnötig und zufällig erhalten hat. Die Empfindungen des Alltags, die scharf, aber vergänglich sind, erfüllen ihre seelische Welt. Sie empfinden keine Einheit in diesem komplizierten, bunten Leben. Solche Menschen ernten oft kleine, aber befriedigende Erfolge. Doch können sie nie eine große Schlacht mit dem Leben gewinnen. Es gibt aber Persönlichkeiten und Charaktere, für die dieses einfache, jugendlich klare Gefühl und die Vorstellung vom Sinn und Ziel des Lebens eine Einladung zum Handeln darstellen . . . Eine der charakteristischsten Eigenschaften dieser Menschen ist die Fähigkeit, auf ihrem Wege andere Menschen mit sich zu führen.“

Grossmann wurde später im „Kommunist“ scharf angegriffen, weil er die Heldenverehrung propagiere.

Stalin zog auch gegen die Genossen zu Felde, die alle dem Kapitalismus eigenen Kategorien auf die sowjetische Wirtschaft angewandt haben: die Arbeitskraft als Ware, den Mehrwert, das Kapital, den Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate, die notwendige Arbeit und Mehrarbeit, notwendiges Produkt und Mehrprodukt usw. Offensichtlich sind die Bemerkungen Stalins nicht unbegründet, denn im Munde eines Potapow wären diese Begriffe angebracht.

DIE NEUE GENERATION

Die Untersuchung der Haltung der neuen sowjetischen Intelligenz wäre unvollständig, wenn man die Tatsache außer acht ließe, daß inzwischen die zweite Generation dieser Schicht herangewachsen ist, die sich immer deutlicher bemerkbar macht und die Zukunft des Landes bestimmen wird.

Im Westen gibt es eine weit verbreitete Vorstellung, daß die Haltung dieser Gruppe vor allem durch ihre „Erziehung im Geiste des Kommunismus“ bestimmt sei. Bekanntlich hat sich die ideologische Linie der kommunistischen Partei der Sowjetunion im Laufe der letzten zwanzig Jahre mehrmals verändert, so daß unter anderem die Frage auftaucht, im Geiste welchen Jahres nun diese Jugend erzogen sein soll. Die bisherigen Erfahrungen zeugen davon, daß sie durchaus nicht nur aus begeisterten oder wenigstens linientreuen Kommunisten besteht und viele Zeichen deuten darauf hin, daß der ausschlaggebende Faktor in der Entwicklung eines jungen Intellektuellen in der Sowjetunion seine Herkunft ist. Der Sohn eines Generaldirektors fühlt sich als der Sohn des Generaldirektors, selbst wenn er Enkel eines Schuhmachers ist.

Am 11. Dezember 1952 wurde in der „Literaturnaja Gaseta“ ein Aufsatz von J. Strogowa, veröffentlicht. „Der Mythos von der leichten Arbeit“, der über die Haltung sowohl der Väter als auch der Söhne eine Reihe von interessanten Einzelheiten preisgibt. Die Verfasserin schreibt:

Dies geschah in einer Moskauer Technischen Hochschule. Vor dem Arbeitszimmer des Direktors saßen einige Genossen, die sehr ehrenvoll aussahen: Militärs in hohem Rang und Zivilisten mit riesigen, luxuriösen Aktenaschen . . . Sehr bald stellte sich heraus, daß es sich hier um Eltern handelte, die ihre Kinder „in Schutz nehmen“ wollten. Ein älterer beliebter Vater erzählte laut, wie sein Sohn gekränkt wurde: „Der Junge lernte glänzend. Er hatte vor, Gelehrter zu werden. Und da wurde er plötzlich mir nichts dir nichts in die praktische Arbeit gesteckt und gezwungen, als gewöhnlicher Schlosser zu arbeiten! So ein Unfug! . . . Da der Meister dem Jungen kein Test ausstellen wollte, wird er jetzt nicht zum Examen zugelassen. Hoffentlich ist der Direktor ein vernünftiger Mensch!“ Zu meinem großen Erstaunen fanden diese Worte den Beifall aller Zuhörer.

Was die Söhne anbetrifft, so schildert die Verfasserin sie folgendermaßen:

„Keine Angst, es wird schon werden, alles geht auch ohne uns“ — ist der Ausdruck jener unbekümmerten und gleichgültigen Haltung junger Menschen, die gewöhnt sind, daß für sie alles getan wird, daß immer jemand da ist, der ihnen aus der Patsche hilft. Das ist die Einstellung von Menschen, die keine Schwierigkeiten kennen, sich um sie herumdrücken und sich hinter dem Rücken anderer verstecken.

GEGENSATZ ZUM PARTEIAPPARAT

Das wichtigste Hindernis auf dem Wege der neuen Oberschicht zur weiteren Entfaltung und Festigung ihrer gesellschaftlichen Stellung ist der Parteiapparat, mit dem sie ständig in Konflikt kommt über die Frage: Wer soll das letzte Wort sagen — der Partei- oder der Fachmann? Nach dem gegenwärtigen Stand kann sich der Parteiapparat ständig in die Angelegenheiten der Technischen Intelligenz einmischen. Im Artikel VIII, Ziffer 58 des neuen Parteistatuts der KPdSU heißt es:

Zur Erhöhung der Rolle der Grundorganisationen der Partei in den Produktions- und Handelsbestrieben . . . wird diesen Organisationen das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitung eingeräumt.

Aus der sowjetischen Presse und aus zahlreichen Zeugenberichten geht eindeutig hervor, daß gerade diese Kontrolle von den eigentlichen Produktionsleitern als Schikane empfunden wird — und hier liegt die Quelle von ständigen Konflikten, die wohl verschleiert, niemals aber

Ein anderer Literaturheld, aus Anatolij Sofronows Schauspiel „Der Moskauer Charakter“, ein Fabrikdirektor namens Potapow, drückt sich einfacher aus und nennt das von ihm geleitete Werk „Mein Werk“.

Stalin hielt es in seiner Arbeit „Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ für nötig zu betonen, daß die „Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur nicht deren Eigentümer sind, sondern im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates . . . entsprechend den vom Staat übergebenen Plänen bestätigt werden“.

zurückweicht. Die Technische Intelligenz stellt eine in der modernen gelöst werden können, ohne daß die eine oder die andere Gruppe Wirtschaft absolut unentbehrliche Klasse dar. Es handelt sich um Menschen, die wissen, daß sie viel leisten, die es bereits zu erheblichem Wohlstand gebracht haben. Auch die Wiedereinführung der materiellen Ungleichheit durch die bolschewistische Regierung (z. B. Einführung des Leistungsprinzips, dessen Verfechterin in erster Linie die Technische Intelligenz war) war vor allem eine Konzession an diesen Menschentyp.

Was diesen Menschen noch fehlt, ist die persönliche Sicherheit und das Recht, über die Ergebnisse der eigenen Arbeit frei zu verfügen. Das ist ohne die Beseitigung oder zumindest Aushöhlung der kommunistischen Diktatur und ohne die Unverletzlichkeit des Privateigentums unmöglich. Die Geschichte lehrt, daß sich eine gesellschaftliche Schicht die im Aufstieg begriffen ist, früher oder später den Weg ebnet. Eine ganze Reihe von Umständen könnte den Sieg der Technischen Intelligenz erleichtern. In dieser Richtung wirkt vor allem die Tatsache, daß der Parteiapparat sich mehr und mehr in eine parasitäre Schicht verwandelt. Noch in den dreißiger Jahren hat der Parteiapparat eine bestimmte Funktion ausgeübt: Nach der völligen Zerschlagung des zaristischen Staates und während ein neuer Staatsapparat noch im Entstehen begriffen war, ermöglichte er die Durchführung jener umwälzenden innenpolitischen Gewaltmaßnahmen, die in der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Mobilmachung der Arbeitskräfte für die Industrialisierung gipfelten.

Heute werden alle laufenden Aufgaben durch die ordentlichen Staatsorgane erledigt. Dem Parteiapparat bleibt die Propagandatätigkeit und die „Kontrolle“, die beide vom Standpunkt der Technischen Intelligenz nicht notwendig sind, ja vielfach von ihr geradezu als Hemmnis und Bedrückung empfunden werden.

Auch die anderen gesellschaftlichen Klassen können, ja müssen in einem Programm der Unverletzlichkeit des Privateigentums den Ausdruck ihrer Interessen sehen. Der Staatsapparat, inklusive der Armee, der zwar hieran nicht direkt interessiert ist, würde doch dadurch die Vormundschaft des Parteiapparates abschütteln können, und die Förderung nach persönlicher Sicherheit, nach Schaffung eines Rechtsstaates ist für ihn genau so lebenswichtig wie für die Technische Intelligenz. Zudem ist nicht zu vergessen, daß sich auch in Armee und Staatsapparat zwangsläufig eine Gruppe von Spezialisten entwickelt hat, die in vieler Hinsicht dieselben Züge aufweist wie die Technische Intelligenz. Was die Bauernschaft anbetrifft, so haben die Erfahrungen der ganzen Periode der Sowjetmacht eindeutig gezeigt, daß ihr Drang zum Privateigentum unausrottbar ist.

Etwas komplizierter ist die Frage der Arbeiterschaft, denn über ihr Verhalten — mit Ausnahme der Tatsache, daß sie sehr schlecht lebt und völlig entrechtet ist — wissen wir so gut wie nichts. Zwar gab es in den dreißiger Jahren einige Arbeiteraufstände in der Sowjetunion, doch hat es z. B. in der Wlassow-Bewegung keine ausgesprochenen Vertreter der Arbeiterbewegung gegeben.

STALINS RICHTLINIEN

Allem Anschein nach hat Stalin diese Gefahrenzeichen für den Kommunismus erkannt, denn ohne diese Annahme ist seine letzte Arbeit und sind insbesondere die darin enthaltenen Richtlinien für die Innenpolitik schwer verständlich. Die wichtigste Schlußfolgerung, die er aus der Analyse der innenpolitischen Situation der UdSSR zieht, lautet:

„Es wäre unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen [das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation] . . . je länger desto mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch — gleichfalls allmähliche — Einführung des Produktaustausches an Stelle der Warenzirkulation.“ Stalin schlägt weiter vor, „ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen,

das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet . . . damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“

Die Erfüllung dieses Programms soll den Übergang von der sozialistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zur kommunistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ darstellen.

Um den praktischen Sinn dieser Maßnahmen verstehen zu können, ist vor allem zu berücksichtigen, daß dieser Übergang gar nicht so unmöglich ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ braucht im bolschewistischen Polizeistaat ja nicht zu bedeuten, daß jeder soviel bekommt, wie er will, sondern soviel, wie ihm der Staat zuteilen wird. Die Verwirklichung des Prinzips des Kommunismus könnte praktisch heißen, daß alle Menschen auf Rationen gesetzt werden, und der politische Sinn dieser Maßnahme wäre dann die Ablösung des Rechtsanspruchs auf eine der Leistung entsprechende Entlohnung durch das an nichts gebundene Recht des Staates, nach seinem Gutdünken die Bedürfnisse festzusetzen. Ein solcher Übergang vom Leistungsprinzip zur Entlohnung „nach den Bedürfnissen“ ist für diejenigen vorteilhaft, die ersten Bedürfnisse festsetzen und zweitens selber keine in Geldeinheiten ausdrückbaren Leistungen aufzuweisen haben — für den Parteiapparat nämlich. Ähnlich ist es auch um die anderen Vorschläge Stalins bestellt, vor allem um seine Vorschläge, die Warenzirkulation abzuschaffen und die Kolchosen „in allgemeines Volkseigentum“ zu verwandeln.

Stalin hat den Vorschlag, das Eigentum der MTS an die Kolchose zu verkaufen, aus guten Gründen kategorisch abgelehnt. Er wußte aber, daß damit noch nichts getan ist. Solange die Warenzirkulation, der Verkehr der Güter nach dem Prinzip des Kaufs und Verkaufs existiert, werden solche aus wirtschaftlichen Erwägungen entspringenden Forderungen in dieser oder jener Form immer wieder auftauchen. Malenkow teilte z. B. in seinem Referat auf dem XIX Parteitag mit, daß die Kolchose begonnen haben, Fabriken, Ziegeleien, Reparaturwerkstätten und ähnliches mehr zu bauen. Auch beruht die Existenz des „heimlichen Kapitalismus“ der Pribytkows, Chatlawandshiews und ihresgleichen darauf, daß im Lande die Warenzirkulation existiert und die Abrechnung auf der Geld-Basis möglich ist. Außerdem stellt das Wertgesetz, das die Grundlage jedes Warenverkehrs bildet, die mächtigste Waffe in der Hand der Technischen Intelligenz im Kampf um die Festigung ihrer Stellung dar. Stalin widmet dem Problem des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Sozialismus einen besonderen Abschnitt, wobei sein Grundgedanke ist, daß das Wertgesetz zwar berücksichtigt werden muß, daß es jedoch „unter unseren sozialistischen Produktionsbedingungen nicht der ‚Regulator der Proportionen‘ bei der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen sein kann.“

Praktisch handelt es sich hier um die Frage, ob die Volkswirtschaft nach wirtschaftlichen oder nach politischen Grundsätzen geführt werden muß. Man weiß, daß diese These Stalins gegen den ehemals prominentesten Vertreter der Technischen Intelligenz, Nikolaj Wosnessenskij, gerichtet ist, der gerade den Standpunkt vertrat, daß die Volkswirtschaft nach ökonomischen Gesichtspunkten geführt und innerlich ausgeglichen werden müsse. Auch ein anderer Versuch, der von Jaroschenko ausging, dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt den Vorrang zu geben, scheiterte am erbitterten Widerspruch Stalins.

Stalins Ansicht läuft daraus hinaus, daß die weitere Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland ohne die Abschaffung der Warenzirkulation und ohne die Nationalisierung der Kolchose unmöglich ist. Das dürfte stimmen, denn die Summen, die sich im Umlauf befinden, sind heute um ein vielfaches größer, als sie vor zwanzig Jahren waren, und auch die wirtschaftliche Bedeutung der Kolchose hat sich inzwischen vervielfacht. Soziologisch gesehen ist das ein Angriff gegen die Technische Intelligenz und besonders gegen die sog. Kolchosaristokratie, denn mit Hilfe des Wertgesetzes und der Warenzirkulation können die Vertreter dieser Schicht ihre Leistungen mit Zahlen nachweisen und Kapital bilden. Ökonomisch gesehen ist es ein Schlag gegen die Volkswirtschaft, denn eine Aufhebung der Geldabrechnung würde zweifellos zur Senkung der Rentabilität führen.

Der alternde Stalin hatte recht, wenn er die Aufrechterhaltung der Warenzirkulation und des Genossenschaftseigentums als eine Todesgefahr für den Kommunismus betrachtete. Nur hat er keinen Weg gezeigt, wie man es anders machen soll — es ist sehr schwer, unter den gegenwärtigen Umständen Kräfte zu finden, die gegen die von der Sowjetmacht selbst ins Leben gerufenen Eliten eingesetzt werden können wenn diese Kräfte sich nicht auch zugleich gegen den Parteiapparat wenden sollen. Wenn auch die Technische Intelligenz nicht überall beliebt ist, so ist doch der Haß des Volkes gegen die politischen Funktionäre ungleich größer.

Die Geschichte der Sowjetmacht zeigt, daß es möglich ist, der Volkswirtschaft einen ersten Schaden zuzufügen, wenn dadurch der Aufstieg einer bedeutenden Anzahl neuer Männer gewährleistet wird. Auch diesmal empfiehlt Stalin den gleichen Weg. Sein dritter Programmpunkt lautet, daß alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben sollen, „ihren Beruf frei zu wählen, damit sie nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“

Bekanntlich ist die moderne Gesellschaft auf einer engen Spezialisierung der Fachkräfte aufgebaut. Und der Vorschlag Stalins muß wie ein Hirngespinnst scheinen, wenn man ihn wörtlich nimmt. Man soll ihn aber nicht wörtlich nehmen. Zweimal in seiner Arbeit spricht Stalin von der verlockenden Perspektive der Zukunft, wo die Menschen „nicht ihr Leben lang an irgendeinen Beruf gefesselt sind“. Offensichtlich sind diese Worte an diejenigen adressiert, die ihren Beruf gerne wechseln möchten. Und so scheint es sich hier um die Empfehlung zu handeln, die besonders ungehorsamen Elemente der Technischen Intelligenz abzulösen. Angesichts der angespannten inneren und äußeren Lage der Sowjetunion erscheint es jedoch fraglich, ob der Staat sich einen solchen Raubbau an der so dringend benötigten Technischen Intelligenz leisten kann, denn politisch wirksam wäre eine solche Maßnahme nur, wenn sie im großen Maßstabe durchgeführt würde.

Auf dem flachen Lande scheint zwar der Versuch, die aus dem Kolchos emporgewachsene und mit dem Kolchos verbundene Elite abzulösen, bereits im Gange zu sein: in der sowjetischen Presse werden ständig Nachrichten darüber veröffentlicht, daß die Kolchosmitglieder die von außen gekommenen „Spezialisten“ zu Kolchosvorsitzenden gewählt haben — natürlich „freiwillig“. Aber dieser Versuch scheint nicht sehr erfolgreich zu verlaufen. Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben neigen die „Zugereisten“ dazu, sich mit der ansässigen Bevölkerung zu verschmelzen. Oder sie versagen.

Aus Stalins Ausführungen kann man also die Schlußfolgerung ziehen, daß für die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland notwendig sind: 1. Aufhebung der Warenzirkulation, 2. Nationalisierung der Kolchase, 3. Ablösung eines bedeutenden Teils der gegenwärtig führenden Schicht. Diese drei Aufgaben bilden den Hintergrund des Kampfes um die Erbschaft Stalins.

DIE LAGE NACH STALINS TOD

Jeder Tag des nach Stalins Tod eingeführten „milden Kurses“ festigt die Positionen der Technischen Intelligenz. Zwar gewinnt dadurch der Träger des Kommunismus — der Parteiapparat — Zeit, um die eigenen Reihen zu reorganisieren; wenn aber heute z. B. die Staatsanleihe nur die Hälfte der Vorjahrssumme ausmacht, so bedeutet das andererseits die Vergrößerung der Gelder, über welche die Potapows und Pribytkows verfügen, bedeutet das die Vergrößerung der Warenzirkulation, die Stalin als das größte Hindernis auf dem Wege zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft betrachtete. Was aber wollen Stalins Nachfolger unternehmen? Man kann doch nicht im Ernst hoffen, die Massen unter der Parole: „Nieder mit der Warenzirkulation! Es lebe der Produktaustausch!“ zu mobilisieren.

Das Gefährlichste für den Kommunismus in Rußland sind augenblicklich nicht die direkten Angriffe gegen das System, sondern die Gesetzesvorlagen, die „im Namen des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft“ Verhältnisse schaffen sollen, die in ihrer Konsequenz den Sturz des Kommunismus selbst herbeiführen können. Wosnessenskij verlangte nicht, daß die kommunistische Diktatur gestürzt wird, aber

er war bestrebt, die Vollmachten der staatlichen Planungskommission zu erweitern. Jaroschenko sagte keinen Ton davon, daß der Kampf um die Weltrevolution nicht notwendig sei. Aber er stellte die Behauptung auf, daß „im Sozialismus der Hauptkampf um die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft auf einen Kampf um die richtige Organisation der Produktivkräfte und ihre rationelle Ausnützung in der gesellschaftlichen Produktion hinausläuft“; Sanina und Wensher verlangten keineswegs den Sturz der kommunistischen Diktatur, aber sie schlugen vor, den Staat seines wichtigsten Mittels zur Kontrolle der Kollektivwirtschaften zu berauben.

Stalin konnte die Durchführung solcher Maßnahmen verhindern. Doch haben seine Nachfolger zunächst in einer Reihe von Prawda-Artikeln mit allem Nachdruck betonen müssen, daß die Zeit des Produktaustausches noch nicht gekommen ist. Es kann sein, daß sie, die bei weitem nicht die Autorität Stalins besitzen, auch eine Reihe von anderen Maßnahmen werden durchführen müssen, die Stalin nicht genehmigt haben würde.

Die Rede Malenkows vor dem Obersten Rat der Sowjetunion deutet klar auf diese Entwicklung hin. Der Grundgedanke dieser Rede — soweit es sich um innenpolitische Angelegenheiten handelt — lautet: wir wollen den Lebensstandard heben und dazu müssen wir die Wirtschaft nach wirtschaftlichen Grundsätzen führen. Man kann sagen, daß Malenkow ziemlich alle ökonomischen Grundsätze Stalins umgeworfen oder — was wahrscheinlich ist — zurückgestellt hat. Malenkow fordert:

Die Handels- und Planungsorganisationen müssen den Warenbedarf der Bevölkerung gründlich studieren . . . Der Handel muß alle in seiner Hand befindlichen wirtschaftlichen Hebel in umfassender Weise in Bewegung setzen zur aktiven Einwirkung auf die Produktion zwecks Steigerung der Herstellung von Waren, die sich der Nachfrage der Bevölkerung erfreuen, und zur Einschränkung der Produktion solcher Waren, die bei der Bevölkerung nicht gefragt sind. (Prawda 9. 8. 53; deutscher Text: Tägliche Rundschau 11. 8. 53.)

Und dabei ist erst wenig Zeit vergangen, seit Stalin in seiner vor Jahresfrist erschienenen Schrift erklärte:

Völlig falsch ist die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung . . . das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Besonders in der Landwirtschaft werden die von Malenkow verkündeten Maßnahmen die Warenzirkulation bedeutend erweitern. Die Politik der Nationalisierung der Kolchase und sogar die der Verdrängung der einheimischen Kolchos-Führer durch auswärtige scheint zunächst zurückgestellt zu sein. Das Wort Sowchase gebraucht Malenkow fast nicht; er stellt sich die Kontrolle der Kolchase durch von außerhalb der Kolchase kommenden Kräfte anders vor, als dies bisher getan wurde. Er fordert: „Zuteilung von einem oder zwei landwirtschaftlichen Fachleuten an jeden Kolchos zu ständiger Arbeit, wobei diese Fachleute zum Stellenplan der Maschinen- und Traktorenstationen gehören sollen“.

Soweit man es auf Grund der von Malenkow veröffentlichten Zahlen beurteilen kann, wäre es jedoch zumindest sehr verfrüht, von einer bedeutenden Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen der Bevölkerung zu sprechen. Es dürfte zwar eine spürbare Verbesserung, keinesfalls aber eine Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung eintreten. Dagegen muß die politische Bedeutung dieser Revision sehr hoch eingeschätzt werden. Im Kampf um die Nachfolge Stalins hat Malenkow die wichtigste Forderung der Technischen Intelligenz erfüllt — er kannte das Prinzip an, daß die Wirtschaft nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden soll. Offen bleibt die Frage, ob sich dieses Prinzip auf die Dauer mit der Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland vereinbaren läßt. Stalin hat diese Möglichkeit ausdrücklich verneint, und Malenkow kommt nicht von der Wirtschaft, sondern von der Partei her. Die ersten Konzessionen wurden gemacht. Damit wurde ein für die Sowjetmachthaber gefährlicher Weg eingeschlagen.

BIBLIOGRAPHIE:

- David Granick, „Initiative and Independence of Soviet Plant Management“ in „The American Slavic and East European Review“, Okt. 51: Joseph S. Berliner „The Informal Organisation of the Soviet Firm“ in „The Quarterly Journal of Economics“, Aug. 52; G. Bienstock, S. Schwarz und Yugow: „Management in Russian Industrie and Agriculture“, New York 1946; „The Soviet Regime“ in „The Economist“ London 15./22. 11. 52; Klaus Mehnert: „Auf Stalins Sonnenseite“ in „Christ und Welt“, Stuttgart 30. 10.; 6./13. 11. 52.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Mai 2023

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Günther
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ

Nächste Ausgabe
22–24/2023, 30. Mai 2023

CYBERSICHERHEIT

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz